

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS



Nr. 164

HERBST 2006

€ 0,50

Israel raus aus den besetzten Gebieten! UNO/Bundeswehr – raus aus dem Libanon!



Wael Hamzeh/dpa

Zerstörte Häuser in Süd-Beirut nach israelischem Angriff auf den Libanon

Über einen Monat lang war der Libanon Schauplatz eines Blutbads, der Zerstörung und des Horrors, unerbittlich bombardiert durch Israel, das auch noch Invasionstruppen

Verteidigt das palästinensische Volk!

von etwa 30000 Mann schickte, und all das mit der vollen Unterstützung des US-Imperialismus. Mehr als 1000 Männer, Frauen und Kinder wurden abgeschlachtet, fast ein Viertel der Bevölkerung vertrieben, die Infrastruktur des

Landes zerstört. Das zionistische Regime von Ehud Olmert und Amir Peretz erklärte, seine Absicht sei die Vernichtung der Hisbollah. Aber die Hisbollah hat den Angriff nicht nur überstanden, sie hat auch dem israelischen Militär bedeutende Verluste beigebracht und Panzer und andere Fahrzeuge zerstört. Der Rückschlag für Israel im Libanon hat eine Krise des Olmert-Regimes ausgelöst, während die Hisbollah jetzt von großen Teilen der arabischen Bevölkerung der Region verehrt wird.

Der Fehlschlag des israelischen Feldzugs gegen Libanon ist denn auch der Hintergrund für das durch die Vereinten Nationen vermittelte Waffenstillstandsabkommen – das von

Fortgesetzt auf Seite 26

Für eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

Aufschrei über Günter Grass' Geständnis

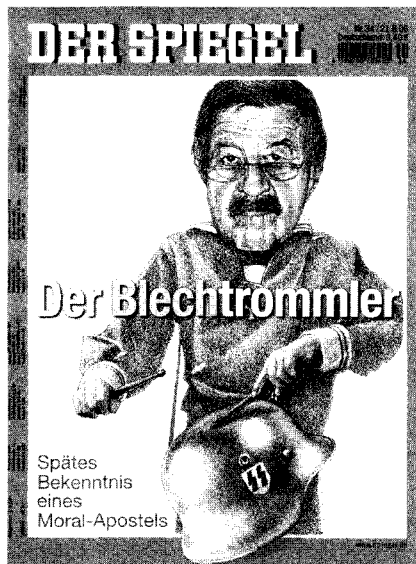
Das späte Geständnis des Schriftstellers Günter Grass vom 12. August in der *Frankfurter Allgemeinen (FAZ)*, vor 62 Jahren Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein und nicht, wie früher in seinen Biografien aufgelistet, „Wehrmacht-Flakhelfer“, hat einen Sturm von Entrüstung entfacht. Dabei wurde dem 79-jährigen Grass „tiefste moralische Verkommenheit“ attestiert. Vor allem habe die „politisch-moralische Autorität“ „durch sein reichlich spätes Erinnern“ Schaden genommen. Günter Grass hat wie kaum ein anderer Schriftsteller mit seinen Stellungnahmen gegen Kirche und Staat im Nachkriegsdeutschland gegen die Verdrängung von Nazivergangenheit politisch polarisiert. Immer wieder hat er auf die nahtlose Übernahme von Nazi-Größen in die damalige Adenauer-Regierung der Bundesrepublik der 50er-Jahre hingewiesen. Beim Aufschrei über sein Geständnis wird vor allem sein Protest über Bitburg erwähnt, als Grass im Mai 1985 Bundeskanzler Kohl kritisierte. Seine Kritik an der kapitalistischen Wiedervereinigung, die er mit der Analogie zur Nazizeit als „Anschluss“ charakterisierte und wo er für die DDR den „Lastenausgleich“ forderte, hat 1990 einen ähnlichen Aufschrei der Empörung ausgelöst. 1997 griff er in einer Laudatio für den berühmten Schriftsteller Yasar Kemal aus der Türkei, dem der Friedenspreis des deutschen Buchhandels verliehen wurde, die damalige CDU-Regierung für deren brutale Abschiebepaxis an: „Spricht nicht der in Deutschland latente Fremdenhass, bürokratisch verklausuliert, aus der Abschiebepaxis des gegenwärtigen Innenministers, dessen Härte bei rechtsradika-

len Schlägerkolonnen ihr Echo findet?“ Pompös wirft man ihm jetzt „Doppelzüngigkeit“ und „Heuchelei“ vor. Von Aberkennung des 1999 empfangenen Literaturnobelpreises und seiner Ehrenbürgerschaft von Gdansk war gar die Rede.

Die Lehren vom Zweiten Weltkrieg

Für uns Marxisten war der Zweite Weltkrieg, was die beteiligten kapitalistischen Länder angeht, ausnahmslos ein imperialistischer Krieg. Die Arbeiter aller Länder hatten im Zweiten Weltkrieg nur ein Krieg führendes Land zu verteidigen: die Sowjetunion. Deshalb kämpften die Trotzlisten auf der Seite der Sowjetunion und riefen zu ihrer bedingungslosen Verteidigung auf. Im Krieg zwischen Nazi-Deutschland und den „demokratischen“ Alliierten Britannien und USA traten wir für die Niederlage aller imperialistischer Mächte ein. Das Nazi-Regime, das aus einer Massenbewegung von entfesselten Kleinbürgern hervorwuchs, wurde durch machtvolle kapitalistische Interessen an die Macht gehievt. Die Kapitalisten riefen die Faschisten herbei, um die „Bedrohung“ durch eine proletarische Revolution der mächtigsten Arbeiterklasse in Europa abzuwehren. Die deutsche Arbeiterklasse war mächtig genug und in der großen Mehrzahl gewillt, Hitler an der Machtergreifung zu hindern. Was den Triumph

des Nazismus ermöglichte, war die verbrecherische Kapitulation ihrer Führung, der stalinistischen wie der sozialdemokratischen. Und erst nach der Zerstörung der deutschen Arbeiterbewegung konnte Hitler zur grauenhaften „Endlösung“ schreiten. Der Nazi-Holocaust ist ein einzigartiges Ver-



Spiegel (21. August) hetzt gegen Grass, dessen Blechtrommel machtvolles Bild über Nazi-Deutschland zeichnete

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Renate Müller,
Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur), Jörg Steenrod,
Catherine Thomas, Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de

Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin
Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Nr. 164

HERBST 2006

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

brechen, bei dem die Vernichtung von ganzen Völkern – Juden, Roma und Sinti – industriemäßig organisiert wurde. Am Ende waren es die Rote Armee und die sowjetischen Partisanen, die trotz Stalin das Nazi-Regime zerschlugen und Europa vom Faschismus befreiten.

Die sozialdemokratische und stalinistische Volksfrontmär vom „antifaschistischen Krieg der Demokratie“ diente nur dazu, die amerikanische und westeuropäische Arbeiterklasse an die eigenen Bourgeoisien zu ketten. Hinsichtlich Deutschlands wurde mit der These der „Kollektivschuld des ganzen deutschen Volkes“ der Verrat der KPD- und SPD-Führer kaschiert, die kampflös vor dem Faschismus kapituliert hatten. Das Gespenst der Arbeiterrevolution verfolgte auch die „demokratischen“ Imperialisten und stand hinter ihrer Politik der Massen-Bombardierungen am Ende des Zweiten Weltkriegs, die die Demoralisierung der deutschen Bevölkerung zum Ziel hatten. Während des Krieges haben international nur die Trotzlisten diese wahllosen Terrorangriffe verurteilt, weil sie verstanden, dass der „Krieg für Demokratie“ eine Lüge war.

Kollektivschuld à la Grass

Die Teilung Deutschlands entlang einer Klassenlinie war ein Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, im Osten wurde die deutsche Bourgeoisie enteignet und 1949 die DDR geschaffen, ein deformierter Arbeiterstaat. Im Westen wurde die Bourgeoisie von Auschwitz „rehabilitiert“ und behielt ihre Macht. Die Imperialisten halfen beim Wiedereinsetzen ehemaliger Nazis in Schlüsselpositionen der Politik und Wirtschaft. Nur ein starker deutscher Kapitalismus konnte gegen die Sowjetunion nützlich sein. Die amerikanischen Sieger hatten jeden Grund, gemeinsam mit ihren deutschen Verbündeten die Verbrechen des Dritten Reiches tief zu vergraben, als sie ihren Kalten Krieg gegen die Sowjetunion führten. Daher war die imperialistische Lüge der Kollektivschuld so praktisch wie einfach: Die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit sei für die Schrecken des Nazi-Holocaust verantwortlich. Kern der Kollektivschuld-Argumente ist, das despotische, antisemitische Deutschland des Zweiten Weltkriegs der demokratischen, sozial gesinnten heutigen Bundesrepublik entgegenzusetzen. Und dies befördert die Bestrebungen des deutschen Imperialismus, Deutschland in ein „normales“ Land umzuwandeln mit Truppeneinsätzen vom Balkan über Afghanistan bis erstmals im Nahen Osten.

Günter Grass treibt in seinen eigenen Worten die „grauenhafte Erfahrung von Auschwitz“ um. Doch anders als die besten Elemente seiner Generation, die aus den Schrecken des Dritten Reichs und der Niederlage Nazi-Deutschlands im Krieg die Schlussfolgerung zogen, mit der Bourgeoisie, die Hitler an die Macht brachte, abzurechnen und für ein sozialistisches Deutschland zu kämpfen, erlegt Grass die Verantwortung für Auschwitz und alle anderen Gräueltaten des Nazi-Regimes dem gesamten deutschen Volk auf. In einem Interview mit Fritz Pleitgen behauptete Grass unverschämte, seine Generation hätte „kein[en] Ansatz von Anti-Faschismus“ gehabt, und wälzt das, was er als sein persönliches Versagen und das seiner ganzen Generation sieht, auf die Jugend von heute ab: „Sie sind absolut nicht verantwortlich dafür, ohne jede Schuld, und stehen dennoch in der Verantwortung, dass sich so etwas in Deutschland, aber auch nicht mal ansatzweise wiederholt“ (*Spiegel Online*, 10. Oktober 2002). Grass, dessen Werke machtvoll ein Bild vom Nazi-Mief im Westdeutschland nach dem Krieg widerspiegeln, in dem das Raubtier Bourgeoisie von Auschwitz sichtbar bleibt, vertritt jedoch die Position, „dass die Verfassung der Bundesrepublik die beste ist, die wir jemals in Deutschland gehabt haben“. Dies macht ihn zum Apologeten eines „besseren“ kapitalistischen Deutschlands. Wir Spartakisten wen-



8. Mai 2005: Spartakist-Kontingent trägt revolutionäre, internationalistische Losungen bei Demonstration zum 60. Jahrestag der Zerschlagung des Nazi-Regimes

den uns auch an die junge Generation, doch nicht mit Grass' Treue zum Grundgesetz, sondern mit einem Verständnis, dass Faschismus und imperialistischer Krieg dem kapitalistischen System innewohnen und deshalb nur eine Arbeiterrevolution die Opfer des Holocaust wird rächen können.

Günter Grass und Waffen-SS

In seiner Biographie *Beim Häuten der Zwiebel* erklärt Grass, wie er sich 1943 als Freiwilliger mit 15 Jahren erfolglos zur Waffengattung der U-Boote gemeldet hatte und dann 1944 mit 17 Jahren vom Arbeitsdienst zur Division „Jörg von Frundsberg“ der Waffen-SS gezogen wurde.

„Zu fragen ist: Erschreckte mich, was damals im Rekrutierungsbüro unüberschaubar war, wie mir noch jetzt, nach über sechzig Jahren, das doppelte S im Augenblick der Niederschrift schrecklich ist?

Der Zwiebelhaut steht nichts eingeritzt, dem ein Anzeichen für Schreck oder gar Entsetzen abzulesen wäre. Eher werde ich die Waffen-SS als Eliteeinheit gesehen haben, die jeweils dann zum Einsatz kam, wenn ein Fronteinbruch abgeriegelt, ein Kessel, wie der von Demjansk, aufgesprengt oder Charkow zurückerobert werden mußte. Die doppelte Rune am Uniformkragen war mir nicht anstößig.“

Die ganze Welt identifiziert SS-Runen mit „Endlösung“ und Judenermordung. Die SS wird zu Recht zutiefst verabscheut. Die Waffen-SS wurde zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aus heterogenen Teilen wie der SS-Verfügungstruppe, den KZ-Wachmannschaften, den SS-Totenkopfstandarten als militärische Elitetruppe des „Reichsführers“ Heinrich Himmler gegründet. Berühmtestes Mitglied ist Josef Mengele, KZ-„Arzt“ in Auschwitz. Die Waffen-SS war verantwortlich für den Massenmord an Zivilisten und Kriegsgefangenen und Waffen-SS-Schergen waren gut geeignet für die Posten als Folterknechte in den Konzentrationslagern. Unvergessen sind die Massaker von Oradour-sur-Glane oder Sant'Anna di Stazzema, wo ganze Ortschaften samt Greisen und Säuglingen hingeschlachtet wurden. Ausgeführt wurden diese Massaker von Panzer-Divisionen der Waffen-SS, „Hitlers politischen Soldaten“, im Sommer 1944, kurz bevor Grass seinen Einberufungsbefehl erhielt.

Gegen Ende des Krieges änderte sich der Charakter der Waffen-SS als einer besonderen Parteitruppe, manche Wehrmachtseinheiten wurden geschlossen der Waffen-SS eingegliedert, junge Wehrpflichtige wurden – ohne ihr

Fortgesetzt auf Seite 4



Mai 1985: Kohl und Reagan im antisowjetischen Bündnis stehen stramm vor den SS-Gräbern in Bitburg

Aufschrei über Grass...

Fortsetzung von Seite 3

Zutun – einberufen. Während die Gesamtzahl der Soldaten des Großdeutschen Reiches von 1943 bis 1945 von 9,4 auf 7,8 Millionen sank, erhöhte sich die Zahl der Mitglieder der Waffen-SS im selben Zeitraum von 450 000 auf 830 000 am Ende. Im Frühjahr 1945 waren also mehr als zehn Prozent der deutschen Soldaten Mitglieder der Waffen-SS. In seinem Leserbrief an den Berliner *Tagesspiegel* vom 20. August schreibt Werner T. Angress, auch bekannt als Autor von *Die Kampfzeit der KPD 1921–23*:

„Die Verurteilung von Grass wegen seiner kurzen Dienstzeit in der Waffen-SS ist völlig unangebracht. Als damaliger Gefangenenerhörer in der amerikanischen 82. Luftlandedivision, in der ich als jüdischer Emigrant aus Deutschland damals diente, begegnete ich vielen jungen Deutschen, die Ende 1944/Anfang 1945 im Alter von 17–18 Jahren in die Waffen-SS eingezogen worden sind. Sie waren also noch ‚Teenagers‘. Im Mai 1945 bekam ich den Auftrag, in einem SS-Gefangenenerlager nahe bei Ludwigslust, Mecklenburg, zusammen mit drei Kameraden die ‚Schafe von den Böcken‘ zu trennen, also die, die freiwillig in die SS eingetreten waren, von denen, die man eingezogen hatte. Dabei habe ich mich besonders darum gekümmert, dass diese Jugendlichen in ein Wehrmachtgefangenenerlager transferiert wurden, da die Mehrzahl von ihnen eben nicht aus politischer Überzeugung in der Waffen-SS gedient hatten. Zu dieser Gruppe, wie man sie am Ende des Krieges in vielen SS-Einheiten fand, gehörte auch Grass. Schade ist nur, dass er seine kurze Mitgliedschaft in der Waffen-SS erst jetzt publik gemacht hat.“

Grass ist kein linker, sondern ein liberaler Intellektueller, der im Nachkriegsdeutschland in der Sozialdemokratie seine politische Heimat gefunden hat. In seiner berühmten Danziger Trilogie (*Die Blechtrommel, Hundejahre, Katz und Maus*) werden die Hitlerjahre aus der Perspektive von beteiligten Kindern und Jugendlichen erzählt, die während der Adenauer-Zeit im Westen Deutschlands wieder Fuß fassten. *Die Blechtrommel*, der Roman über den Alltag des Kleinbürgertums im Faschismus in Danzig, wurde als Gegenentwurf der offiziellen Verdrängung der Nazizeit in der Adenauer-Epoche gesehen. Grass schreibt:

„In den fünfziger Jahren, der Zeit politischer Restauration, sprach man von der Nazizeit, von der Zeit des Nationalsozialismus wie von einer dunklen Phase deutscher Geschichte, als sei das arme deutsche Volk von Erdgeistern, die über Nacht kommen, verführt worden. Nur weiß ich aus meiner eigenen Jugend, jeder wußte es im Grun-

de, daß das nicht alles nachts und auch nicht von Erdgeistern hergeleitet wurde, sondern am hellen Tag geschah, angekündigt war durch ‚Mein Kampf‘ und vieles andere; und das brachte mich immer näher an mein Herkommen, an das heran, was ich verloren hatte, ein von den Deutschen begonnener und verllorener Krieg hat zum Verlust von Heimat geführt, Millionen Menschen betreffend und auch mich betreffend. Und so wagte ich mich an diesen Komplex heran. Es gibt da noch einen anderen Strang – auch um genau diese Legende, diese Dämonisierung der Nazizeit zu widerlegen mit dem Bedürfnis, die mir bekannte, vertraute, und für den Nationalsozialismus besonders anfällige Schicht des Kleinbürgertums in ihren Wünschen und Verstiegenheiten und Sehnsüchten darzustellen.“ (Zitiert in „Ausgehend vom Labesweg 13“, Heinz Ludwig Arnold, 23. Juni 2003)

Grass, 1927 in Danzig geboren und von deutsch-kaschubischer Herkunft, war immer antikommunistisch und antisowjetisch eingestellt, er bleibt damit im Rahmen des bürgerlichen Antifaschismus stecken, der die Arbeiterklasse auf der einen Seite zurückweist und andererseits jedem deutschen Individuum die Verantwortung für den Holocaust gibt. Klassenherrschaft der Bourgeoisie und Kapitalismus als Ursache für Faschismus werden ausgeblendet.

Warum schwieg Grass so lange? Offensichtlich war er nur kurze Zeit bei der Waffen-SS, noch dazu eingezogen, und es ist keine verbrecherische Aktion von ihm bekannt. Er hat nie einen Hehl daraus gemacht, dass er als Jugendlicher an den Endsieg der Nazis glaubte. Die Reaktionen, die ihm jetzt entgegenschlagen, zeigen aber auf, wie sehr in Deutschland eine differenzierte Auseinandersetzung mit der Nazizeit unmöglich gemacht wurde, und zwar mit der Keule der Kollektivschuldfrage. Im Interview mit der *FAZ* vom 12. August betonte Grass über die Nachkriegszeit in Westdeutschland: „Wir hatten Adenauer, grauenhaft, mit all den Lügen, mit dem ganzen katholischen Mief. Die damals propagierte Gesellschaft war durch eine Art von Spießigkeit geprägt, die es nicht einmal bei den Nazis gegeben hatte.“ Angress bestätigt das. Befragt vom Berliner *Tagesspiegel*, ob „er sich vorstellen könne, warum Grass so lange geschwiegen habe?“, antwortete er: „Deutschland war schrecklich in den 50er Jahren. Und nachher war es zu spät.“

Die Lüge, dass allen Deutschen die Naziverbrechen anzulasten seien, ist auch im gesellschaftlichen Klima der heutigen als „normal“ belobhudelten „Berliner Republik“ gang und gäbe. Das ideologische Fundament der viel gepriesenen Wehrmachtsausstellung stellt die wehrpflichtigen Soldaten der Wehrmacht auf eine Stufe mit den Nazi-Verbrechern. Wie wir im *Spartakist* Nr. 163, Sommer 2006 („Wehrmacht, Holocaust und ‚Kollektivschuld‘“) schrieben: „Die Aussage, dass die wehrpflichtigen Soldaten konterrevolutionärer Abschaum und Nazis wurden, weil sie gezwungen wurden, Massaker durchzuführen, verwischt die Klassenlinie, die in jeder imperialistischen Wehrpflichtigenarmee zwischen dem bürgerlichen Offizierskorps und den einfachen Soldaten verläuft, die hauptsächlich aus der Arbeiterklasse kommen. Und es verwischt die Differenz zwischen der Zwangsorganisation Wehrmacht und den freiwilligen Eliteeinheiten von Hitlers Regime wie SS, SD und Gestapo.“

Antisowjetische Allianz in Bitburg

Heute trumpft ein Teil der Grass-Gegner auf, er hätte schon 1985 zu Bitburg sagen sollen, er sei Mitglied der Waffen-SS gewesen. Am 5. Mai 1985 kam es zum obszönen Besuch Kohls und Reagans bei den SS-Gräbern auf dem Soldatenfriedhof von Bitburg. Der damalige US-Präsident Ronald Reagan wollte den „Feind“ aus dem Zweiten Weltkrieg in die Arme schließen. Der damalige Bundeskanzler

Helmut Kohl erhielt mit dem Besuch Reagans die Gegenleistung für sein Vorantreiben der gegen die Sowjetunion gerichteten amerikanischen Pershingraketen-Stationierung. Wie wir im *Spartakist*-Extra vom Juli 1985 (abgedruckt in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 12, Winter 1986/87) „Bitburg: Kohl/Reagan stehen stramm vor SS-Massenmördern – Zerschlagt den antisowjetischen Kriegskurs!“ schrieben: „Und sie haben sich *absichtlich* einen Militärfriedhof mit SS-Gräbern ausgesucht. Für Reagan sind Hitlers Killer, die gegen Russland kämpften, einfach großartig – das Problem war nur, dass sie es im Interesse Berlins und nicht Washingtons taten.“ Ein Aspekt, der dem antisowjetisch eingestellten Grass entgeht. Bitburg ist untrennbar mit dem Wiederaufstieg des deutschen Nationalismus verbunden. Denn es war Kohl, der Reagan den Besuch in Bitburg vorschlug, es ging um die Rehabilitierung der SS und Waffen-SS, zeitgleich mit den Regierungsfeierlichkeiten hielt die „Totenkopf-Division“ der Waffen-SS eine Klausurtagung ab und es fanden von der Polizei beschützte Treffen der 12. SS-Panzerdivision „Hitlerjugend“ und des Ersten SS-Panzerkorps „Leibstandarte Adolf Hitler“ statt.

Bitburg war eine Scheidelinie für die westdeutsche Gesellschaft und daher ist Grass' bürgerliche Kritik über Bitburg an Kanzler Kohl bis zum heutigen Tage nicht vergessen:

„Ich weiß, dass bis in die Leitartikel dieser Tage Unschuldzeugnisse ausgestellt werden. Wir leisten uns gegenwärtig einen Bundeskanzler, dem die Unschuld, wenn nicht eingefleischt, so doch eingeboren ist. Fix sind abermals die Persilscheine der Fünfzigerjahre zur Hand.“ (Die Zeit, 10. Mai 1985, „Geschenkte Freiheit – Versagen, Schuld, vertane Chancen“)

Bitburg war eine ehrenvolle Anerkennung des Nachfolgestaats des Dritten Reiches, der Haupttriebkraft der NATO in Europa. Hitlers Machtübernahme war, wie Trotzki 1933 feststellte, die größte Niederlage für die Arbeiterklasse in der Geschichte. Es bleibt der Arbeiterklasse vorbehalten, die faschistische Bedrohung und die Schrecken des imperialistischen Kriegs zu beenden, indem sie das kapitalistische System durch weltweite proletarische Revolution zerschlägt.

Die Grass-Gegner sind ein ziemlich übler Haufen, wenn



Rudi Meisel/Visum

SPD-Wahlhelfer Grass (2. v. l.) trifft sich 1985 mit Willy Brandts „Enkeln“ Lafontaine, Engholm und Schröder

auch mit unterschiedlichen Motiven. Zum Beispiel sieht der Bundeswehr-Professor Michael Wolffsohn, der Folter als Maßnahme des Staates für anwendbar hält, Grass' Lebenswerk für „vollkommen beschädigt“. Oder der kürzlich verstorbene Speer-Anbeter und Hitler-Biograph Joachim Fest. Er hat Mitte der 80er-Jahre Ernst Nolte, der Auschwitz als „bolschewistische Tat“ geißelte, die Seiten seiner *FAZ* geöffnet und damit eine „Rot-gleich-braun-Kampagne“ im berühmten Historiker-Streit losgetreten. Aber auch unter den Grass-Befürwortern finden sich üble Gesellen. Der notorisch rechte Arnulf Baring vermutet, „der Fall Grass werde zu einem gelassenen und gerechteren Urteil über die Verstrickung vieler Deutscher in den Nationalsozialismus führen“. Der 74-jährige hat flugs im September im Wiesbadener Landtag die Gelegenheit genutzt und die NS-Diktatur eine „beklagenswerte Entgleisung“ genannt und dafür plädiert, den Ausdruck „Integration“ durch „Eindeutschung“ zu ersetzen. Tatsächlich versuchen nicht wenige ihr Mütchen an Grass zu kühlen und versuchen es als „normal“ – ganz im Sinne eines neuen „Patriotismus“ – zu verkaufen, Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein. Damit verwischen sie den Unterschied zwischen den mörderischen Nazi-Schergen, die begeistert und freiwillig in der SS dienten, und denen, die

Fortgesetzt auf Seite 32

Spartakist-Abokampagne



Quoten der Abokampagne 2006

Berlin	105
Hamburg	85
Auf Entfernung	10
Gesamt	200

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

164

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Sieg dem BSH-Streik!

Die Arbeiter des Bosch-Siemens-Hausgerätekwerkes streiken gegen die drohende Schließung des Betriebes in Berlin-Spandau. Das Werk ist für seine kämpferische multi-ethnische Arbeiterschaft bekannt, die in der Vergangenheit bereits etliche Angriffe der profitierigen Siemens-Kapitalisten zurückgeschlagen hat. Bereits seit dem 6. September hatten die Arbeiter mit einer Dauer-Betriebsversammlung die Produktionsmaschinerie angehalten. Darin drückt sich die große Entschlossenheit der Arbeiter aus, hart gegen die drohenden Massentlassungen zu kämpfen, die für viele, besonders für die eingewanderten Arbeiter und ihre Familien, ein Ende ihrer Zukunft bedeutet. Nach einer Urabstimmung, bei der sich 94,7 Prozent der Belegschaft für einen unbefristeten Streik entschieden hatten, erfolgte am 25. September der offizielle Streikaufruf der IG Metall. Oliver Höbel, der IG-Metall-Bezirksleiter Berlin-Brandenburg-Sachsen begrüßte die Streikenden auf Türkisch, Polnisch und Vietnamesisch. Jetzt kommt es darauf an, dass die IGM den Worten Taten folgen lässt und Solidaritätsaktionen auf andere BSH-Betriebe ausgeweitet werden, wie Nauen in Brandenburg, wo auch Streikbrecherarbeit durchgeführt wird. Ein BSH-Arbeiter berichtete in der *jungen Welt* (29. September): „Vor 15 Jahren war ich im Stahlwerk Hennigsdorf, wo 8000 Beschäftigte für den Erhalt ihrer Jobs kämpften. Damals hat das die IG Metall überhaupt nicht interessiert, was im Osten los war.“ Tatsächlich ist die sozialdemokratische Führung der IGM dem kapitalistischen System verpflichtet, weshalb sie die Konterrevolution in der DDR unterstützte, deren Folge die massenhafte Vernichtung der Industrien war. Der IGM-Streik für die 35-Stunden-Woche im Osten (2003) wurde erst durch die Betriebsratsfürsten von Daimler und Opel sabotiert und dann auf Geheiß Schröders von Zwickel abgebrochen. Damit wurden die Schleusen für einen großflächigen Angriff auf die erkämpften Arbeitsbedingungen geöffnet. Wir brauchen eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung, die für die Macht der Arbeiter kämpft.

Die Bosch-Siemens-Bosse haben am 30. September durch den Einsatz des Werksschutzes versucht, die Betriebsräte der streikenden Arbeiter vom Werksgelände auszusperren. Das unterstreicht die Richtigkeit der Position der Spartakisten, dass Werkschutz und Bullen die professionellen Streikbrecher der Bosse sind und keine „Arbeiter“, wie die WASG behauptet, die in ihrem Berliner Wahlkampf gegen Stellenabbau bei der Polizei auftrat. Wir fordern: Werkschützer und Bullen raus aus dem DGB!

Arbeiter von CNH, die bis vor kurzem gegen Entlassungen kämpften, Vertreter von Charité, OSRAM und BMW in Berlin, Siemens VDO Automotive in Dortmund, Infineon und viele andere haben sich mit dem Kampf der BSH-Arbeiter solidarisiert. Nur die organisierte Macht der Arbeiter kann den Angriff zurückschlagen. Im Folgenden drucken wir die Rede, die unser Genosse Fred im Streikzelt vor den BSH-Arbeitern am 2. Oktober gehalten hat.

Wir stehen in uneingeschränkter Solidarität mit eurem Streik! Eure kämpferische Aktion von Frauen und Männern, deutschen und nicht-deutschen Arbeitern, die viele verschiedene Sprachen sprechen und verschiedene Pässe besitzen, gegen die brutalen Angriffe der Bosch-Siemens-Bosse auf eure Lebensbedingungen ist eine Inspiration für die gesamte europäische Arbeiterklasse. Wir haben kürzlich in Frankreich gesehen, dass die Macht der Arbeiterklasse etwas erreichen kann, wenn wir vereint und entschlossen sind.



Spartakist

Streikende von BSH in Berlin-Spandau am 2. Oktober

Ihr dürft mit eurem Kampf nicht alleine stehen. Gegen die Angriffe der Bosse ist gemeinsamer Klassenkampf der Arbeiter in den Siemens- und Bosch-Konzernen notwendig. In Berlin stehen auch die Arbeiter des öffentlichen Dienstes unter massivem Beschuss durch den Senat. Aus Solidarität habt ihr schon Spenden gesammelt für die Kollegen der Charité. An der Charité gab es einen Streik. Auch beim Krankenhauskonzern Vivantes laufen Tarifverhandlungen. Dieser Kampf richtet sich gegen den SPD/Linkspartei.PDS-Senat. Der Berliner Senat hat eine Vorreiterrolle dabei gespielt, Tarifverträge zu brechen und Massentlassungen durchzuführen [Beifall]. Sie sind die Handlanger der Kapitalisten. Es ist eine Schande, dass sie sich dabei auch noch „Rot-Rot“ nennen.

Die Massenarbeitslosigkeit und diese Angriffe auf die Arbeiter haben ein Datum. Die Konterrevolution in der DDR und Osteuropa 1990. Das ist das Datum der Entlassung von vier Millionen Arbeitern in der DDR. Das Ergebnis sehen wir heute im Hausgerätekwerk in Nauen, das nicht gewerkschaftlich organisiert ist. Ein Kollege von euch hat mir erzählt, dass die Arbeiter dort wie Sklaven arbeiten. Wenn sie jetzt bald wegen fehlender Teile nicht arbeiten können, werden sie wahrscheinlich ohne Lohn nach Hause geschickt. Die Massenarbeitslosigkeit ist ein Ergebnis der Konterrevolution. Das ist es, was Kapitalismus bedeutet.

Der russische Revolutionär Leo Trotzki sagte dazu 1938 im Übergangsprogramm:

„Das Recht auf Arbeit ist das einzige ernsthafte Recht, das dem Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft bleibt. Dieses Recht wird ihm jedoch heute auf Schritt und Tritt entzogen. Es ist an der Zeit, gegen die ‚strukturelle‘ wie auch die ‚konjunkturbedingte‘ Arbeitslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der gleitenden Skala der Arbeitszeit auszugeben. [Also 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn.] Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgerschaft und Solidarität vereinen. Die verfügbare Arbeit wird dann unter allen vorhandenen Arbeitskräften aufgeteilt, und damit wird die Dauer der Arbeitswoche bestimmt. Jeder Arbeiter erhält denselben Durchschnittsverdienst wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten Minimum, folgt der Bewegung der Preise. Ein anderes Programm ist bei den heutigen katastrophalen Zeiten nicht annehmbar.“

Das kann nur in einer Planwirtschaft verwirklicht werden. Um die zu erreichen, brauchen wir eine sozialistische Revolution, die die Kapitalisten enteignet. ■

Briefwechsel zwischen akj-Berlin und Spartakist-Jugend**Keine Illusionen in die bürgerlichen Gerichte!****Für Massenmobilisierungen um Mumia zu befreien!**

Die Spartakist-Jugend hat den „arbeitskreis kritischer juristinnen und juristen an der Humboldt-Universität zu Berlin“ (akj-berlin) angesprochen, unsere Kampagne „Freiheit für Mumia Abu-Jamal, sofort!“ zu unterstützen. Der akj-Berlin bezeichnet sich als „offenes Forum für rechts- und allgemeinpolitische Diskussionen“.

6. August 2006

Betreff: akj: Mumia-Unterstützungserklärung

Lieber Daniel,

zunächst einmal möchte ich mich dafür entschuldigen, dass das so lange gedauert hat, aber zum Ende der Semesterferien hin ist es nicht so einfach eine mehrheitsfähige Runde zusammenzukriegen.

Leider müssen wir euch eine Absage erteilen, da wir nach genauerer Diskussion zum Ergebnis gekommen sind, dass wir eine weitere Erklärung nicht unterzeichnen werden.

Aus folgenden Gründen:

Der akj würde sich durch die Unterzeichnung dieser Erklärung selbst unglaubwürdig machen. Da wir bereits vor einigen Wochen die Erklärung des Internationalen Komitees zur Abschaffung der Todesstrafe unterzeichneten, in der Angela Davis nicht nur eine neue Verhandlung und die sofortige Freilassung von Mumia fordert, sondern auch die bundesweite Abschaffung der Todesstrafe in den USA, wäre es nun aus unserer Sicht nicht richtig eure Erklärung zu unterzeichnen, da ihr zudem diese Erklärung als Hindernis im Kampf um Mumias Freiheit seht. In diesem Punkt sind wir leider verschiedener Meinung. Während ihr als oberstes Ziel die Freilassung Mumias fordert, haben wir als oberstes Ziel die Abschaffung der Todesstrafe, was die Freilassung Mumias durch eine Neuverhandlung einschließen würde. Würden wir nun eure Erklärung unterzeichnen, würde dies bedeuten, dass wir uns gegen unsere erste Erklärung stellen, hinter der wir allerdings immer noch geschlossen stehen. Die Tatsache, dass Mumia ein politischer Gefangener ist, wird unserer Meinung nach nicht unter den Teppich gekehrt, nur ist es eben nicht das Hauptargument, mit dem seine Freilassung in diesem „Rechtsstaat“ so wie er besteht, am besten gefordert werden kann. Das ist nunmal die juristisch argumentativere Sicht der Dinge. Ich hoffe ihr versteht und respektiert das...

Zum anderen haben wir den Spartakist, den ihr uns zu lesen mitgegeben habt studiert und sind zwar über einige Dinge, die da so geschrieben werden nicht glücklich, allerdings waren wir von einer Sache sehr geschockt. In einem Artikel spricht ihr von der „multirassischen Arbeiterklasse“! Verzeiht bitte, aber unserer Ansicht nach ist das eine Formulierung, die vielleicht zwei Jahrhunderte früher ohne weiteres benutzt werden konnte, heute allerdings unzweideutig als „Nazisprech“ genauso in der Presse der Ewiggest-

rigen abgedruckt werden könnte. Wir hoffen, dass dies ein Versehen war und die Redaktion gepennt hat, wobei ein Autor von sich aus, die Verwendung solcher Redewendungen unterlassen, und sich über die heutige Bedeutung dieser Wörter im Klaren sein sollte.

Wir wünschen euch weiterhin trotzdem viel Erfolg in der Sache,

Micha o.H.
für den akj-Berlin

Berlin, 27. September 2006

An den

arbeitskreis kritischer juristinnen und juristen Berlin:

Wir bedauern sehr, dass Ihr es ablehnt, unsere Kampagne mit den zentralen Losungen „Sofortige Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“ und „Weg mit der rassistischen Todesstrafe!“ zu unterstützen. Ihr meint zwar, für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal durch Eure Unterstützung der ersten Erklärung des Internationalen Komitees (IK) zur Abschaffung der Todesstrafe einzutreten, das Gegenteil ist jedoch der Fall. In der Erklärung von Angela Davis wird ein „neues und faires Verfahren und seine sofortige Freilassung aus dem Todesstrakt“ gefordert. Die „sofortige Freilassung aus dem Todesstrakt“ – im Zusammenhang mit der Forderung nach einem neuen, fairen Verfahren – würde bedeuten, dass Mumia aus der Todeszelle in einen Normalknast verlegt wird, um erneut auf einen Prozess zu warten und wieder vor Gericht gezerrt zu werden. Mumia ist unschuldig, und er muss raus aus dem Gefängnis, sofort. Der Text des IK vermeidet es, für die Freiheit von Mumia zu argumentieren oder seine Unschuld hervorzuheben – lediglich in einer Zwischenüberschrift ist überhaupt die Rede von Mumias Freiheit.

Laut Eurem Brief kann die Tatsache, dass Mumia ein politischer Gefangener ist, nicht das Hauptargument sein, „mit dem seine Freilassung in diesem ‚Rechtsstaat‘ so wie er besteht, am besten gefordert werden kann. Das ist nunmal die juristisch argumentativere Sicht der Dinge.“ Ihr wollt oder könnt Euch wohl gar nicht vorstellen, dass ein demokratischer Staat wissentlich einem unschuldigen Menschen einen Mord anhängt, um ihn zu töten. Der kapitalistische Staat – wovon die bürgerlichen Gerichte ein Teil sind – weiß *wie wir* ganz genau, dass Mumia unschuldig ist.

Ethel und Julius Rosenberg, die 1953 von der Regierung der Vereinigten Staaten hingerichtet wurden, waren politische Gefangene. Eine Erklärung ihrer Söhne, Michael und Robert Meeropol, wurde bei einem Forum des Partisan Defense Committee (PDC) zum Fall von Mumia 1995 in Boston verlesen. Sie sagten, dass „zum ersten Mal seit der Hinrichtung unserer Eltern wieder ein politischer Gefangener in

Fortgesetzt auf Seite 8



Spartakist

KfsV-Banner beim Protest gegen Bush-Besuch in Stralsund am 13. Juli

Briefwechsel...

Fortsetzung von Seite 7

der Todeszelle sitzt. Lasst euch nichts vormachen. Die Todesstrafe wurde in diesem Fall verhängt wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal. Lasst euch nichts vormachen, das Rechtssystem fegt alle Beweise für das Fehlverhalten der Staatsanwaltschaft und für andere Verweigerungen eines ordentlichen Verfahrens zur Seite wegen der *Politik* von Mumia Abu-Jamal.“

Mumias Freilassung durch eine Neuverhandlung zu erreichen ist eine krasse Illusion in die „Gerechtigkeit“ der bürgerlichen Gerichte, die Ihr verbreitet. *Seit 25 Jahren* trampelt ein Gericht nach dem anderen auf Mumias Rechten herum und der Berg von Beweisen seiner Unschuld wird ignoriert. Der Grund dafür liegt in der Entschlossenheit der Regierung, Mumia umzubringen, da sie in ihm das Gespenst einer schwarzen Revolution sieht. Er ist einer der machtvollsten Sprecher für die Befreiung der Schwarzen in den USA und der Unterdrückten und Entrechteten weltweit. Mumia war in der Black Panther Party, ist Unterstützer von MOVE und wurde für seine scharfen Kommentare über Rassismus, Armut und Repression als „Stimme der Entrechteten“ bekannt. Durch seine Schriften aus der Todeszelle spielt er diese Rolle immer noch.

Während wir dafür sind, jeden möglichen Rechtsweg für Mumia auszuschöpfen, setzen wir all unser Vertrauen in eine internationale Massenbewegung, um Mumia freizukriegen und damit der rassistischen Todesstrafe die schwersten Schläge zu versetzen. Angela Davis selbst wurde mit dem Ruf nach ihrer Freiheit durch Massenmobilisierungen freigekämpft. Die Gerichte werden Mumia nur dann Gerechtigkeit wider-

fahren lassen, wenn sie mit der Unnachgiebigkeit einer solchen Massenbewegung und der Macht der Arbeiter konfrontiert werden, die darauf beruht, dass sie die Produktion lahm legen können. Um Massen auf die Strasse zu kriegen, müssen die linken Aktivisten, Arbeiter und Unterdrückten weltweit wissen, dass Mumia ein unschuldiger Mann ist und dass das Komplott gegen ihn rassistisch und politisch ist.

Einige liberale und sozialdemokratische Unterstützer Mumias weigern sich, das Geständnis von Arnold Beverly zu benutzen, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner erschossen hat. Denn es legt den Charakter des Staates und seine Machenschaften schonungslos offen. In einer eidesstattlichen Erklärung, abgedruckt in der Broschüre des PDC „The Fight to Free Mumia Abu-Jamal – Mumia is innocent!“ [Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal – Mumia ist unschuldig!] sagt Beverly, dass er angeheuert wurde, um Faulkner zu töten, weil dieser ein Problem für die Mafia und die korrupte Polizei darstellte, da er sich in ihre illegalen Geschäfte einmischte.

Beverly gibt weiter an: „Jamal hatte mit der Erschießung nichts zu tun.“

Das Beverly-Geständnis passt in eine ganze Reihe von anderen Beweisen für Mumias Unschuld. Es beweist, dass die ganze abgekartete Anklage gegen Mumia auf Lügen basiert und nur dem Zweck dient, ihn „legal“ ermorden zu lassen. In Dan Williams' – einer von Mumias früheren Anwälten – verlogenen Buch mit dem Titel *Executing Justice* beschimpft er Beverlys Geständnis als „verrückt“ und schmettert jede Vorstellung ab, dass die Bullen Mumia zu Unrecht anklagten. Für diesen Verrat hat Mumia Williams und auch Weinglass zum Glück gefeuert. Zitate aus Williams' Buch wurden zur alleinigen Grundlage der Staatsanwaltschaft.

Mumias Fall zeigt glasklar auf, wie der kapitalistische Staat funktioniert, dessen Funktionsweise und Rahmen Ihr akzeptiert, um „juristisch zu argumentieren“. Die abgekartete Anklage gegen ihn ist nicht die Tat eines „unehrlichen“ Bullen, Staatsanwalts oder Richters, sondern die des gesamten Systems, das nicht reformiert werden kann. Die Methoden des US-Imperialismus sind gegenüber denen der europäischen Imperialisten auch nicht einzigartig. In Deutschland gibt es heute zwar keine offizielle Todesstrafe. Aber wir denken an die Gefangenen der RAF und an Wolfgang Grams. Und wir werden das Schicksal von Oury Jalloh nicht vergessen, der im Januar 2005 in einer Gefängniszelle in Dessau bei lebendigem Leib verbrannte.

In Mumias Fall dreht sich alles um die Todesstrafe, und ihre Abschaffung ist für uns – entgegen Eurer Behauptung – kein untergeordnetes Ziel. Mumias Anwalt Robert R. Bryan musste feststellen: „Ich habe über drei Jahrzehnte lang Prozesse geführt, bei denen es um die Todesstrafe ging, aber in keinem dieser Prozesse war der Staat so sehr versessen darauf, einen Mandanten zu töten“ (19. Juli). Der kapitalistische Staat will seine Feinde umbringen, und Mumia ist ein Opfer seiner Rassen- und Klassenjustiz. 1968 hatte FBI-Chef J. Edgar Hoover erklärt: „Den jungen Negern und den Gemäßigten muss klar gemacht werden, dass sie, wenn sie sich revolutionären Lehren verschreiben, tote Revolutionäre sein werden.“ Die IK-Erklärung versucht, Mumia als einen von vielen unschuldig in der Todeszelle Gefangenen hinzustellen und leugnet damit wie Ihr die Zentralität, die der Kampf für Mumias Freiheit für die Abschaffung der rassistischen Todesstrafe in den USA hat.

Es ist Unsinn, „multirassische Arbeiterklasse“ als „Nazi-sprech“ zu bezeichnen, wie Ihr es tut. Die multirassische

Kampagne: Freiheit für Mumia

News ★ Publikationen ★ Events

**Besucht die Website des
Partisan Defense
Committee!**

www.PartisanDefense.org

**PC
D**

Arbeiterklasse steht für all das, wovor die Nazis den größten Horror haben. Schließlich bestehen sie auf Rassentrennung, und ihr völkermörderisches Programm basiert auf der Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung. „Rasse“ ist keine biologische Kategorie, wie es die Nazis in ihrer Völkermord-Propaganda verbreiten. Im Gegensatz zum Nazi-Hirngespinnst einer jüdischen Rasse ist die schwarze Rasse in den USA eine Realität. Sie ist eine soziale Kategorie, deren Wurzel im System der Sklaverei liegt. Wie Richard Fraser, trotzkistischer Veteran und unnachgiebiger Kämpfer für die Befreiung der Schwarzen, treffend bemerkte: „Das Phänomen *Rasse* existiert. Beweis: Versucht, schwarzen Menschen zu erzählen, dass es so etwas nicht gibt... Die Rasse wird dadurch Realität, dass sie die Form sozialer Diskriminierung darstellt... Deshalb ist Rasse, sehr ähnlich wie Wert [einer Ware], ein *soziales Verhältnis*.“

Die schwarze Bevölkerung in den USA stellt eine doppelt unterdrückte, durch ihre Hautfarbe definierte Kaste dar, die im amerikanischen Proletariat integriert und am Boden der Gesellschaft sozial abgetrennt ist. In „Die Russische Revolution und die amerikanische Bewegung der Schwarzen“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 18, Frühjahr 1997) schrieben wir: „Der Kampf der Schwarzen für Freiheit und Gleichheit ist *strategisch* wichtig für die amerikanische proletarische Revolution. Der Kampf der gesamten Arbeiterklasse für die Rechte der Schwarzen ist nicht nur ein elementares Erfordernis für die Klasseneinheit der Proletariat aller Hautfarben gegen die Kapitalistenklasse. Der Rassismus gegen Schwarze, ein Baustein im Gefüge der amerikanischen Gesellschaft, ist in jeder sozialen Periode immer wieder der Dreh- und Angelpunkt der amerikanischen Reaktion.“

Die mörderische Brutalität des rassistischen Systems war für jeden sichtbar, als Tausende Menschen, überwiegend Schwarze und Arme, in New Orleans nach dem Hurrikan Katrina dem Tod überlassen wurden. Mumia verfasste während dieser rassistischen Grausamkeit mehrere Artikel, von denen einer die sozialen Kategorien „Rasse“ und „Klasse“ klar zur Sprache bringt: „Die Verwüstungen durch Katrina enthüllten im amerikanischen Zusammenhang die tiefe Kluft, die zwischen Amerikanern auf der Grundlage der

Rasse und Klasse weiterhin besteht.“

Das Wort Rasse zu zensieren bedeutet, Mumia selbst zu zensieren. Die Erklärung von Angela Davis spricht im englischen Original übrigens selbst von „race“, also Rasse. Linke und Liberale, die meinen, in *Deutschland* dürfe man dieses Wort nicht benutzen, akzeptieren damit implizit die rassistische, „biologische“ Definition der Nazis. Sie verbreiten die Vorstellung, Faschismus sei eine Frage von „schlechten Ideen“ – die man dadurch bekämpfen könne, dass man bestimmte Worte nicht benutzt. Eine solche metaphysische und klassen„neutrale“ Vorstellung geht meist zusammen mit der Anerkennung einer „Kollektivschuld“, mit der die Arbeiterklasse für die Verbrechen der deutschen Bourgeoisie verantwortlich gemacht wird und so die Bourgeoisie amnestiert wird.

Die Spartakist-Jugend und die SpAD (Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands) arbeiten zusammen mit dem KfsV (Komitee für soziale Verteidigung) und ihrer Schwesterorganisation – dem PDC – daran, die weltweite Bewegung für Mumias Freiheit wieder zu beleben, die 1995 den Aufschub seiner Hinrichtung erreicht hat. Diese Bewegung wurde von reformistischen Organisationen systematisch demobilisiert, indem sie Illusionen in die bürgerlichen Gerichte schürten mit der Forderung nach einem neuen fairen Prozess. Diese Forderung diente dazu, bürgerliche Liberale mit ins Boot zu holen, die Zweifel an Mumias Unschuld haben. An Liberale zu appellieren bedeutet, die Gründe zurückzuweisen, die Millionen auf der ganzen Welt hatten, Mumias Kampf als ihren eigenen zu begreifen: Ablehnung der Ungerechtigkeiten im Kapitalismus – Armut, rassistische Unterdrückung, Krieg. Es gab eine starke Identifikation mit Mumias Kampf gegen das „System“ und für Gerechtigkeit für alle Menschen. Es muss jetzt entgegen der liberalen Vorstellung, man könne sich auf die Gerichte verlassen, mobilisiert werden, damit Mumias Fall wieder weltweit bekannt wird und erneut Massen für seine Freiheit eintreten.

Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Daniel,
für die Spartakist-Jugend

KAMPAGNE: SOFORTIGE FREIHEIT FÜR MUMIA ABU-JAMAL!

VERABSCHIEDET EINEN ANTRAG ODER SCHICKT EINE UNTERSTÜTZUNGSERKLÄRUNG:

Mumia Abu-Jamals Berufung geht nun im „Eilttempo“ vor das Bundesberufungsgericht und der Staat ist entschlossen, seine Hinrichtung durchzuführen.

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig. Als ehemaliger Sprecher der Black Panther Party und Unterstützer der Organisation MOVE und als ein mit Preisen ausgezeichneten Journalist, der als die „Stimme der Entrechteten“ bekannt ist, fiel Mumia 1982 einem Komplott zum Opfer, das auf der falschen Anschuldigung beruhte, er hätte einen Polizisten aus Philadelphia das auf der falschen Anschuldigung beruhte, er hätte einen Polizisten erdrosselt und zum Tode verurteilt. Aufgrund seiner politischen Geschichte und Überzeugungen wurde er zum Tode verurteilt und hat die letzten 24 Jahre in der Todeszelle verbracht – für ein Verbrechen, das er nicht begangen hat. Das Komplott gegen Mumia Abu-Jamal zeigt, worum es bei der Todesstrafe geht. Sie ist ein Erbe der Sklaverei und eine barbarische Gewalttat, sie ist die legalisierte Form der Lynchjustiz.

Der Fall von Mumia Abu-Jamal verdeutlicht die Rassen- und Klassenvoreingenommenheit des US-amerikanischen Justizsystems gegen Arbeiter, gegen schwarze Menschen, gegen die Armen und Unterdrückten. Der berufliche Richter, der damalige Urteil verantwortliche Richter Albert Sabo wurde zufälligerweise gehört, als er seinerzeit versprach: „Ich werde ihnen helfen, den N...r zu braten.“ Rassistische Manipulation der Geschworenen, durch Polizeidrohungen erzwungene falsche Zeugenaussagen und Vertuschungen der Staatsanwaltschaft bildeten die Grundlage für Mumias Verurteilung. Sowohl die Gerichte des Bundesstaates Pennsylvania als auch die Bundesgerichte haben sich geweigert, die Bände mit dokumentiertem Beweismaterial zu prüfen, das Mumias Unschuld belegt. In erster Linie ist hier das beeidigte Geständnis von Arnold Beverly zu nennen, daß er und nicht Mumia den Polizisten niedergeschossen und getötet hat und daß Mumia mit der Erschießung nichts zu tun hatte.

Wir stehen zusammen mit den Millionen überall auf der Welt, die den Kampf für Mumia Abu-Jamals sofortige Freiheit aufgenommen haben – Arbeiter, Studenten, Gegner der Todesstrafe, Kämpfer für die Rechte von Schwarzen und Immigranten, Sozialisten.

Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle!

Ich fordere / Wir fordern: Sofortige Freiheit für Mumia Abu-Jamal! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Schickt Kopien eures Antrags und/oder eurer Unterstützungserklärung an:

Law Offices of Robert R. Bryan
2088 Union Street, Suite 4
San Francisco, California 94123, USA
BryanlawSF@aol.com

Komitee für soziale Verteidigung
c/o Werner Brand
Postfach 21 07 50
10507 Berlin

Ver.di Vertrauensleute beim Gesamthafenbetrieb Hamburg

21108 Hamburg, Georgenwerder Böpen 1, Postfach 82 08 42, 21108 Hamburg, Telefon 36 12 31 11

Free Mumia Abu-Jamal!
Dear colleagues,
As delegates of our union ver.di in the personal pool of Hamburg we accept that...
ILIA 1526 Public Relations Committee
CHAIR: DANIEL HEINE D. PAINHE
VICE-CHAIR: JAMILLUS MUMBERELL
SECRETARY: DANIEL HEINE
TREASURER: DANIEL HEINE
MAY 4, 2006

DKP

Freiheit für Mumia Abu-Jamal

Sich über 24 Jahren sitzt Mumia Abu-Jamal in Hastington, Pennsylvania unerschuldig in der Todeszelle. Verurteilt wegen eines angeblichen begangenen Polizeiverbrechens. Wir erinnern uns an die Proteste. Nur durch weltweite Proteste konnte die Hinrichtung der Welt frei gehalten werden. Auch wenn sich noch so viele für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal einsetzen, ist es höchste Priorität gegen die drohende Todesstrafe zu verstehen, der Täter der Menschlichkeit geben, gegen die rassistische Justiz.

Sud Rail

Syndicat des travailleurs du rail Solidarité, Unitarier et démocratiques Région Paris Rive Gauche

12 rue de la République 75011 Paris
Tel: 01 48 48 12 12 Fax: 01 48 48 12 12
14 rue de la République 75011 Paris
Tel: 01 48 48 12 12 Fax: 01 48 48 12 12
http://www.sudrail.org

STILL

Vertrauensleute-Versammlung

Einladung

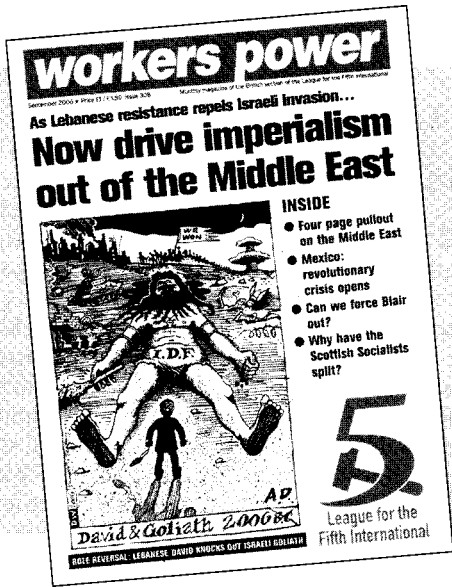
Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Einige der Gewerkschaften und linken Organisationen, die ihre eigenen Unterstützungserklärungen geschrieben und verteilt haben. Ein Auszug der Liste von Einzelpersonen, Arbeiterorganisationen, die tausende von Arbeitern vertreten, und anderer Gruppen, die die Erklärung für die Befreiung von Mumia Abu-Jamal (links) unterschrieben haben, sind zu finden auf:

www.partisandefense.org/campaigns/signers.html

Workers Power gespalten: Wem nachlaufen?

Pro-imperialistische Labour Party oder imperialistisch finanzierte Sozialforen



Workers Power fliegt wegen widerstrebenden opportunistischen Appetiten auseinander. Mehrheit (Zeitung links) läuft den volksfrontlerischen Sozialforen hinterher. Minderheit (Zeitung rechts) hält Treue zur Labour-Partei hoch



Der folgende leicht redigierte Artikel wurde übersetzt aus Workers Hammer Nr. 196, Herbst 2006, Zeitung unserer Genossen der Spartacist League/Britain.

Am 1. Juli gab Workers Powers Liga für die Fünfte Internationale (LFI, in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM) bekannt, eine Minderheit ausgeschlossen zu haben, die die Hälfte der Mitglieder der führenden britischen Sektion und den Großteil ihrer historischen Führung umfasst. Der erbitterte Disput konzentrierte sich auf „Perspektiven“, darunter die Frage, ob wir uns heute in einer weltweiten „vorrevolutionären“ Situation befinden oder nicht. Im

WORKERS HAMMER

existierenden politischen Klima, das vom Triumph der Konterrevolution in der Sowjetunion 1991/92 bestimmt ist, möchte man fragen: Auf welchem Planeten lebt Workers Power eigentlich? Aber die Ansicht, dass die Welt kurz vor der Revolution steht, ist nicht vom Himmel gefallen – sie hat ihren Ursprung darin, dass diese Organisation in großem Ausmaß die Konterrevolution unterstützte.

Als Boris Jelzins Kräfte 1991 in Moskau die Macht übernahmen, signalisierte das den Anfang vom Ende des Staates, der aus der bolschewistischen Revolution von 1917 hervorgegangen war. Die imperialistischen herrschenden Klassen auf der ganzen Welt frohlockten in der Hoffnung, die Aussicht auf proletarische Revolution für immer begraben zu können. Auch Workers Power frohlockte als Teil der pseudosozialistischen Linken, die sich Hals über Kopf daran machten, jede noch verbliebene Spur einer Verbindung zum Programm des Bolschewismus verschwinden zu lassen, nachdem sie schon lange dessen zentrales Ziel aufgegeben hatten: die Diktatur des Proletariats. Bei der Rechtfertigung ihrer Unterstützung für Jelzin sowie für andere konterrevolutionäre Kräfte von Polen bis zum Baltikum äffte Workers

Power die imperialistischen Propaganda-Mühlen nach: „Diese Bewegungen machten Jahrzehnten stalinistischer Diktatur ein Ende. Alle wirklichen Revolutionäre freuten sich über den Sturz dieser bürokratischen, totalitären Monstrositäten“ (*Workers Power*, Oktober 1997).

Diese Aussage steht im Manifest ihres Vierten Kongresses – abgehalten wenige Monate nach der Wahl von Blairs Labour-Regierung 1997 –, der eine „neue Morgendämmerung für die Menschheit“ proklamierte. Das widerspiegelt ihren tief verwurzelten Hass auf die Sowjetunion und ihre Treue zum „demokratischen“ Imperialismus, besonders unter einer Labour-Regierung. Wie ein Großteil der sich im Kraftfeld von Labour bewegenden Linken gab sich Workers Power der Illusion hin, sie würden nun, da die Sowjetunion tot und begraben ist, mit Möglichkeiten zu einem beispiellosen Wachstum belohnt werden. Im Jahr 2003, nach den Massenmobilisierungen von Jugendlichen gegen „globalen Kapitalismus“ und den Mammutprotesten gegen den Irak-Krieg, stufte Workers Power die „Morgendämmerung“ zu einer globalen „vorrevolutionären“ Situation hoch. Das diente dazu, ihre opportunistische Kapitulation vor der Anti-Globalisierungs-Bewegung zu rechtfertigen, von der sie behaupteten, sie könne in eine neue revolutionäre Internationale umgewandelt werden. Aber ihre Hoffnungen sollten sich nicht erfüllen, und dass ihre aufgeblähten Vorhersagen nicht eintraten, war ein wesentlicher Faktor bei der Spaltung.

Workers Power sind nicht die Einzigen, die in der nach-sowjetischen Welt eine Krise ihrer Erwartungen erleben. Die britische Socialist Workers Party (SWP, in Deutschland Linksruck) begrüßte Jelzins Gegenputsch: „Der Kommunismus ist zusammengebrochen, darüber sollte sich jeder Sozialist freuen“, und ermahnte ihre Mitglieder, sie sollten „nun für wirklichen Sozialismus kämpfen“ (*Socialist Worker*, 31. August 1991). Die SWP-Führung versuchte dann, eine Massenradikalisierung heraufzubeschwören, aber obwohl

sie auf dem Programm eines „Little-England“-Pazifismus die Mobilisierungen gegen den Irak-Krieg angeführt hatte, wuchs die Partei nicht und verlor tatsächlich über 5000 Mitglieder. Das brachte den dissidenten SWP-Obermacker John Molyneux bei ihrer Januar-Konferenz in Aufruhr, er beklagte sich bitter: „Die SWP ist nicht nur nicht gewachsen (trotz unzähliger dringender Aufforderungen, es zu tun), sondern ist jetzt zahlenmäßig und organisatorisch schwächer, als sie in den 90ern war“ („Why I intend to stand“ [Warum ich vorhabe zu bleiben], von John Molyneux, veröffentlicht in *Weekly Worker*, 5. Januar. Siehe „SWP wanted the post-Soviet world, now they've got it“ [SWP wollte die nach-sowjetische Welt, jetzt haben sie sie], *Workers Hammer* Nr. 194, Frühjahr 2006).

Im Gefolge des Ausschlusses der Minderheit von *Workers Power* offenbaren Dokumente, die von beiden Seiten veröffentlicht wurden, den kläglichen Zustand ihrer „Internationalen“, die kaum 100 Mitglieder hatte, bevor sie die Minderheit ausschloss, die 30 Leute umfasst. Die hochgelobte Jugendgruppe „Revolution“ ist eine Farce mit nur einer einzigen mutmaßlich stabilen Ortsgruppe auf dem ganzen Planeten (in Leeds) und einer Handvoll Leute in Deutschland und der Tschechischen Republik, von denen fünf nach der Spaltung austraten. Was noch von der Revolution-Jugendgruppe übrig bleibt, ist mit der Mehrheit verbunden, derweilen hat die Minderheit eine Zeitung namens *permanent revolution* ins Leben gerufen.

Mehrheit: schamlose Anpassung an Sozialforen

Keine Seite bei der Spaltung verwirft irgendeinen grundlegenden Aspekt der Politik von *Workers Power*; sie sind im Wesentlichen uneins darüber, wie sie ihre verschiedenen opportunistischen Gelüste am besten befriedigen können. Die Mehrheit denkt, dass die Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung steht; ihr Beweis ist, dass Leute auf die Straße mobilisiert werden können, egal was das Niveau des politischen Bewusstseins oder die Ziele der „Bewegung“ sind. Daher unterstützen sie uneingeschränkt die trendige, kleinbürgerliche, von Imperialisten finanzierte und gesponserte Bewegung der Sozialforen und präsentieren sie nicht nur als ein Vehikel für die Revolution, sondern sogar als Keimzelle ihrer neuen „Fünften Internationale“. Mit ihrem Ruf nach einer „Fünften“ Internationale – also einer, die „frei“ ist von jeglicher auch nur nominellen Verbindung zum

Leninismus oder Troztkismus –, schmeißt sich die Mehrheit unverfroren den hasserfüllten Vorurteilen gegen Leninismus und die Diktatur des Proletariats an den Hals, die es unter Anarchisten und Liberalen im Anti-Globalisierungsmilieu gibt. In der Tat vermeidet es die Mehrheit in ihrem über 30 Seiten langen Dokument über die internationalen Perspektiven, sich irgendwie als troztkistisch zu definieren, und sie ruft nicht zu einer leninistischen oder troztkistischen Partei auf (außer in Nepal!).

Die Mehrheit ist auch begeistert von dem bürgerlich-populistischen Präsidenten Venezuelas, Hugo Chávez. Zwar geben sie zu: „Sicherlich haben sein ‚Sozialismus des 21. Jahrhunderts‘ und ‚Internationalismus‘ einen reformistisch/populistischen Charakter“, aber dann präsentieren diese Opportunisten das klassische Argument für Nachtrabpolitik: „Chávez bewegt sich unter Druck nach links – redet von Sozialismus – antwortet standfest mit Hohn auf das feindliche Getöse des US-Imperialismus“ (International Perspectives of the League for the Fifth International [Internationale Perspektiven der Liga für die Fünfte Internationale], Juli 2006). Wir haben die Kriecherei der Pseudo-Linken vor Chávez entlarvt (siehe „Venezuela: Proletarische Revolution kontra populistischer Nationalismus“, *Spartakist* Nr. 161, Winter 2005/2006), ebenso ihre völlige Anpassung an die volksfrontlerischen Sozialforen, die bezahlt und unterstützt werden von kapitalistischen Staaten, NGOs, Banken und großen Unternehmen von der Ford Foundation bis zur Bank von Brasilien. Diese Foren wurden unterstützt von amtierenden Oberhäuptern kapitalistischer Staaten wie Lula und später Hugo Chávez, und in Britannien vom Londoner Bürgermeister Ken Livingstone und dem TUC [Gewerkschaftsdachverband]. In unserem Artikel „Kirchen, NGOs und CIA-Kohle: Sozialforen – ein Schwindel“ (*Spartakist* Nr. 159, Sommer 2005) klagten wir auch *Workers Power* wegen ihrer schamlosen Anpassung an. Wir schrieben: „Tatsächlich haben LSI, *Workers Power* und ihre Jugendgruppe Revolution die verrückte Vorstellung, dass sie nicht nur eine ‚Bewegung‘, sondern sogar eine ‚revolutionäre‘ Partei aus diesen klassenübergreifenden, staatlich finanzierten Bündnissen aufbauen können.“ Obwohl sie über rechtsgerichtete bürokratische Kontrolle der Sozialforen jammerten, „[gibt es] in der Gleichung von *Workers Power* ... keinerlei Kampf gegen den ganzen Zweck dieser Sozial-

Fortgesetzt auf Seite 12



kein Bildnachweis

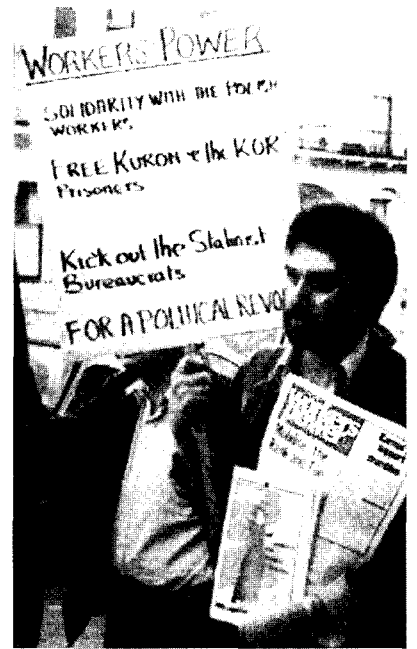


Links:
Bewaffnete afghanische Frauen, denen Intervention der Roten Armee 1979 enormen Fortschritt brachte.
Rechts:
Spartakist-Presse von 1980





In den 80ern rief WP zur „Solidarität“ mit der von CIA/Vatikan/Deutscher Bank inspirierten antikommunistischen Solidarność auf, heute übernehmen sie die imperialistische Lüge vom „Tod des Kommunismus“



Workers Hammer

Workers Power gespalten...

Fortsetzung von Seite 11

foren, die auf der *Aufrechterhaltung* des kapitalistischen Systems aufbauen und lediglich versuchen, ihm eine ‚demokratischere‘ und ‚menschenfreundlichere‘ Kosmetik zu verpassen“.

Minderheit: Kuseln mit Labour und Gordon Brown

Die Minderheit spottet darüber, dass die Mehrheit sich in der „Anti-Globalisierungs“-Bewegung liquidiert, aber nicht in erster Linie wegen ihres Opportunismus, sondern weil es sich nicht ausgezahlt hat. Die Minderheit merkt korrekt an, dass der Ruf der Mehrheit nach einer Fünften Internationale innerhalb der Welt- und Europäischen Sozialforen ein Ruf nach einer „neuen revolutionären Internationale unter Führung von Leuten wie Bertinotti von Rifondazione [ist]!“ (*permanent revolution*, Juli 2006). Aber das wirkliche Problem sieht die Minderheit darin: „Die Massen in den WSF/ESF haben in den Monaten oder Jahren nach dem Aufruf von 2003 nicht auf den schrillen Ruf [der LFI], die Fünfte Internationale zu bilden, reagiert. Tatsächlich wurden keine Verbündeten unter anderen Organisationen gefunden, mit denen man sich vereinigen könnte, um für die Fünfte Internationale zu kämpfen – oder auch nur den nächsten Schritt in diese Richtung zu machen“ (*permanent revolution*, Juli 2006). Und die Minderheit spuckt zwar große Töne über die Notwendigkeit, mit den reformistischen Führern zu brechen, und beschreibt die Sozialforen als „ein Hindernis, nicht ein Vehikel für die Schaffung einer revolutionären Internationale“, aber an keiner Stelle kritisiert sie die LFI dafür, diese aufgebaut und ihnen einen linken Anstrich verschafft zu haben.

Die Minderheit sieht weniger „vorrevolutionäre Situationen“ als die Mehrheit (und sieht sie meist an Orten, wo Workers Power nicht existiert, wie Venezuela und Boli-

vien und auch in Frankreich während der Anti-CPE-Proteste Anfang des Jahres). Aber allgemein hält die Minderheit die Aussichten auf Revolution für ziemlich hoffnungslos. Deshalb ist sie zwar dagegen, vor den Sozialforen unter Bertinotti zu kapitulieren, aber ihre Alternative ist ... sich um die Labour Party zu scharen! Heutzutage kann das nur bedeuten, sich den erbärmlichen Appellen dissidenter Gewerkschaftsbürokraten und MPs [Member of Parliament – Parlamentsabgeordnete] anzuschließen, „Labour wiederzuerobern“ unter Gordon Brown. Die Minderheit hält Workers Powers jahrelange Praxis der „kritischen Unterstützung“ für Labour aufrecht und schreibt:

„Die Einheitsfront – Forderungen an Labour richten, ihre Unterstützer aus der Arbeiterklasse zum Kampf und zu revolutionärer Politik zu gewinnen versuchen, und reformistische Arbeiter in einem Kampf gegen ihre Führung mobilisieren, innerhalb und außerhalb der Labour Party – ist nach unserer Ansicht immer noch eine entscheidende Taktik. Kritische Wahlunterstützung war Teil dieser Taktik – unter reformistischen Arbeitern Gehör finden, ihre Partei testen, wenn sie im Amt ist, diese Arbeiter für eine revolutionäre Alternative gewinnen.“ (*permanent revolution*, Juli 2006)



Seminarreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Freitag, 27. Oktober:

Videovorführung „Mumia Abu-Jamal – Live from Death Row“ (dt. Fassung)

Anschließend Update und Diskussion

Lesematerial: KfsV-Flugblatt „Freiheit für Mumia!“

Freitag, 17. November:

Für kostenlose, hochwertige Bildung für alle!

Unis unter die Kontrolle von Uniarbeitern, Studenten und Lehrkräften!

Lesematerial: Lenin „Rede auf dem 1. Gesamtrussischen Kongress für Bildungswesen“, 28. August 1918

Freitag, 15. Dezember:

1989/90: Der Kampf der Spartakisten für ein Rotes Rätendeutschland

Lesematerial: Trotzki „Die Klassennatur des Sowjetstaats“, 1933

18 Uhr im Mehringhof, Blauer Salon, Gneisenaustraße 2a, U-Bhf. Mehringdamm
Lesematerial und Kontakt: (0 30) 4 43 94 00, spartakist@online.de

Die Vorstellung, dass New Labour „im Amt getestet“ werden muss, spottet jeder Beschreibung nach neun Jahren einer Regierung, die für die Irak-Besetzung, den rassistischen „Krieg gegen Terror“ und unerbittliche Angriffe auf die Arbeiterklasse verantwortlich ist. Die Minderheit fügt hinzu, die Wahl von Labour sei für Workers Power eine Taktik und keine Strategie gewesen. Workers Power

„unterstützte ‚Klassenkampf-Kandidaten‘, wo Arbeiter im Kampf einen wirklichen Bruch mit Labour vollzogen und gegen die Partei standen. Wir unterstützten aktiv die Socialist Alliance (SA) und halfen sie aufzubauen. Eins unserer Fraktionsmitglieder war Parlamentskandidat der SA in Greenwich, ein anderer war in der Führung der SA.“ (*permanent revolution*, Juli 2006)

Weit davon entfernt, mit Labour zu brechen, riefen führende Kräfte in der Socialist Alliance wie die SWP offen dazu auf, Labour zu wählen, wo es keinen SA-Kandidaten gab. Deshalb lehnten wir es ab, SA kritische Wahlunterstützung zu geben. Darüber hinaus weigerte sich die erbärmliche SA bei ihrer Gründung 2001, den Abzug britischer Truppen aus Nordirland zu fordern – und man hörte keinen Protest-Pieps von den rückgratlosen Gesellen von Workers Power, die diese Forderung ursprünglich in den Entwurf des SA-Manifests hineingeschummelt hatten! Beide Flügel von Workers Power wurden hart getroffen von der Tatsache, dass die SWP ihnen den Boden unter den Füßen weggezogen hat, indem sie die SA fallen ließ zugunsten des Respect-Bündnisses, einer klassenübergreifenden Allianz mit einem Teil islamischer Kräfte. Die Socialist Party ist in die Bresche gesprungen und hat die Aufgabe auf sich genommen, eine Version der alten Labour Party wieder zum Leben zu erwecken: die sogenannte Kampagne für eine „neue Arbeiter-Massenpartei“, die von der Workers-Power-Mehrheit bejubelt wird. Diese Kampagne läuft darauf hinaus, eine Partei auf Basis der Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen – angefangen mit den eigenen Unterstützern der Socialist Party in der [Dienstleistungs-]PCS-Gewerkschaftsbürokratie, die einem Ausverkaufs-Deal über Renten im öffentlichen Dienst zustimmten. Ob sie nun Labour von Blair „zurückerobern“ oder unter der Socialist Party die verrotteten Traditionen von Labour wiederaufleben lassen wollen, beide Flügel von Workers Power haben sich auf die Fahne geschrieben, die Politik von Labour neu zu beleben, einer Partei mit einer jahrzehntelangen Geschichte des Verrats an der Arbeiterklasse und an Minderheiten im eigenen Land – von Streikbruch über „Jungfräulichkeitstests“ für asiatische Frauen, die nach Britannien einreisen, bis zur Entsendung von britischen imperialistischen Truppen nach Nordirland und zur Aufsicht über die blutige Teilung Indiens.

Workers Power: definiert durch die „russische Frage“

Die Minderheit erkennt in der nachsowjetischen Welt einige der Auswirkungen der kapitalistischen Konterrevolution an, sie sagt, dass diese den Imperialisten erlaubte, „strukturelle Krisen des Kapitalismus auszugleichen“. Aber sie erkennt nicht ihre eigene *Unterstützung* für die Konterrevolution an. Auch gibt keine der beiden Seiten zu, wozu Workers Power in der Vergangenheit tatsächlich politisch beigetragen hat: *Die Konterrevolution in der Sowjetunion und Osteuropa war eine Niederlage historischen Ausmaßes für die arbeitenden und unterdrückten Massen der gesamten Welt.* Allein in der ehemaligen Sowjetunion fiel das Brutto sozialprodukt zwischen 1991 und 1997 um über 80 Prozent; selbst offiziellen Statistiken zufolge sanken die Kapitalinvestitionen um mehr als 90 Prozent. Mitte der 1990er-Jahre lebten 40 Prozent der russischen Bevölkerung unterhalb der offiziellen Armutsgrenze und weitere 36 Prozent nur wenig darüber. Millionen hungerten; die Arbeitslosigkeit war massiv;

die Lebenserwartung sackte ab und für Frauen wandte sich das Leben dramatisch zum Schlechteren. Dies war der Höhepunkt einer Flut der Konterrevolution, die die ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa überrollte und zur kapitalistischen Wiedervereinigung Deutschlands 1990 führte. Das Endergebnis war, dass die Dominanz des US-Imperialismus über die Welt enorm verstärkt wurde. Seine militärische Stärke übertrifft die seiner imperialistischen Rivalen bei weitem und gestattet ihm, ungestraft neokoloniale Länder wie Irak auszuplündern, während die kapitalistischen herrschenden Klassen der Welt sich ermutigt fühlen, die Arbeiterklasse und die Armen noch mehr auszupressen.

Die Zerstörung der Sowjetunion durch die Konterrevolution 1991/92 bedeutete, dass die Russische Revolution von 1917 endgültig vernichtet worden war. Die bolschewistische Revolution war ein prägendes Ereignis des 20. Jahrhunderts und der größte Sieg für die arbeitenden Massen in der Geschichte. Zum allerersten Mal wurde das Programm der proletarischen sozialistischen Revolution Realität. Unter der Führung der bolschewistischen Partei von Lenin und Trotzki ersetzte der neu gegründete Arbeiterstaat die Klassendiktatur des Kapitals durch die Diktatur des Proletariats in Form einer auf den Sowjets (Räten) der Arbeiter und Bauern basierenden Regierung. Die revolutionäre Regierung war ein Leuchtfeuer der Befreiung: Sie gab das Land an die Bauern, zog Russland aus dem imperialistischen Krieg heraus, schaffte Gesetze ab, die Frauen und Homosexuelle diskriminierten, und erkannte das nationale Selbstbestimmungsrecht für unterdrückte Völker an. Sie begann damit, eine geplante Wirtschaft aufzubauen, basierend auf vergesellschafteter Produktion und Planung nach den Bedürfnissen – nach Arbeit, Wohnung, Gesundheitsversorgung und Bildung.

Unter den enorm schwierigen Bedingungen, die durch die imperialistische Umzingelung, extreme Armut, Mangel
Fortgesetzt auf Seite 14

The image shows a screenshot of a website titled "Wes Brot ich ess ...". The main header features the text "World Social Forum" and "Home page updated on 06/13/2005" with a "português" link. Below the header are several logos and text blocks:

- Rockefeller Brothers Fund: Philanthropy for an Interdependent World
- Governo do Rio Grande do Sul: ESTADO QUE TRABALHA UNIDO
- BRAS: UM PAÍS DE TODOS GOVERNO FEDERAL
- Christian Aid: We believe in life before death
- BANCO DO BRASIL
- FRIEDRICH EBERT STIFTUNG
- PETROBRAS: PETROLEO BRASILEIRO S.A.
- FORD FOUNDATION: Strengthening democratic values, reducing poverty and inequality, promoting international cooperation and advancing human achievement

 The bottom of the page includes a search bar and a "Click" button.

Workers-Hammer-Grafik, adaptiert

Die WSF-Losung ist: „Eine andere Welt ist möglich“. Aber wessen Welt? Hier sind einige der Agenturen, von denen die Sozialforen gesponsert und finanziert wurden

Workers Power gespalten...

Fortsetzung von Seite 13

und soziale Rückständigkeit auferlegt wurden, entwickelte sich eine Bürokratie um J. W. Stalin. Das Proletariat, und besonders seine Avantgarde, war dezimiert worden durch den imperialistischen Krieg von 1914–18 und anschließend durch den Bürgerkrieg 1918–20 gegen interne konterrevolutionäre Kräfte, die unterstützt wurden von Interventionsarmeen aus 14 kapitalistischen Ländern. Das bolschewistische Programm basierte auf der Vorstellung, dass eine erfolgreiche Arbeiterrevolution in einem fortgeschrittenen kapitalistischen Land notwendig war, um dem sowjetischen Arbeiterstaat zu helfen, und die Niederlage der deutschen Revolution 1923 war ein entscheidender Faktor bei der Degenerierung des sowjetischen Staates. Die stalinistische Bürokratie usurpierte 1923/24 die politische Macht. Das war eine politische Konterrevolution, die später das nationalistische Dogma annahm, dass „Sozialismus“ in einem einzigen Lande aufgebaut werden könne – eine Zurückweisung des marxistischen Verständnisses, wie es auch von der bolschewistischen Partei unter Lenin und Trotzki weitergetragen worden war, dass Sozialismus eine klassenlose Gesellschaft ist, die auf der Beseitigung des Mangels und der Schaffung von Überfluss basiert, was eine internationale Arbeitsteilung erfordert, die wiederum Arbeiterrevolutionen in einer Reihe fortgeschrittener kapitalistischer Länder erfordert.

Trotzki und die von ihm geführte Linke Opposition kämpften an vorderster Front gegen die Degeneration des Arbeiterstaates unter Stalin und seinen Handlangern. Aber gleichzeitig bestand Trotzki sein ganzes Leben lang auf der bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion, die ein Arbeiterstaat blieb, der auf einer geplanten kollektivierten Wirtschaft beruhte. Den Arbeiterstaat, der diese Errungenschaften verkörperte, zu verteidigen, war die Voraussetzung dafür, die Bürokratie durch eine proletarisch-politische Revolution zu stürzen. Wie er in „Der Klassencharakter des Sowjetstaats“, veröffentlicht 1933, schrieb:

„Jede politische Strömung, die die Sowjetunion unter dem Vorwand ihres ‚nichtproletarischen‘ Charakters abschreibt, läuft Gefahr, zu einem passiven Werkzeug des Imperialismus zu werden. Auch nach unserer Auffassung ist natürlich die tragische Möglichkeit nicht ausgeschlossen, dass der erste Arbeiterstaat, geschwächt durch die eigene Bürokratie, unter den vereinten Schlägen der inneren und äußeren Feinde zusammenbricht. Doch auch wenn diese schlimmste Variante der Entwicklung sich realisiert, wird die Frage, wo die an der Katastrophe Schuldigen zu suchen sind, von größter Bedeutung für die weitere Entwicklung des revolutionären Kampfes

sein. Auf die revolutionären Internationalisten darf nicht die geringste Schuld fallen. In der Stunde der tödlichen Gefahr müssen sie auf der letzten Barrikade aushalten.“

Die IKL hält das trotzkistische Programm aufrecht, wie wir es hier umrissen haben, und als revolutionäre Internationalisten erfüllten wir unsere Pflicht und hielten auf der letzten Barrikade aus. Wir kämpften gegen die Konterrevolution mit allen Kräften, die wir hatten. Während die SWP, Workers Power und die diversen anderen Pseudotrotzkisten über Jelzin und den vermeintlichen Triumph der „Demokratie“ jubelten, verteilten unsere Genossen in Moskau massenweise ein Flugblatt mit Datum 27. August 1991 und der Überschrift: „Sowjetische Arbeiter: Zerschlagt die Konterrevolution von Jelzin/Bush!“. Darin wurde erklärt:

„Arbeiter- und Soldatensowjets (Räte) müssen das Ziel haben, das konterrevolutionäre Jelzin-Regime zu besiegen und eine auf Sowjetdemokratie basierende Regierung zu errichten, wie die, die durch die Oktoberrevolution 1917 entstand. In dieser Stunde blanker Not ist mehr denn je die Schmiedung einer neuen, authentisch kommunistischen Avantgardepartei der Arbeiterklasse der Schlüssel zur erfolgreichen Verteidigung der Sowjetunion. Kehrt zum Weg von Lenin und Trotzki zurück!“ (nachgedruckt in *Spartakist* Nr. 89, September 1991)

Workers Powers Geschichte zur „russischen Frage“ zeigt sie als nicht gerade passives Instrument des Imperialismus. Die Organisation entstand Mitte der 1970er-Jahre als eine linke Abspaltung von Tony Cliffs International Socialists (jetzt SWP). Sie bewegten sich formal nach links und wiesen Cliffs „Staatskapitalismus“ zurück, der ein feiges Aufgeben des trotzkistischen Programms der Verteidigung der Sowjetunion war. Workers Power erkannte an, dass die Sowjetunion ein Arbeiterstaat war und nahm formal eine Position zu ihrer Verteidigung ein. Dieser wichtige Schritt fand angesichts einer intensiven antisowjetischen Hysterie statt, die von den Imperialisten aufgepeitscht wurde, als im Dezember 1979 die sowjetische Armee in Afghanistan intervenierte. Auf Ersuchen der afghanischen Regierung kämpfte die Rote Armee gegen antikommunistische islamisch-fundamentalistische Kräfte, die massiv von der CIA und dem britischen Imperialismus unterstützt wurden (dabei wurde das heutige Frankenstein-Monster Al Qaida erschaffen). Wir sagten gerade heraus: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und „Weitet die Errungenschaften der Oktoberrevolution auf die afghanischen Völker aus!“

Anders als die übrige Labour-freundliche Linke forderte Workers Power nicht den Rückzug der sowjetischen Truppen. Aber Afghanistan stellte scharf die „russische Frage“, die Frage der Revolution, und unter dem Druck des Kalten Krieges blieb bei Workers Power nur Geschwafel übrig. Sie zogen nie die entscheidende programmatische Schlussfolgerung, die ihr formaler Linienwechsel praktisch bedeutete: *bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion gegen imperialistischen Angriff und interne Versuche zur Konterrevolution*. Obwohl sie einen Fraktionskampf über ihren Linienwechsel hatten, spaltete sich Workers Power nicht, denn der linke Flügel stimmte praktisch zu, dass die „russische Frage“ nur eine zehnrangige Frage war. Damit kapitulierten sie vor der rechten Fraktion, geführt von Keith Hassel, eine führende Leuchte der heutigen Minderheit und Antikommunist bis auf die Knochen, der den *sofortigen* Rückzug der Roten Armee forderte mit dem Argument: „Es ist einfach nicht wahr, dass eine proimperialistische Regierung in Kabul unbedingt eine schlechtere politische Wahl für die afghanischen Massen wäre als eine stalinistische Besatzung“ (Workers Power, *Internal Bulletin* Nr. 36, Februar 1980). Heute ist Hassels Programm für Afghanistan Realität: Kabul hat eine proimperialistische Regierung, eingesetzt und unterstützt von „demokratischen“ Truppen des

Abonniere jetzt!

Zeitung der
Spartacist
League/Britain

Jahresabo

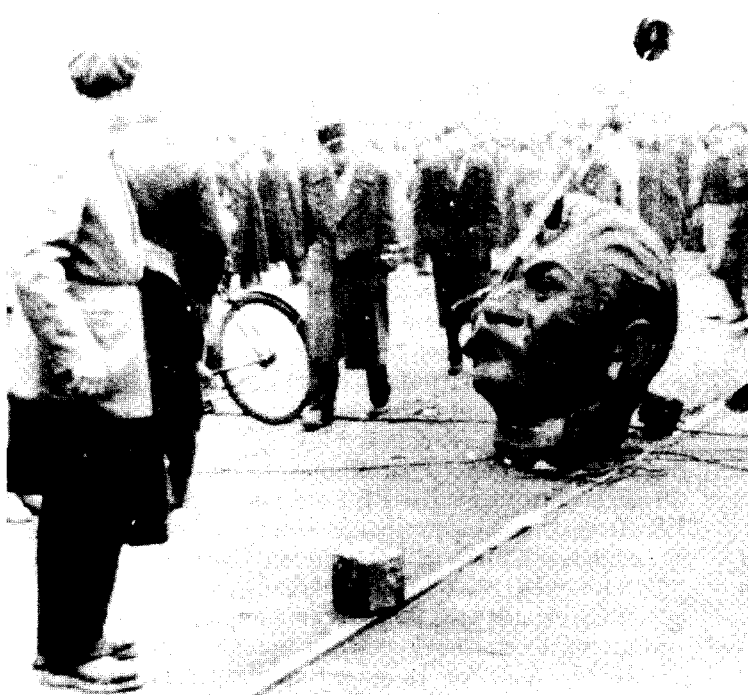
€ 7,- (Europa)

€ 10,- (Übersee Luftpost)

inkl. *Spartacist*
(englische Ausgabe)

Zu beziehen über die
Verlagsanschrift





Keystone



John Sadovy

Politische Revolution 1956 in Ungarn zeigt widersprüchlichen Charakter der stalinistischen bürokratischen Kaste. Oberst Pal Maleter (rechts) schloß sich aufständischen Arbeitern an

britischen, amerikanischen und deutschen Imperialismus, unter denen die afghanischen Massen unsagbare Brutalität erleiden.

Die Weigerung von Workers Power, theoretisch und programmatisch mit ihren Ursprüngen zu brechen, führte sie immer weiter ins Lager der Konterrevolution. Anfang der 1980er-Jahre bejubelten sie die polnische Solidarność, obwohl sie sogar anerkannten, dass es eine vom Papst unterstützte, offen konterrevolutionäre Bewegung war. Aber sie argumentierten, dass es notwendig sei, „mit“ den Arbeitern zu sein, die durch den Verrat der Stalinisten in die Arme der Konterrevolution getrieben worden waren. 1990 führte sie dann diese Art „Antistalinismus“ in die berühmte Juri-Butschenko-Affäre. Gemeinsam mit Socialist Organiser (heute Alliance for Workers Liberty) organisierte Workers Power eine Veranstaltungsreihe in Britannien für einen russischen „Gewerkschafter“, der Verbindung zu den Faschisten hatte. Erst als Butschenko auf einer Pressekonferenz erschien, wo er als Teil einer Hexenjagd gegen Arthur Scargill und die National Union of Mineworkers (NUM, Nationale Gewerkschaft der Bergarbeiter) gemeinsam mit Roy Link auftrat, dem Führer der Streikbrecher in den Kohlebergwerken, gab Workers Power zu, dass sie von Anfang an gewusst hatten, dass Butschenko für die Restauration des Kapitalismus war und dass seine Tour von russischen Faschisten gesponsert wurde. Workers Power hatte sich mit seinem „Aufseher“ getroffen, dem Londoner Vertreter des russischen NTS, das im Zweiten Weltkrieg an der Seite der Nazis kämpfte und im Kalten Krieg eine Kreatur des britischen und des US-Geheimdienstes war (siehe auch: „Chickens come home to roost over Balkans betray“ [Der Verrat über den Balkan fliegt ihnen um die Ohren], *Workers Hammer* Nr. 148, November/Dezember 1995).

Im August 1991 brüsteten sich Unterstützer von Workers Power damit, auf Jelzins Barrikaden gestanden zu haben, natürlich im Namen der Unterstützung „demokratischer Rechte“. Sie schrieben: „Unabhängig von der sozial konterrevolutionären Natur von Jelzins Programm, unabhän-

gig davon, wie viele zwielichtige Typen und Gauner sich den Barrikaden anschlossen, um das russische Parlament zu verteidigen, es wäre revolutionärer Selbstmord gewesen, hinter den Putschisten zu stehen und das Zerschlagen demokratischer Rechte zu unterstützen“ (*Workers Power*, September 1991).

Wie man ohne Konterrevolution in China den Kapitalismus restauriert

Ganz in der Tradition der Geschichte von Workers Power, die Konterrevolution in der Sowjetunion zu unterstützen, lehnen beide Seiten der Spaltung heute die Verteidigung der Chinesischen Revolution von 1949 ab. Das Dokument der Mehrheit behauptet, dass der Kapitalismus in China bereits wiederhergestellt sei und schreibt: „Die Restauration des Kapitalismus hat zweifellos eine neue bürgerliche Klasse innerhalb Chinas geschaffen, die sich aber noch nicht auf das Niveau einer Klasse für sich entwickelt hat.“ Es stellt diese neue Bourgeoisie als einen potenziellen *Verbündeten* der Arbeiterklasse und der Bauern dar, wenn auch einen unzuverlässigen: „Auch wenn Elemente inner-

Fortgesetzt auf Seite 16



Der Spiegel

Von GAM unterstützte konterrevolutionäre Jelzin-Barrikaden (August 1991) werden von russisch-orthodoxem Priester gesegnet

Workers Power gespalten...

Fortsetzung von Seite 15

halb dieser Klasse, speziell ihre Ideologen, sich mit demokratischen Reformen identifizieren und dafür eintreten werden, wird doch ihre wohlbegründete Angst vor sozialen Unruhen immer sicher stellen, dass sie ein unsicherer Verbündeter der Mehrheitsklassen sind.“ Fernerhin tritt das Dokument dafür ein, dass die Arbeiterklasse an der Spitze dieser „demokratischen Revolution“ stehen solle und erklärt:

„Der Schlüssel dafür, wieder eine revolutionäre kommunistische Bewegung in China zu etablieren, wird der Kampf für politisch unabhängige Führung der Arbeiterklasse sein, zunächst [die Führung] einer demokratischen Revolution gegen den Parteistaat wie auch gegen die Verwüstungen der Restauration und des wuchernden ausländischen Kapitalismus.“

Was Workers Power hier tatsächlich vorschlägt, ist bürgerlich-„demokratische“ Konterrevolution in Form einer Mobilisierung des Proletariats und der Bauernschaft in einem gemeinsamen Block mit der chinesischen Bourgeoisie – hinter der der Imperialismus steht – gegen die stalinistische Bürokratie und den so genannten „Parteistaat“. Um den Punkt noch zu unterstreichen, zieht Workers Power Parallelen zu den kapitalistisch-restauratorischen Bewegungen in Osteuropa, die sie selbst unterstützten:

„Die machtvollen Widersprüche innerhalb der chinesischen Gesellschaft werden weiterhin heranreifen. Wegen der jahrzehntelangen Unterdrückung durch ein ‚kommunistisches‘ Regime werden diese Kräfte, die sich zusammenschließen, um eine demokratische Revolution zu beginnen, mindestens ebenso vielseitig und politisch unzusammenhängend sein wie diejenigen, die wir aus Osteuropa oder Zentralasien kennen. Wir können als gesichert annehmen, dass der Imperialismus, wenn er es für passend hält, nicht nur neo-konfuzianische Bewegungen wie Falun Gong und die ‚Qigong‘-Geheimgesellschaften unterstützen wird, sondern auch prokapitalistische ‚Arbeiterführer und -Parteien.“ (International Perspectives of the League for the Fifth International [Internationale Perspektiven der Liga für die Fünfte Internationale], Juli 2006)

Die Minderheit, die China als die treibende Kraft für „andere“ kapitalistische Ökonomien in der Welt sieht, erklärt: „Das wahre Gewicht Chinas in der Welt liegt in der Rolle, die es dabei spielt, den Rest der kapitalistischen Weltwirtschaft mitzuziehen“ (Alternative International Perspectives [Alternative Internationale Perspektiven], vorge-

schlagen von der Minderheitsfraktion, jetzt Permanent Revolution Tendency, Mai 2006). Das ignoriert vollständig die grundsätzliche Feindschaft der imperialistischen herrschenden Klassen – zentral die der USA, aber auch der britischen Bourgeoisie – gegen die bloße Existenz der Volksrepublik China. Ursache dieser Feindschaft ist die Tatsache, dass China ein Arbeiterstaat ist, geschaffen durch die Chinesische Revolution von 1949.

Die amerikanischen Herrscher haben versucht, China mit Militäreinrichtungen zu umzingeln, und letztes Jahr schlossen sie ein Bündnis mit Japan, um die kapitalistische Bastion Taiwan zu verteidigen. Wir stehen militärisch auf der Seite Chinas gegen Taiwan und dessen imperialistische Paten; wir rufen auch auf zur revolutionären Wiedervereinigung von Taiwan mit China. Das Pentagon plant, im Fall eines atomaren Erstschlags des US-Imperialismus das bescheidene Atomarsenal Chinas zu neutralisieren, eine Strategie, die offen von der Bush-Regierung verkündet wird. Wir Trotzisten stehen für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen verbliebenen deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Vietnam und Kuba – gegen imperialistische Angriffe und kapitalistische Konterrevolution. Dies schließt ein, zu unterstützen, dass China und Nordkorea Atomwaffen testen und besitzen, eine notwendige Verteidigung angesichts imperialistischer atomarer Erpressung. Es ist wirklich aufschlussreich, dass im weit-schweifigen Perspektivendokument der Mehrheit Nordkorea – das unmittelbar im Visier der atomaren Erpressung durch die Imperialisten steht – überhaupt nicht auftaucht, Vietnam nicht erwähnt wird und Kuba nur Erwähnung findet als ein Handelspartner Venezuelas.

Die Chinesische Revolution wurde von Maos Bauernarmee geführt und nicht von einer revolutionären proletarischen Partei, und deshalb war der Staat, der daraus entstand, von Anfang an bürokratisch deformiert. Trotzdem war dies eine soziale Revolution, die die Herrschaft der chinesischen Kapitalisten und Grundbesitzer stürzte, China von imperialistischer Unterjochung befreite und einen Arbeiterstaat errichtete, auf Basis einer kollektivierten Wirtschaft nach dem Modell der UdSSR unter Stalin. Und auch heute noch sind die zentralen Elemente der chinesischen Wirtschaft, die nach der Revolution aufgebaut wurden, vergesellschaftet. Selbst die Mehrheit der LFI gibt zu, dass in strategischen Industriezweigen wie Stahl, Elektrizität, Ölraffinerien usw. die Staatsbetriebe dominieren. Workers Power „entdeckte“ im Jahr 2000, dass China kapitalistisch geworden war (auch wenn sie nicht sagen konnten, wie und wann das passiert war), aber sie postulierten, dass die stalinistische Bürokratie sich insgesamt in eine kapitalistische herr-

SPARTAKIST
DEUTSCHE AUSGABE
HERBST 1994

**Stalinismus – Totengräber der Revolution
Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde**
Für sozialistische Revolution, um Jelzins Konterrevolution wegzufügen!

**Pseudo-Trotzkisten zur Ukraine
Warum sie Trotzki mißbrauchen** 16
Über Trotzki: Eintreten für eine unabhängige Sowjet-Ukraine 17

**IKL-Diskussion über Osteuropa und die Sowjetunion
Über den Zusammenbruch der Herrschaft der Stalinisten** von Joseph Seymour 28
Für marxistische Klarheit und eine verwirklichte Perspektive von Albert St. John 40

**USA: Weg mit der reaktionären Todesstrafe!
Bettet Mumia Abu-Jamal!** 48

Zentrale Schriften von Trotzki zum ersten Mal auf Russisch erschienen
Die Kommunistische Internationale nach Lenin 25

Spartacist
Deutsche Ausgabe, Nr. 16
Herbst 1994
€ 1,-
Analyse des Stalinismus und Lehren aus dem Zusammenbruch der stalinistischen Herrschaft in DDR und Sowjetunion

Spartakist
Nr. 133, Herbst 1998
€ 0,50

Spartakist
Nr. 164, Sommer 2006
€ 0,50

Zu beziehen über: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55,
10127 Berlin, Postbank Frankfurt/M., BLZ 500 100 60,
Konto 119 88-601
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Gruppe Arbeitermacht wieder im „Dritten Lager“

Zentristen der Marke „Tod des Kommunismus“

SPARTAKIST-JUGEND

Revolution über WASG: Opportunisten kritisieren Reformisten

schende Klasse transformiert habe. Sie gestanden also der chinesischen stalinistischen Bürokratie die Macht zu, aus eigener Kraft die Klassennatur des Staates zu verändern, und damit verleugnen sie Trotzki's Verständnis des widersprüchlichen Charakters der stalinistischen Bürokratie, die einen Balanceakt ausübt zwischen einem Staat, der auf vergesellschafteten proletarischen Eigentumsformen basiert, und dem Weltimperialismus.

Heute stimmen beide Flügel in der Annahme überein, dass die marktorientierten Reformen und der Umfang der Kapitalinvestitionen in China einer schrittweisen Restauration des Kapitalismus gleichkommen. Die Vorstellung, dass die Konterrevolution durch eine schrittweise Verschiebung von Staatseigentum zu Privatbesitz vor sich gegangen ist oder dass, sobald sich 51 Prozent der ehemals kollektivierten Wirtschaft in privaten Händen befinden, der Kapitalismus gesiegt hat, ohne dass dafür irgendeine entscheidende Konterrevolution nötig war, ist eine Variante von parlamentarischem Kretinismus à la Labour Party. Dies ist einfach die Umkehrung der Vorstellung von Labour-Anhängern, dass „Sozialismus“ erreicht werden kann durch die Nationalisierung der „Kommandohöhen“ der Wirtschaft, ohne jegliche Notwendigkeit für die Arbeiterklasse, der Bourgeoisie die Staatsmacht zu entreißen.

Gegen solche Ansichten argumentieren wir in „Chinas ‚Marktrefor-men‘ – eine trotzkistische Analyse“ (siehe Artikel Seite 18): „Jedoch – und das war auch in der ehemaligen Sowjetunion so – ist die entscheidende Arena, in der eine kapitalistische Konterrevolution siegen müsste, die politische Ebene, die Erringung der Staatsmacht – nicht einfach die quantitative Ausweitung des privaten Sektors, ob in einheimischem oder ausländischem Besitz.“ Der Artikel weist auf die Widersprüche innerhalb der herrschenden KP Chinas hin:

„Die herrschende Bürokratie ist ganz klar gespalten zwischen Elementen, die die Wirtschaftsreformen unvermindert fortsetzen wollen, denjenigen, die mehr staatliche Intervention wollen, um die Verwüstungen der Marktpolitik unter Kontrolle zu halten und dadurch die Unzufriedenheit einzudämmen, und anderen, die zu einer bürokratisch geplanten Wirtschaft zurückkehren wollen. An einem bestimmten Punkt, wahrscheinlich dann, wenn bürgerliche Elemente in und um die Bürokratie sich in Bewegung setzen, um die politische Macht der KPCh zu eliminieren, werden die vielfältigen explosiven sozialen Spannungen der chinesischen Gesellschaft die politische Struktur der herrschenden bürokratischen Kaste zerschmettern. Und wenn das passiert, steht das Schicksal des bevölkerungsreichsten Lands der Erde auf Messers Schneide: entweder proletarisch-politische Revolution, um den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, oder eine Rückkehr zu kapitalistischer Versklavung und imperialistischer Unterjochung.“

China ist heute ein riesiger brodelnder Kessel von Unzufriedenheit und Protesten von Arbeitern und Bauern. Wir stehen für eine proletarisch-politische Revolution, die die stalinistische Bürokratie hinwegfegt und durch eine auf demokratisch gewählten Arbeiter- und Bauernräten basierende Regierung ersetzt, unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei. Aber eine solche politische Revolution kann nur verwirklicht werden durch die bedingungslose militärische Verteidigung des Arbeiterstaats gegen imperialistischen Angriff und gegen Versuche, den Kapitalismus von innen heraus zu restaurieren.

Für leninistisch-trotzkistische Parteien!

Es ist kein Zufall, dass keines der Dokumente, die im Verlauf der Spaltung entstanden sind, eingesteht, dass die kapitalistische Konterrevolution einen gewaltigen negativen

Einfluss auf das Bewusstsein politischer Aktivisten von heute hat. Hinter der verzweifelten Suche von Workers Power nach „Perspektiven“ liegt die Tatsache, dass sie ebenso wie der Rest der sozialdemokratischen Linken den vorherrschenden Mythos akzeptiert haben, wonach Klassenkampf gegen die kapitalistische Ordnung der Vergangenheit angehört, die Arbeiterklasse als ein Faktor für soziale Veränderungen irrelevant ist und neue Oktoberrevolutionen nicht mehr auf der historischen Tagesordnung stehen. Genau das ist der Hintergrund für ihren Kopfsprung mitten in die kleinbürgerlichen Sozialforen und für die krasse Anpassung an New Labour.

Die Feststellung, dass wir uns in einer reaktionären Periode befinden, ist nicht ein Rezept für Passivität, sondern eine Anleitung dafür, wie in die Kämpfe, die unweigerlich stattfinden, interveniert werden muss. Wir gingen auf diese Fragen in einem Artikel über unsere vierte Internationale Konferenz ein: „Die Periode, in der wir uns gegenwärtig befinden, ist zwar reaktionär, aber auch sehr widersprüchlich. In Nordamerika, Europa, dem Nahen Osten und vielen asiatischen Ländern rief der US-imperialistische Krieg gegen den Irak die größten Demonstrationen seit Jahren hervor, rüttelte Millionen junger Menschen zum politischen Kampf auf und es kam sogar zu politischen Streiks und Arbeiteraktionen gegen den Krieg.“ Gleichzeitig hielten wir fest: „Doch die politische Weltanschauung der Generation, die durch Hass auf den ‚globalen Kapitalismus‘ und durch Ablehnung des Krieges gegen den Irak politisiert wurde, ist vom historischen Materialismus und von einer proletarischen Perspektive meist weit entfernt, und diese Jugendlichen stehen einer Welt gegenüber, in der im Allgemeinen der Marxismus als ein Relikt der Vergangenheit hingestellt wird“ („Der Kampf für revolutionäre Kontinuität in der nachsowjetischen Welt“, Spartacist, deutsche Ausgabe Nr. 24, Sommer 2004). Der Artikel schloss: „Es ist entscheidend, dass zukünftige Arbeiterrevolutionen ein bolschewistisches politisches Arsenal besitzen; ihre Kader müssen anhand der Erfahrungen der bolschewistischen Revolution, der frühen Kommunistischen Internationale, Trotzki's Vierten Internationale und unserer eigenen IKL ausgebildet werden. Nur diejenigen werden neue Errungenschaften erkämpfen, die sich als fähig erweisen, die vorhandenen Errungenschaften zu verteidigen. Die IKL kämpft hartnäckig dafür, das Banner neuer Oktoberrevolutionen hoch zu halten.“ ■

SPARTAKIST 4

Spartakist
Nr. 159, Sommer 2005

€ 0,50

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55,
10127 Berlin
Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01
BIC PBNKDEFF

SPARTAKIST

Kirchen, NGOs und CIA-Kohle
Sozialforen – ein Schwindel

Spartakist-Jugend

WBS Brot für alle 833 333

BANCO DO BRASIL

Christian Aid

FORD FOUNDATION

FRIEDRICH EBERT STIFTUNG

**Verteidigt den deformierten Arbeiterstaat China!
Für proletarisch-politische Revolution!**

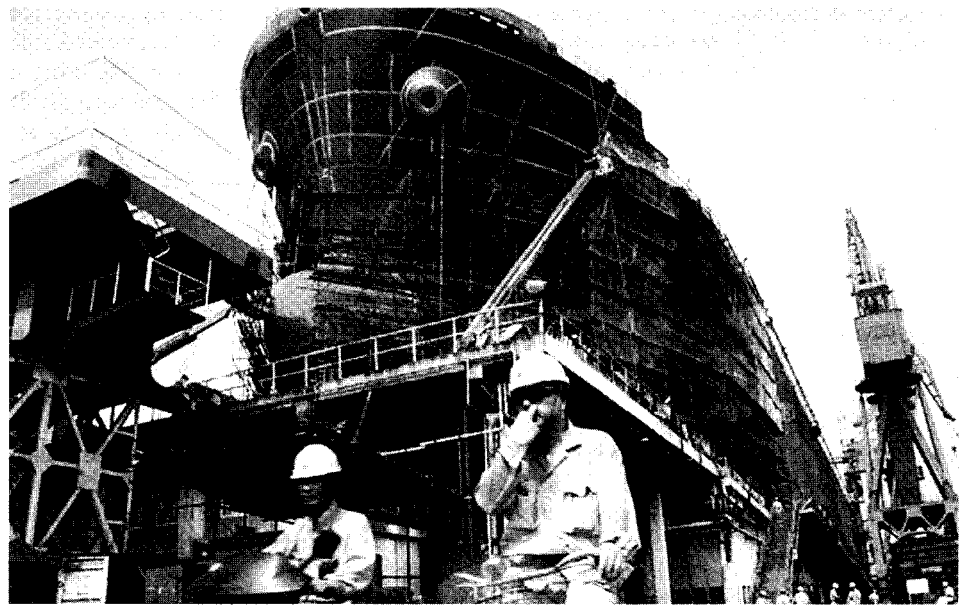
Chinas „Marktreformen“ – eine trotzkistische Analyse

Der folgende Artikel wurde übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 874, 4. August 2006.

Vor zwei Jahren verfassten zwei linke amerikanische Intellektuelle, Martin Hart-Landsberg und Paul Burkett, aus einer angeblich marxistischen Perspektive heraus eine Schrift, die die chinesische Wirtschaft in der „Reform“-ära schroff und pauschal verdammt. Ihr Artikel „China and Socialism: Market Reforms and Class

Erster Teil

Struggle“ [China und der Sozialismus: Marktreformen und Klassenkampf] wurde zunächst in *Monthly Review* (Juli/August 2004) veröffentlicht und kam dann als Buch heraus. Die Autoren nehmen insbesondere jene „progressiven“ Intellektuellen aufs Korn, die China als ein erfolgreiches Modell ökonomischer Entwicklung sehen, als eine Alternative zu den neoliberalen „Strukturreformen“, die, diktiert vom US-Imperialismus und dem Internationalen Währungsfond, so viele unterentwickelte Länder verwüsten haben. Hart-Landsberg und Burkett schreiben: „Nicht nur stimmen wir mit jenen Progressiven nicht überein, die China als Entwicklungsmodell sehen (sozialistisch



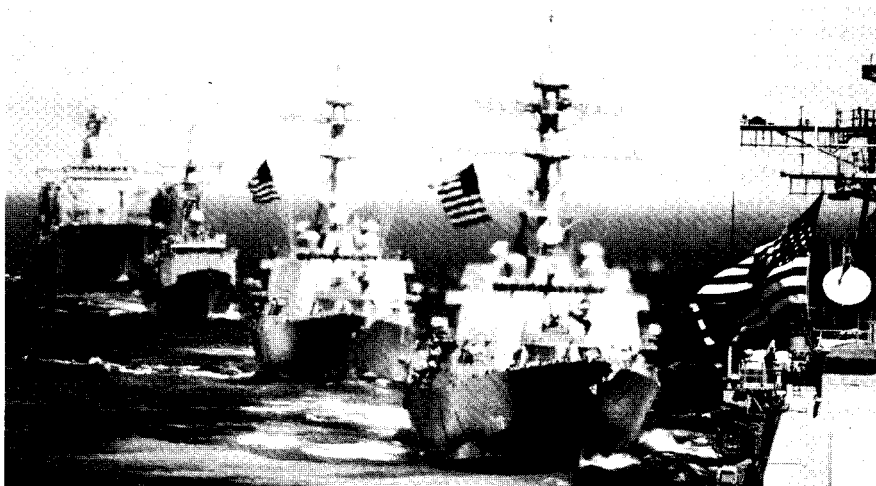
Corbis

Staatseigene Schiffswerft Hudong in Shanghai. Deformierter Arbeiterstaat China ist im Schiffbau drittstärkstes Land der Welt

oder nicht), wir denken auch, der Prozess, durch den sie zu dieser Schlussfolgerung kamen, beleuchtet ein sogar noch ernsthafteres Problem: die allgemeine Ablehnung des Marxismus durch die Gemeinschaft der Progressiven.“

Zu den „Progressiven“, mit denen sie nicht übereinstimmen, gehört Victor Lippit, der gemeinsam mit Gleichgesinnten bei *Critical Asian Studies* (37:3, 2005) als Antwort ein paar kritische Studien über „China und der Sozialismus“ verfasste. Hart-Landsberg und Burkett wiederum antworteten mit einer ausgedehnten Replik (*Critical Asian Studies* 37:4, 2005).

Politisch liberal, unterstützt Lippit, der die chinesische Ökonomie lange studiert hat, im Wesentlichen Chinas Programm der marktorientierten „Reformen“, wenn auch mit einiger linker Kritik. So beklagt er zum Beispiel den Verfall des öffentlichen Gesundheitssystems, besonders auf dem Land, als „eine Schande“. Ihm zufolge sollte das Regime in Beijing weit mehr Ressourcen für die Gesundheitsversorgung einsetzen, für die Bildung und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Landbevölkerung, selbst auf Kosten einer kurzzeitigen Verringerung des Wirtschaftswachstums nach konventionellen Maßstäben. Trotzdem ist Lippit, was China



US Navy

US-Kriegsschiffe bei massivem Manöver im Juni im asiatischen Teil des Pazifiks. US-Imperialismus hat Einsatz am Pazifikrand als Teil des militärischen Drucks auf China und Nordkorea verstärkt

betrifft, definitiv optimistisch hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung; er zitiert eine Studie der Wall-Street-Investmentbank Goldman Sachs, die vorhersagt, dass Chinas Bruttoinlandsprodukt bis 2041 das der Vereinigten Staaten überschreiten wird.

Ungeachtet all ihrer Differenzen teilen Hart-Landsberg und Burkett auf der einen und Lippit auf der anderen Seite bestimmte grundlegende Prämissen. Beide behaupten fälschlicherweise, dass die marktorientierten „Reformen“ die Restauration des Kapitalismus in China zur Folge gehabt haben, und auch, dass das unvermeidlich gewesen sei. Lippit geht davon aus, dass die Modernisierung Chinas es erforderlich macht, dass es sich immer weitergehend und immer stärker in das kapitalistische Weltsystem integriert. Er behauptet, „der Kapitalismus muss seine historische Rolle zu Ende spielen, bevor er ersetzt werden kann“, und fügt hinzu: „Sozialstaats-Kapitalismus von der Art, wie er auf dem europäischen Kontinent besteht, ist vielleicht das



Links: Fabrikarbeiter bei Herstellung von Nike-Schuhen in Dongguan. Oben: Wanderarbeiter auf Beijinger Bahnhof

Beste, was gegenwärtig erreicht werden kann.“ Für Hart-Landsberg und Burkett darf ein sozialistisches Programm in China oder anderswo – was sie mit der Verwirrung stiftenden Formel einer „Wirtschaft, die sich auf Arbeiter und Gemeinschaften stützt“ [englisch: worker-community-centered economy], kennzeichnen – keinen oder nur geringen Handelsverkehr mit den korrumpierenden Übeln des kapitalistischen Weltmarkts zulassen.

Ausschlaggebend ist, dass beide Seiten proletarische sozialistische Revolutionen in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in irgendeinem historisch bedeutsamen Zeitraum nicht für möglich halten. Lippit sagt das explizit, Hart-Landsberg und Burkett implizit. China im Kontext einer global integrierten und geplanten sozialistischen Wirtschaft zu modernisieren – diese trotzkistische Perspektive liegt außerhalb der Begriffswelt beider Seiten. Aber dieser Rahmen, die Antithese zum maoistisch-stalinistischen Dogma vom Aufbau des „Sozialismus in einem Land“, ist der *einzige* Weg zur umfassenden Befreiung der chinesischen Arbeiter- und Bauernmassen.

China heute: Mythos und Realität

Die herrschende Kommunistische Partei Chinas (KPCh) unter Deng Xiaoping führte ihr Programm der marktorientierten Reformen ein paar Jahre nach dem Tod Mao Zedongs 1976 ein. Dies beinhaltete unter anderem, China für enorm viele direkte Kapitalinvestitionen westlicher und japanischer Konzerne und der chinesischen Bourgeoisie außerhalb des Festlands zu öffnen und diese dann auch ins Land zu holen, konzentriert in der verarbeitenden Industrie.

Bürgerliche Mainstream-Ideologen haben Chinas beeindruckendes wirtschaftliches und insbesondere industrielles Wachstum als eindeutigen Beweis der Überlegenheit eines vom Markt angetriebenen Systems gegenüber einer zentral geplanten, vergesellschafteten Wirtschaft (abwertend eine sozialistische „Kommandowirtschaft“ genannt) dargestellt. Was Lippit betrifft, gehört er einer Schicht von links der Mitte stehenden Intellektuellen an, die China als erstklassiges Beispiel darstellen für eine erfolgreiche *anti*-neoliberale wirtschaftliche Strategie, basierend auf einem bedeutenden Anteil von Staatseigentum und allgemeiner staatlicher Lenkung der Wirtschaft.

Dieser Sicht gebührt das Verdienst, in ihrer eigenen Weise anzuerkennen, dass die zentralen Elemente der chinesischen Wirtschaft, die nach dem Sturz des kapitalistischen Systems durch die Revolution von 1949 errichtet wurden, weiterhin vergesellschaftet sind. Staatseigene Unternehmen dominieren in den strategischen Industriesektoren,

so im Stahl, bei Nichteisenmetallen, bei Schwermaschinen, Telekommunikation, Elektrizität, Erdölförderung und der Petrolindustrie. Die Verstaatlichung des Landes hat verhindert, dass eine Klasse von Agrar-Großkapitalisten entsteht, die die ländlichen Gebiete sozial beherrscht. Der Großteil des wirtschaftlichen Überschusses außerhalb des Sektors, der in ausländischem Besitz ist, wird in staatseigene Banken und in die Staatskasse abgeleitet. Durch eine effektive Kontrolle des Finanzsystems konnte das Regime in Beijing bisher China gegenüber den Launen des spekulativen Geldkapitals isolieren, die in den neokolonialen kapitalistischen Ländern von Ostasien bis Lateinamerika immer wieder verheerenden Schaden anrichten.

Heute ist es quer durch das gesamte politische und geografische Spektrum, von Sprechern des KPCh-Regimes bis zu Analysten an der Wall Street, ein Allgemeinplatz, zu bekräftigen, dass China drauf und dran ist, bis Mitte des 21. Jahrhunderts zu einer globalen wirtschaftlichen „Supermacht“ zu werden. Diese Ansicht ignoriert die ökonomische Verwundbarkeit Chinas in seinen Beziehungen mit dem kapitalistischen Weltmarkt. Sie ignoriert die unversöhnliche Feindseligkeit der imperialistischen Bourgeoisien, ganz besonders der amerikanischen herrschenden Klasse, gegen die Volksrepublik China – ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, der aus der Revolution von 1949 entstand. Weiterhin ignoriert sie die interne *Instabilität* der chinesischen Gesellschaft, in der es ein bedeutendes und wachsendes Maß an sozialem Protest gegen die Konsequenzen der bürokratischen Missherrschaft der KPCh gibt.

Fortgesetzt auf Seite 20

China...

Fortsetzung von Seite 19

In den letzten Jahren war die ökonomische Strategie des KPCh-Regimes darauf ausgerichtet, einen riesigen Handelsbilanzüberschuss gegenüber den Vereinigten Staaten anzuhäufen, was dazu führte, dass China heute weltweit das Land mit den größten ausländischen Währungsreserven ist. Das hat in amerikanischen herrschenden Kreisen wachsenden Druck ausgelöst, protektionistische Maßnahmen gegen China zu ergreifen. In jedem Fall kann die schiere Größe des Handelsdefizits gegenüber China nicht lange aufrechterhalten werden. Eine größere Wirtschaftsflaute in den USA und/oder protektionistische Importbeschränkungen wären ein herber Schlag für Chinas Industrie. Unternehmen in ausländischem Besitz und Joint Ventures und chinesische Unternehmen in Privatbesitz wären ebenso wie einige staatliche Unternehmen, deren Produktion auf den Export ausgerichtet ist, gezwungen, ihre Produktion stark einzuschränken und sowohl Industrie- als auch Büroarbeiter zu entlassen. Dies würde einen sehr starken Einbruch der gesamten chinesischen Wirtschaft bedeuten.

Vor kurzem hat China damit begonnen, teilweise ausländischen Besitz an seinen Banken zu erlauben. Falls die Bankiers von Wall Street, Frankfurt und Tokio ein wesentliches Ausmaß an Kontrolle über Chinas Finanzsektor erhalten, hätte das wahrscheinlich schreckliche Auswirkungen. Einige große hochverschuldete staatliche Unternehmen könnten dazu gezwungen sein, Produktion und Arbeitsplätze abzubauen. Es gäbe sogar die reale Gefahr eines plötzlichen massiven Abflusses von Geldkapital, wie er in den späten 1990er-Jahren die Finanz- und Wirtschaftskrise in Ostasien auslöste.

Der konventionellen bürgerlichen öffentlichen Meinung zufolge wurde der Kapitalismus in China schon wieder restauriert oder ist dabei, schnell und unwiderruflich restauriert zu werden. Jedoch – und das war auch in der ehemaligen Sowjetunion so – ist die entscheidende Arena, in der eine kapitalistische Konterrevolution siegen müsste, die politische Ebene, die Erringung der *Staatsmacht* – nicht einfach die quantitative Ausweitung des privaten Sektors, ob in einheimischem oder ausländischem Besitz. Auf ihre eigene Weise verstehen das die imperialistischen Bourgeoisien, vor allem die amerikanische herrschende Klasse, sehr wohl. Daher die offene Unterstützung der amerikanischen und der britischen Regierung für die aggressiv antikommunistischen Parteien und Kräfte in der kapitalistischen Enklave Hong-



Li Zhensheng

Rote Garden erniedrigen Regierungsfunktionär, September 1966. Mao entfesselte Kulturrevolution gegen Rivalen in chinesischer stalinistischer Bürokratie

kong – eine frühere britische Kolonie und neben Macao, der einzige Bestandteil der Volksrepublik China, wo die KPCh kein Monopol der politischen Macht und Organisation innehat. Daher auch das Herumreiten der US-Herrscher auf der Notwendigkeit einer „politischen Liberalisierung“ in China.

Die Imperialisten, die die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion von 1991/92 erneut ablaufen lassen möchten, zielen darauf ab, eine antikommunistische politische Opposition in China zu fördern, die sich hauptsächlich auf die neue Klasse kapitalistischer Unternehmer stützt und auf jene Elemente der KPCh-Bürokratie und der Schicht von Managern/Fachkräften/Technokraten, die eng mit dem einheimischen und ausländischen Kapital verbunden sind.

Gleichzeitig hat der US-Imperialismus den militärischen Druck auf China erhöht, er baute Basen in Zentralasien auf, um China mit amerikanischen Militäreinrichtungen zu umzingeln, und letztes Jahr schloss er einen Pakt mit Japan zur Verteidigung der kapitalistischen Bastion Taiwan, deren Bourgeoisie beträchtliche Investitionen auf dem chinesischen Festland getätigt hat. Das Pentagon verfolgt aktiv Pläne, im Fall eines amerikanischen atomaren Erstschlags Chinas kleines Atomarsenal zu neutralisieren, eine Strategie, die von der Bush-Bande in Washington offen verkündet wird. Als Trotzkiten stehen wir für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas und der anderen verbliebenen bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten – Nordkorea, Vietnam und Kuba – gegen imperialistischen Angriff und kapitalistische Konterrevolution. Insbesondere unterstützen wir, dass China und Nordkorea Atomwaffen testen und besitzen, eine notwendige Abschreckung gegen atomare Erpressung durch die Imperialisten.

Trotz und teilweise wegen seines rapiden wirtschaftlichen und besonders industriellen Wachstums gleicht China heute einem brodelnden Kessel von verbreitetem Unmut. Ein enormes und strategisch machtvolles Industrieproletariat ist mit einer Gesellschaft voller wachsender Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten konfrontiert. Als Teil seiner marktorientierten Reformen hat das stalinistische Regime in Beijing finanzielle Ressourcen von der öffentlichen Gesundheitsversorgung und elementaren Bildungsmaßnahmen abgezogen und hungert diese Bereiche gerade zu einer Zeit aus, wo diese Ressourcen stärker als jemals zuvor zur Verfügung stehen, um die grundlegenden Bedürfnisse der chinesischen arbeitenden Menschen zu befriedigen. Es hat ausgehende und andauernde Arbeiterproteste gegeben gegen Entlassungen aus Staatsbetrieben, gegen vorenthaltene Löhne, Renten und Sozialleistungen und gegen ähnliche Missbräuche. Auf dem Land gibt es weit verbreitet wütende Proteste von Bauern dagegen, dass örtliche KPCh-Funktionäre Land beschlagnahmen, um damit Bodenspekulation zu betreiben. Oft kommt es dabei zu gewaltsamen Zusammenstößen mit der Polizei.

Die herrschende Bürokratie ist ganz klar gespalten zwischen Elementen, die die Wirtschafts„reformen“ unvermindert fortsetzen wollen, denjenigen, die mehr staatliche Intervention wollen, um die Verwüstungen der Marktpolitik unter Kontrolle zu halten und dadurch die Unzufriedenheit einzudämmen, und anderen, die zu einer bürokratisch geplanten Wirtschaft zurückkehren wollen. An einem bestimmten Punkt, wahrscheinlich dann, wenn bürgerliche Elemente in und um die Bürokratie sich in Bewegung setzen, um die politische Macht der KPCh zu eliminieren, werden die vielfältigen explosiven sozialen Spannungen der chinesischen Gesellschaft die politische Struktur der herrschenden bürokratischen Kaste zerschmettern. Und wenn das passiert, steht das Schicksal des bevölkerungsreichsten Lands der Erde auf Messers Schneide: entweder proletarisch-politische Revolution, um den Weg zum Sozialismus zu eröffnen, oder eine Rückkehr zu kapitalistischer Verskla-

vung und imperialistischer Unterjochung.

Wir stehen für eine proletarisch-politische Revolution, um die unterdrückerische und parasitäre stalinistische Bürokratie hinwegzufegen und sie durch eine Regierung zu ersetzen, die auf demokratisch gewählten Arbeiter- und Bauernräten basiert. Eine solche Regierung unter der Führung einer leninistisch-trotzkistischen Partei würde wieder eine zentral geplante und geleitete Wirtschaft errichten – einschließlich des staatlichen Außenhandelsmonopols –, die nicht vom willkürlichen „Kommandotum“ einer abgeschotteten bürokratischen Kaste verwaltet wird (was solche Katastrophen produzierte wie Maos „Großer Sprung nach Vorn“ in den späten 1950er-Jahren), sondern durch die breitest mögliche proletarische Demokratie. Diese Regierung würde die junge Klasse chinesischer kapitalistischer Unternehmer enteignen und die Bedingungen für ausländische Investitionen im Interesse der chinesischen arbeitenden Menschen neu verhandeln, sie würde zum Beispiel darauf bestehen, dass die Arbeitsbedingungen mindestens auf dem gleichen Niveau sind wie im staatlichen Sektor. Eine revolutionäre Arbeiterregierung in China würde die freiwillige Kollektivierung der Landwirtschaft propagieren auf Basis einer mechanisierten und wissenschaftlichen Bewirtschaftung in großem Maßstab, unter Anerkennung der Tatsache, dass dies substantielle materielle Hilfe erfordert von erfolgreichen Arbeiterrevolutionen in den ökonomisch weiter fortgeschrittenen Ländern.

Eine proletarisch-politische Revolution in China, die das Banner des sozialistischen Internationalismus erhebt, würde wirklich die Welt erschüttern. Sie würde das ideologische Klima des „Tod des Kommunismus“ zerschmettern, das seit der Zerstörung der Sowjetunion von den imperialistischen herr-

Fortgesetzt auf Seite 22



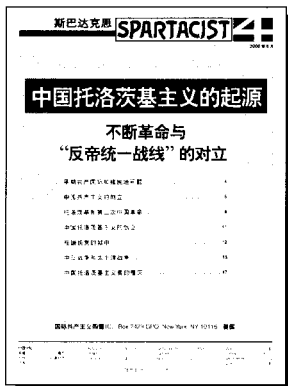
Burke/Life

Oben: Maos Volksbefreiungsarmee beim Einmarsch in Beijing, Januar 1949. Chinesische Revolution zerschlug Herrschaft von Landbesitzern/Kapitalisten. Unten: Nordkoreaner feiern chinesische Kriegshelden am Jahrestag des Waffenstillstands 1953. Chinesische Armee verteidigte Nordkorea während des Kriegs 1950–53



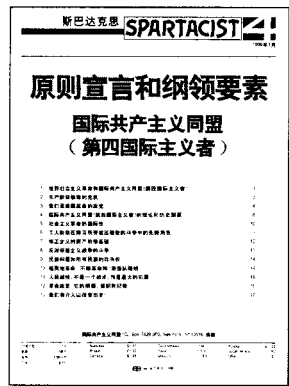
Xinhua

In chinesischer Sprache erhältlich:



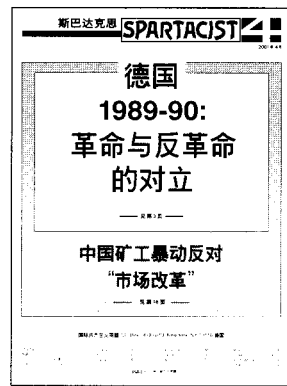
Die Ursprünge des chinesischen Trotzkismus

€ 1,-



Grundsatzerklärung und einige Elemente des Programms
Internationale Kommunistische Liga

€ 1,-



1989/90: Revolution und Konterrevolution in Deutschland

€ 1,-



Enthält: Wie der sowjetische Arbeiterstaat erwürgt wurde

€ 1,-

Zu beziehen über die Verlagsadresse

China...

Fortsetzung von Seite 21

schenden Klassen propagiert wird. Sie würde das Proletariat von Japan, dem industriellen Kraftzentrum und imperialistischen Oberherren Ostasiens, radikalisieren. Sie würde den Kampf für die revolutionäre Wiedervereinigung Koreas anfangen – durch politische Revolution im belagerten Norden und sozialistische Revolution im kapitalistischen Süden – und unter den Massen Südasiens, Indonesiens und der Philippinen, die durch die kapitalistische Kahlschlagpolitik zermürbt sind, großen Widerhall finden. Nur durch den Sturz der kapitalistischen Klassenherrschaft international, besonders in den imperialistischen Zentren Nordamerika, Westeuropa und Japan, kann die umfassende Modernisierung Chinas als Teil eines sozialistischen Asiens erreicht werden. Um die notwendige Führung für das Proletariat in diesen Kämpfen zu stellen, ist das Ziel der Internationalen Kommunistischen Liga, Trozki's Vierte Internationale wiederzuschmieden – die Weltpartei der sozialistischen Revolution.

Ökonomische Entwicklung und das Weltbild der Kommunisten

Die Unterschiede zwischen Hart-Landsberg und Burkett einerseits und Lippit andererseits liegen nicht hauptsächlich in der empirischen Einschätzung der sich verändernden sozioökonomischen Bedingungen Chinas im Verlauf des letzten Vierteljahrhunderts der „Reform“-periode. Sicher haben sie in dieser Hinsicht wichtige Differenzen – zum Beispiel darüber, in welchem quantitativen Ausmaß die Armut besiegt wurde. Aber was Hart-Landsberg und Burkett grundlegend von Lippit trennt, könnte man eine unterschiedliche Wertehierarchie nennen. Erstgenannte stellen egalitäre und gemeinschaftliche Werte über die Ausweitung der Produktivkräfte und lassen damit außer Acht, dass letzteres eine *notwendige Vorbedingung* ist für die Befreiung der großen Masse der Menschheit von Mangel und niederdrückender Schuferei. So argumentieren sie in ihrer Replik: „Chinas Erfolge, gemessen an den üblichen Entwicklungskriterien (Wirtschaftswachstum, FDI [foreign direct investment – direkte Auslandsinvestitionen] und Exporte), weit davon entfernt, Bedingungen für tatsächliche oder potentielle Erfolge an der Front menschlichen Wohlergehens zu schaffen, haben vielleicht stattdessen die Bedingungen der menschlichen Entwicklung für die Mehrheit der chinesi-

schen arbeitenden Menschen unterminiert.“

Ebenso wie Lippit, oder, was das betrifft, die Befürworter des Neoliberalismus, glauben Hart-Landsberg und Burkett, dass der Kapitalismus in seiner gegenwärtigen „globalisierten“ Form dazu getrieben wird, das Wirtschaftswachstum zu maximieren, gemessen am Anstieg von Warenangebot und Dienstleistungen. Das ist genau entgegengesetzt zum marxistischen Verständnis, dass die kapitalistische Produktionsweise und das System von Nationalstaaten, verwurzelt im Drang nach privater Akkumulation von Profit, ein Hindernis darstellt für die fortschrittliche Entwicklung der Produktivkräfte auf globaler Ebene. Ein einschlägiges Beispiel ist die tiefgehende und wachsende Verarmung der Massen des halbkolonialen Afrikas, Lateinamerikas und Teilen Asiens. Leo Trotzki erklärte Anfang der 1930er-Jahre im Kontext einer Weltwirtschaftskrise und erneut zunehmender inter-imperialistischer Rivalitäten, die bald zum Zweiten Weltkrieg führen sollten:

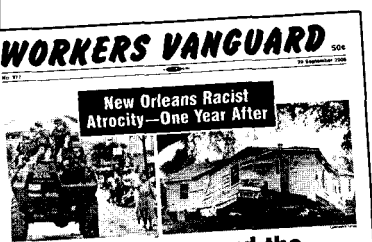
„Der Kapitalismus hat sich als Weltsystem geschichtlich überlebt. Er hat aufgehört, seine wesentliche Mission zu erfüllen: die Hebung menschlicher Macht und menschlichen Reichtums. Auf der erreichten Stufe kann die Menschheit nicht verharren. Nur eine machtvolle Steigerung der Produktionskräfte und eine richtige, planmäßige, d. h. sozialistische Organisation von Erzeugung und Verteilung kann den Menschen – allen Menschen – ein würdiges Lebensniveau sichern und ihnen gleichzeitig das kostbare Gefühl der Freiheit ihrer eigenen Wirtschaft gegenüber verleihen. Der Freiheit in zweierlei Beziehung: Erstens wird der Mensch nicht mehr gezwungen sein, der physischen Arbeit den Hauptteil seines Lebens zu widmen. Zweitens wird er nicht mehr von den Gesetzen des Marktes abhängen...“

Von der Tyrannei der alten Elemente – Erde, Wasser, Feuer und Luft – hat den Menschen die Technik befreit, um ihn sodann ihrer eigenen Tyrannei zu unterwerfen. Der Mensch hörte auf, Sklave der Natur zu sein, um zum Sklaven der Maschine zu werden und, noch schlimmer, zum Sklaven der Nachfrage und des Angebots. Die gegenwärtige Weltkrise bezeugt in besonders tragischer Weise, wie sehr der Mensch, der auf den Boden des Ozeans hinabtaucht, in die Stratosphäre emporsteigt, sich auf unsichtbaren Wellen mit den Antipoden unterhält, wie sehr dieser stolze und verwegene Gebieter der Natur Sklave der blinden Mächte der eigenen Wirtschaft bleibt. Die geschichtliche Aufgabe unserer Epoche besteht darin, das entfesselte Spiel des Marktes durch einen vernünftigen Plan zu ersetzen, die Produktionskräfte zu disziplinieren, sie zu zwingen, in Harmonie zusammenzuwirken, den Bedürfnissen des Menschen gehorsam dienend. Nur auf dieser neuen sozialen Grundlage wird der Mensch seinen müden Rücken strecken können und – jeder und jede, nicht nur Auserwählte – zum vollberechtigten Bürger im Reiche des Gedanken werden.“ („Verteidigung der Russischen Revolution“, 1932, *Schriften* 1.1)

Diese wirklich marxistische Vision der Zukunft ist dem Denken von Hart-Landsberg und Burkett völlig fremd.

Anarcho-populistische Patentrezepte ...

Hart-Landsberg und Burkett setzen dem Neoliberalismus den Begriff einer „Wirtschaft, die sich auf Arbeiter und Gemeinschaften stützt“, entgegen. Dieser Begriff ist ebenso wie das entsprechende Konzept dem Marxismus völlig fremd. „Gemeinschaften“ ist ein konventioneller bürgerlicher Begriff, der dazu dient, die Klassenunterschiede und Interessenkonflikte in der Gesellschaft zu verwischen. Speziell auf China angewendet verwischt der Begriff einer „Wirtschaft, die sich auf Arbeiter und Gemeinschaften



WORKERS VANGUARD 50¢

New Orleans Racist Atrocity—One Year After

Race, Class and the Fight for a Workers America

Black Liberation Through Socialist Revolution!

THE RUSSIAN REVOLUTION OF 1917
FROM THE BOLSHEVIST COUP TO THE OCTOBER REVOLUTION
5th Part 4

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard
zweiwöchentliche
Zeitung der
Spartacist League/U.S.

21 Ausgaben inkl.
Spartacist (englische
Ausgabe) und
Black History

**Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-**

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

stützt“, den Klassenunterschied zwischen Arbeitern und Bauern. Letztere sind eine kleinbürgerliche Schicht, deren Einkommen sich herleitet aus dem Besitz und Verkauf von Gütern. Bauern haben ein materielles Interesse an hohen Preisen für die Nahrungsmittel und andere landwirtschaftliche Produkte, die sie verkaufen, in Relation zum Preis der verarbeiteten Waren, die sie sowohl für Produktionszwecke (z. B. Kunstdünger, Landmaschinen) als auch für den persönlichen Gebrauch kaufen. Außerdem entfällt das Interesse der Bauern an hohen Preisen für Nahrungsmittel nicht dadurch, dass Familienhöfe in landwirtschaftliche Kollektive umgewandelt werden. Das Einkommen der Mitglieder der Kollektive hängt immer noch stark davon ab, welche Preise sie für ihre Erzeugnisse bekommen, ob von einer entsprechenden Regierungsbehörde oder auf dem privaten Markt.

Hart-Landsberg und Burkett bezeichnen sich als Marxisten, aber ihre Vorstellungen laufen auf eine Art Anarcho-Populismus hinaus. Ihr Begriff einer „Wirtschaft, die sich auf Arbeiter und Gemeinschaften stützt“, ist verwandt mit dem klassischen Programm einer Föderation politisch autonomer und ökonomisch überwiegend selbstgenügsamer Kommunen, wie man es mit dem anarchistischen Abenteurer des 19. Jahrhunderts, Michail Bakunin, in Verbindung bringt. Man kann das daran sehen, in welcher Weise sie die chinesische Wirtschaft der Mao-Ära kritisieren. Sie behaupten, die Überzentralisierung der Wirtschaft sei ineffektiv gewesen und, noch wichtiger, sie setzen implizit eine zentral geplante Wirtschaft mit einer autoritären politischen Herrschaft gleich:

„Die Wirtschaftsplanung war übermäßig zentralisiert worden und war, als die Wirtschaft komplexer wurde, nicht in der Lage, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung effektiv und effizient zu reagieren...

Es gab die zentrale Notwendigkeit, auf Chinas bisherigen Errungenschaften aufzubauen und gleichzeitig die Arbeiter und Bauern zu ermächtigen, neue Strukturen der Entscheidungsfindung und Planung zu schaffen. Dies implizierte unter anderem eine Restrukturierung und Dezentralisierung der Wirtschaft und der Entscheidungsstrukturen des Staates, um die direkte Kontrolle der assoziierten Produzenten über die Bedingungen und die Erzeugnisse ihrer Arbeit zu vergrößern.“

Hart-Landsberg und Burkett verurteilen die zunehmende Ungleichheit, die durch das marktorientierte „Reform“-programm geschaffen wird. Jedoch erfordert die Erreichung eines gleichmäßigen Niveaus für Löhne und Sozialleistungen für alle unterschiedlichen Betriebe, Industrien und Regionen notwendigerweise eine zentral verwaltete Wirtschaft. Nur ein solches System ist fähig, wirtschaftliche Ressourcen aus produktiveren Betrieben, Industrien und Regionen umzuverteilen zu Gunsten der weniger produktiven.

In den etwa 150 Seiten von „China und der Sozialismus“ und der späteren Replik an Lippit et al. erklären Hart-Landsberg und Burkett nicht, wie eine „Wirtschaft, die sich auf Arbeiter und Gemeinschaften stützt“, in der Praxis funktionieren würde. Größtenteils benutzen sie die Formel als Mantra, um die Übel des Neoliberalismus abzuwehren. An einer Stelle geben sie als hypothetisches Beispiel „die Schaffung eines nationalen Gesundheitssystems“ und erklären, dies

„würde erfordern, eine Bauindustrie zu entwickeln, um Kliniken und Hospitäler zu bauen, eine Medikamentenindustrie, um Krankheiten zu behandeln, eine Werkzeugmaschinenindustrie, um Ausrüstung herzustellen, eine Softwareindustrie, um die Unterlagen zu verwalten, ein Bildungssystem, um Ärzte und Krankenschwestern auszubilden etc., all dies geprägt durch die sich entwickelnden Bedürfnisse und Fähigkeiten der Bevölkerung auf



Magnum

Mao empfängt 1972 Nixon in China, während USA Bomben auf Vietnam regnen lassen

lokaler, nationaler und regionaler Ebene.“

Nirgendwo geben sie einen Hinweis darauf, welche politischen Institutionen und welche strukturellen wirtschaftlichen Mechanismen notwendig sind, um dieses lobenswerte Ziel zu erreichen. Wie würde entschieden werden, welcher Teil der insgesamt verfügbaren Wirtschaftsressourcen für das Gesundheitswesen ausgegeben werden soll im Vergleich zu anderen Notwendigkeiten wie Investitionen in den Ausbau von Industrie und Infrastruktur, Militärausgaben, Bildung, Renten usw.? Die Koordinierung der unterschiedlichen wirtschaftlichen Aktivitäten (z. B. Hochbau, medizinische Ausrüstung, Computer-Software), um ein Gesundheitssystem zu entwickeln, würde zentralisierte Planung und Verwaltung erfordern. Ein solches System ist *vollkommen vereinbar* mit der aktiven demokratischen Beteiligung der Arbeiter von ihrem Arbeitsplatz aus, zum Beispiel Beratung über den besten Einsatz von Technologie, Einsetzung und Umsetzung von Sicherheitsstandards, Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin und ähnliches. Die Aufteilung der insgesamt verfügbaren ökonomischen Ressourcen unter die miteinander konkurrierenden Notwendigkeiten muss auf der höchsten Ebene einer Regierung diskutiert und entschieden werden, die auf proletarischer Demokratie basiert – d. h. auf der Herrschaft von Arbeiter- und Bauernräten. Proletarische Demokratie ist wesentlich, damit eine Planwirtschaft vernünftig funktionieren kann.

... und maoistisch-stalinistische Ideologie

Lippit weist darauf hin, dass die chinesische Wirtschaft in der Mao-Ära mit ihren Institutionen der Sowjetunion unter Stalin nachempfunden war und dass es „nicht die kleinste Spur von Arbeiterkontrolle in beiden Ländern“ gab. Hart-Landsberg und Burkett widersprechen dem nicht. Was sie attraktiv finden am China vor den „Reformen“, sind bestimmte Elemente der späten maoistischen Ideologie, besonders der rhetorische Egalitarismus, der mit der Kulturrevolution 1966–76 verbunden ist.

Die grotesk fehlbenannte „Große Proletarische Kulturrevolution“ wurde von Mao gestartet, um den Flügel der Bürokratie unter Liu Shaohi und Deng Xiaoping zu säubern, der China geführt hatte, während sich das Land von den zerstörerischen Auswirkungen des „Großen Sprungs nach Vorn“ der späten 1950er-Jahre erholte. Das war ein verrücktes Abenteuer in Sachen ökonomischer Autarkie, beispielhaft dargestellt durch Hochöfen in den Hinterhöfen, das in totalem Zusammenbruch und weit verbreiteter Hungersnot endete. Während der zerstörerischen Raserei der

Fortgesetzt auf Seite 24

China...

Fortsetzung von Seite 23

Kulturrevolution wurden Millionen von Studenten als Rote Garden mobilisiert, angeblich um gegen Bürokratismus und so genannte „Wegbereiter des Kapitalismus“ zu kämpfen. Als im Januar 1967 Arbeiter in Shanghai parallel zu einem nationalen Eisenbahnarbeiterstreik einen Generalstreik organisierten, um ihren Lebensstandard zu verteidigen, schickte Mao die Roten Garden, um die Streiks zu zerschlagen.

Während der Kulturrevolution wurde materielles Selbstinteresse als „bürgerliche“ Haltung denunziert. Der „Aufbau des Sozialismus“ wurde definiert als eine Veränderung der sozialen Psychologie der Massen, damit diese sich mit dem kollektiven Wohlergehen identifizieren („dem Volke dienen“). Ein weit verbreitetes Credo eines Mao-Anhängers zu dieser Zeit war: „Ich muss Maos Lehren im Gedächtnis behalten, um mir *hohe* politische Standards zu setzen und einen *niedrigen* Lebensstandard.“

Hart-Landsberg und Burkett billigen diese Art von „sozialistischer“ Askese nicht. Was sie aber tun, ist sozialistisches Bewusstsein zu trennen von der Überwindung ökonomischen Mangels und dem Erreichen von materiellem Überfluss in einer zukünftigen kommunistischen Gesellschaft; tatsächlich stellen sie technologischen Fortschritt der egalitären Entwicklung der Menschheit *entgegen*. In ihrer Antwort auf Lippit et al. behaupten sie:

„Die marxistische Ansicht ist nicht, dass menschliche Entwicklung einfach auf einem Meer von Produktivkräften und Verbrauchsgütern, produziert vom Kapital, nach oben treibt, sondern dass sie hauptsächlich im und durch den Klassenkampf stattfindet – dieser wird verstanden (selbst während der Kapitalismus immer noch herrscht, aber ebenso nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats) als ein langer Kampf, um für alle Bedingungen der Produktion die Entfremdung rückgängig zu machen.“

Bedeutsam ist hier, dass sie einen Aufstieg der Produktivkräfte und ein wachsendes Niveau der Konsumtion mit *kapitalistischer* Entwicklung gleichsetzen. Im Gegensatz zu Hart-Landsberg und Burkett gibt es für Marxisten keinen Widerspruch zwischen Klassenkampf und einem Anstieg der Produktivkräfte der Gesellschaft. Ganz im Gegenteil. Das letztendliche Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse ist der Sturz der kapitalistischen Produktionsweise und des bürgerlichen Systems der Nationalstaaten, die die Produktivkräfte *begrenzen*, und ihre Ersetzung durch eine interna-

tional integrierte und geplante sozialistische Wirtschaft. Und diese wiederum hat das Ziel, eine globale kommunistische Zivilisation zu schaffen, in der alle Mitglieder der Gesellschaft Zugang haben zu den materiellen und kulturellen Ressourcen, in ausreichendem Ausmaß, um ihre Fähigkeiten voll entfalten zu können.

Es war, wie man so schön sagt, kein Zufall, dass „China und der Sozialismus“ zuerst in *Monthly Review* veröffentlicht wurde. Dies ist seit langer Zeit das wichtigste Journal amerikanischer linker Intellektueller mit maoistischen Überzeugungen oder Sympathien, zurückzuverfolgen bis zu den 1960er-Jahren, als ihre führende Persönlichkeit Paul Sweezy war. Sweezy behauptete, „die Erfahrung der Chinesischen Revolution ... hat gezeigt, dass ein niedriges Entwicklungsniveau der Produktivkräfte kein unüberwindbares Hindernis ist für die sozialistische Transformation der sozialen Verhältnisse“ (*Monthly Review*, November 1974).

Der gesamte Rahmen der gegenwärtigen Debatte zwischen Lippit und Hart-Landsberg/Burkett ist grundlegend falsch; dass die Wahl entweder Integration in den kapitalistischen Weltmarkt oder aber die eine oder andere Form einer pseudo-egalitären nationalen ökonomischen Selbstgenügsamkeit sei. Was Mao betrifft, war die Doktrin des „Vertrauens in die eigene Kraft“ beim „Aufbau des Sozialismus“ ein typisch stalinistischer Ausdruck davon, aus der Not eine Tugend zu machen. Sozialismus, die erste Phase des Kommunismus, bedeutet eine klassenlose, egalitäre Gesellschaft, die auf materiellem Überfluss basiert. Die Vorstellung, dass der Sozialismus in einem Land erreicht werden kann, ist zutiefst antimarxistisch. Der Sozialismus erfordert eine international geplante Wirtschaft, um die Produktivkräfte im globalen Rahmen zu dirigieren. In der Realität bedeutete „Sozialismus in einem Land“ in China ebenso wie in der UdSSR Stalins und seiner Erben, gegen die Perspektive einer internationalen Arbeiterrevolution zu sein und sich generell an den Weltimperialismus anzupassen.

Als China Ende 1950 in den Koreakrieg eintrat, verhängten die amerikanischen Imperialisten und ihre Verbündeten wie Japan ein Handelsembargo gegen China, das den Export eines weiten Bereiches von Industrieprodukten untersagte, besonders technologisch ausgefeilter kapitalistischer Ausrüstung. Dieses Embargo wurde während der folgenden zwei Jahrzehnte aufrechterhalten. Während der 1950er-Jahre trugen die Hilfe und der Handel der Sowjetunion mit China zu seinem rasanten Wirtschaftswachstum bei – es konnte sich mit heutigen Wachstumsraten messen –, besonders durch den Bau groß angelegter moderner Industriebetriebe. Als sich jedoch die Spaltung zwischen den beiden nationalistischen Bürokratien in Beijing und Moskau vertiefte, kappten die Kreml-Führer Anfang der 1960er-Jahre die Wirtschaftsverbindungen zu China. Das war der Zeitpunkt, als Mao und seine Ideologen damit begannen, die Tugend des „Vertrauens in die eigene Kraft“ zu predigen, d. h. nationale wirtschaftliche Autarkie, als grundlegendes Prinzip beim „Aufbau des Sozialismus“.

Aber ein paar Jahre später änderte sich das internationale politische Klima radikal, als China eine strategische Allianz mit dem amerikanischen Imperialismus gegen den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat einging. Ein Signal dafür war der herzliche Empfang, den Mao 1972 dem US-Oberbefehlshaber Richard Nixon bereitete, während amerikanische Kriegsflugzeuge Nordvietnam bombardierten. Beijings Bündnis mit Washington wurde mit Blut besiegelt, als China 1979 in Vietnam einfiel. Als Gegenleistung öffneten die Imperialisten ihre Märkte und Bezugsquellen für China. Im letzten halben Jahrzehnt der Mao-Ara wuchs der Wert von Chinas Handelsvolumen, hauptsächlich mit den entwickelten kapitalistischen Ländern, auf mehr als das Doppelte, wenn auch der Ausgangspunkt sehr niedrig gewesen



DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2006 € 1,50

KUMMERN 75

SPARTACIST

Russische Archive: Anarchistische Lügen abermals widerlegt

**Kronstadt 1921:
Bolschewismus gegen Konterrevolution**
SEITE 8

**Empire, Multitude
und „Tod des Kommunismus“**

**Senile Ergüsse
des Postmarxismus**
SEITE 29

Frauen und Revolution 

**Russische Revolution
und Emanzipation der Frauen**
SEITE 64

Briefwechsel mit Revolutionary History 2

Für eine feministische Partei in Griechenland!
Für eine Sozialistische Föderation des Balkans!
Gründung der Trotzkistischen Gruppe Griechenlands 3

Elizabeth King Robertson, 1951-2005 4

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 25, Frühjahr 2006

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

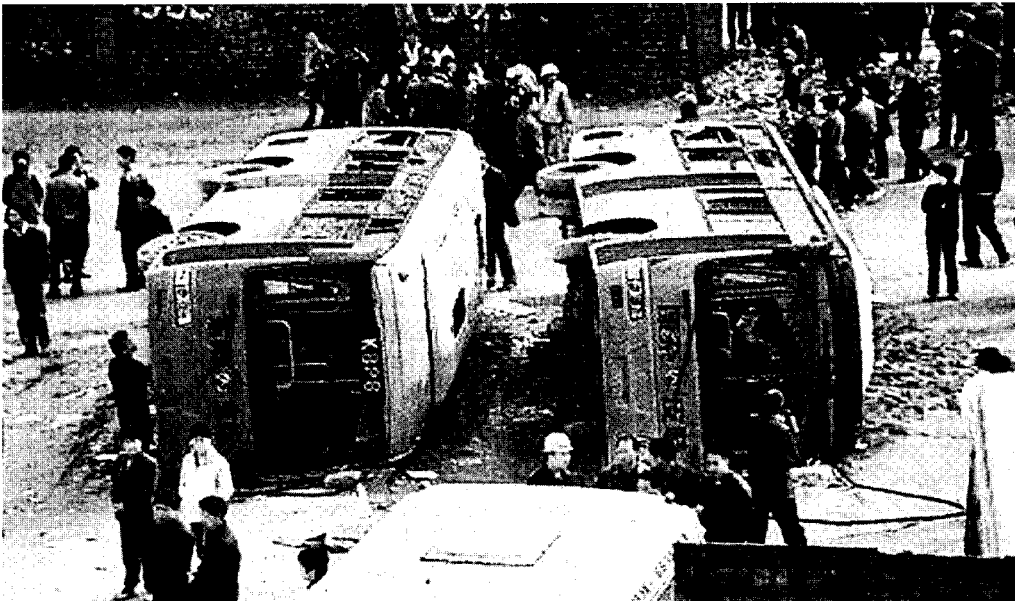
Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01
BIC PBNKDEFF



Brown/AFP

Oben: Entlassene Fabrikarbeiter protestieren in nordöstlicher Stadt Liaoyang, März 2002. Unten: Umgestoßene Polizeibusse in Dongyang, Provinz Zhejiang, nach Massenprotesten gegen erdrückende Verschmutzung, Frühjahr 2005



World Journal

war. Jedoch wurde die ideologische Haltung des „Vertrauens in die eigene Kraft“ beibehalten.

Hart-Landsberg und Burkett verurteilen die Strategie des vom Export angeführten Wachstums, die China während der letzten Jahrzehnte verfolgt hat. Sicherlich bestehen sie darauf, dass sie nicht gegen Außenhandel an sich seien, aber gegen Außenhandel, der nach den Gesetzen kapitalistischer Profitabilität abgewickelt wird: „Das Problem, vor dem Arbeiter stehen, ist nicht per se die Produktion für den Export, sondern dass es keine Alternativen zu *profitgetriebenen* Export-Aktivitäten gibt – Alternativen, die den Bedürfnissen der menschlichen Entwicklung dienen“ (Hervorhebung im Original). Aber China existiert in einer Welt, die von kapitalistischen Konzernen, Banken und Staaten dominiert ist; also sind seine Exporte notwendigerweise den Gesetzen des kapitalistischen Weltmarkts unterworfen.

Als revolutionäre Marxisten sind wir nicht an sich gegen Chinas umfangreiche Wirtschaftsbeziehungen zur kapitalistischen Welt durch Handel und Joint Ventures mit westlichen und japanischen Konzernen. Eine auf Arbeiter- und Bauernräten basierende Regierung in China, geführt von

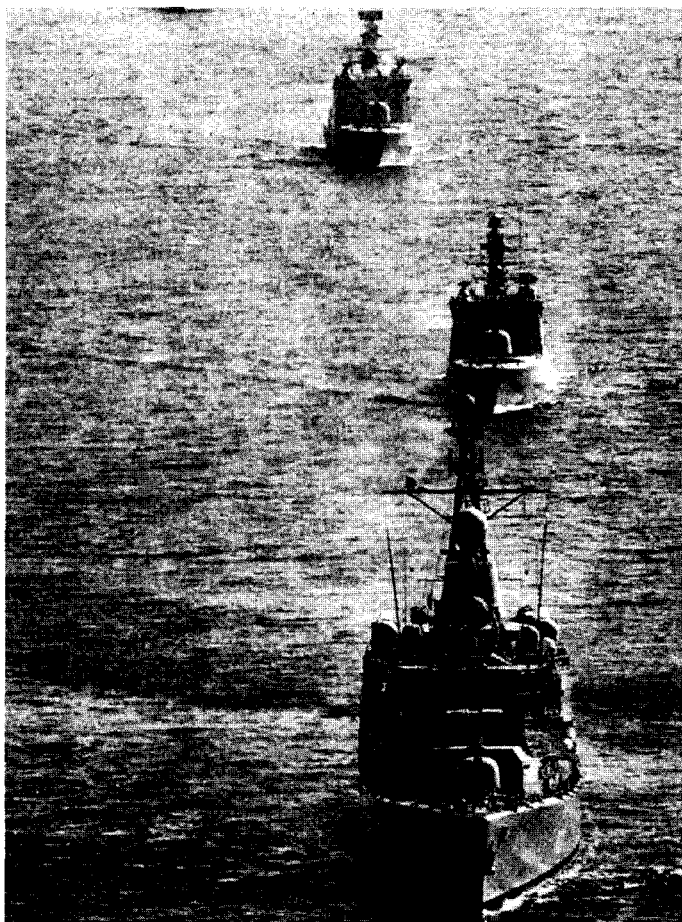
einer leninistisch-trozkistischen Partei, würde danach trachten, den Weltmarkt dazu zu nutzen, die ökonomische Entwicklung zu beschleunigen. Aber um das zu tun, würde sie erneut ein staatliches Außenhandelsmonopol errichten und die Bedingungen der ausländischen Investitionen neu verhandeln. Und was noch grundlegender ist, eine revolutionäre sozialistische Regierung in China würde *aktiv proletarische Revolutionen international fördern*.

Das wirkliche Verbrechen der chinesischen stalinistischen Bürokratie – heute wie damals – ist, dass sie geholfen hat, das kapitalistisch-imperialistische System im Weltmaßstab aufrechtzuerhalten und sogar zu stärken. Insbesondere war China sowohl unter Mao als auch unter Deng ein strategisch bedeutender Bestandteil des US-geführten Bündnisses gegen die Sowjetunion während der letzten zwei Jahrzehnte des Kalten Kriegs. Daher tragen die chinesischen Stalinisten ein direktes und nicht geringes Maß an Verantwortung für die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion – eine welthistorische Niederlage für das internationale Proletariat.

In der nachsowjetischen Periode zeigt das KPCh-Regime weiterhin Entgegenkommen für die Interessen und Bestrebungen des amerikanischen Imperialismus. So hat die Regierung von Hu Jintao Bushs globalen „Krieg gegen den Terror“ unterstützt, die politische Rechtfertigung für den Einmarsch und die Besetzung des Irak und Afghanistans durch die USA und die

gegenwärtigen militärischen Drohungen gegen Iran, den zweitgrößten Lieferanten für Chinas Ölimporte. Beijing hat mit Washington und Tokio zusammengearbeitet, um als Mittelsmann für „Verhandlungen“ zu fungieren mit dem Ziel, die Entwicklung von Atomwaffen in Nordkorea zu stoppen. Jede Schwächung der Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats Nordkorea gegen den imperialistischen Militarismus wird auf China zurückschlagen. Hart-Landsberg und Burkett wettern gegen Chinas Handelsbeziehungen mit der kapitalistischen Welt, aber sie erwähnen nirgendwo die wirklichen Verbrechen der chinesischen stalinistischen Bürokratie – von Mao über Deng zu Hu Jintao – gegen das internationale Proletariat. In stärkstem Gegensatz zu den Handlungen der stalinistischen Bürokraten in Beijing, heute wie damals, war eins der allerersten Dinge, die Lenin, Trotzki und die anderen bolschewistischen Führer der Oktoberrevolution 1917 in Russland in Angriff nahmen, die Kommunistische Internationale zu schmieden als das notwendige Instrument, um proletarische Revolutionen gegen das räuberische kapitalistische System zu führen.

[WIRD FORTGESETZT]



Reuters/Christian Charisius

Flottenverband der deutschen Marine auf dem Weg zur Küste Libanons

Libanon...

Fortsetzung von Seite 1

Israel wiederholt gebrochen wurde. Die Bush-Regierung, die wochenlang gegen einen Waffenstillstand war, änderte plötzlich ihren Kurs, als klar wurde, dass Israel bei der Verfolgung seiner militärischen Ziele in Schwierigkeiten geriet. Angelpunkt des Abkommens ist die Stationierung von etwa 15 000 UN-Soldaten im Südlibanon, wobei sich allerdings keine ausländische Macht überschwänglich dafür begeistern konnte, ihre Truppen zwischen der Hisbollah und Israel zu stationieren und möglicherweise in einem Schlamassel zu enden. Die französischen Imperialisten, die früheren Kolonialherrscher des Libanon, boten zunächst nur 200 Soldaten an und haben jetzt 2000 zugesagt; die Italiener bis zu 3000. Was die deutschen Imperialisten betrifft, die sehen hier eine wunderbare Möglichkeit, ein weiteres „Tabu“ zu brechen, das aus der Erinnerung an den Nazi-Holocaust herrührt, und haben entschieden, ein Kontingent von bis zu 2400 Bundeswehrsoldaten abzustellen, darunter 1500 Marinesoldaten, die die Küste Libanons kontrollieren und Lieferungen an die Hisbollah unterbinden sollen.

Der Zweck dieser imperialistischen UN-Streitmacht ist der Versuch, das zu erreichen, was das israelische Militär nicht konnte: die Hisbollah und ihre Kämpfer zu neutralisieren. Es ist ein Rezept für die verstärkte Unterdrückung der libanesischen Bevölkerungsgruppen. 1982 waren es amerikanische, französische und italienische „Friedenstruppen“ im Libanon, die die PLO-Kämpfer entwaffneten und damit die Basis legten für das Massaker an etwa 2000 Palästinensern in den Flüchtlingslagern von Sabra und Schatila, begangen durch faschistoide christliche Kräfte und organisiert vom israelischen Militär. In dem aktuellen Konflikt riefen wir zur militärischen Verteidigung der Hisbollah auf und

hielten dabei unsere politische Opposition gegen diese reaktionäre islamisch-fundamentalistische Gruppe aufrecht. Heute fordern wir: **UN-Truppen raus aus dem Libanon, sofort!**

Während die zionistischen Herrscher im Libanon ihr Gemetzel durchführten, ging in den besetzten Gebieten ihr Unterdrückungs- und Mordfeldzug unvermindert weiter. Fast 200 Palästinenser wurden seit Ende Juni getötet, als Militante einen israelischen Soldaten gefangen genommen hatten. Dutzende von palästinensischen Abgeordneten und Regierungsvertretern der Hamas werden in israelischen Gefängnissen festgehalten, während verschiedene imperialistische Mächte – und Israel – ihr Embargo gegen die Palästinenser als Strafe für die Wahl einer Hamas-Regierung im Januar fortführen. **Verteidigt das palästinensische Volk! Nieder mit dem Embargo! Alle israelischen Truppen und Siedler raus aus den besetzten Gebieten – Gaza, Westjordanland, Ostjerusalem und Golanhöhen!**

Ein Flugblatt unserer amerikanischen Schwesterorganisation, der Spartacist League/U.S., vom 21. Juli, von dem wir eine überarbeitete Version bei Protesten in Deutschland verteilten, warnte vor jeglichen Illusionen, die UNO oder andere imperialistische Agenturen würden die unterdrückten Massen des Nahen Ostens beschützen, und erklärte: **„Die unzähligen Völker des Nahen Ostens werden keinen Frieden, Wohlstand oder Gerechtigkeit erleben, bevor nicht die bürgerliche Herrschaft in der Region durch eine Reihe von sozialistischen Revolutionen gestürzt worden ist“** („Nieder mit dem zionistischen Angriff auf Libanon, Gaza!“). Im Gegensatz zu dieser marxistischen Perspektive hat die reformistische Linke international den imperialistischen „Friedenstruppen“ offen oder versteckt Unterstützung gegeben.

In Britannien unterzeichnete die Führerin der Socialist Workers Party (in Deutschland mit Linksruck verbunden), Lindsey German, einen Brief für die Stop the War Coalition (StWC), der die Regierung von Tony Blair bittet, sie möge sich für „einen sofortigen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen“ einsetzen. Kurz darauf, nachdem der UN-vermittelte Waffenstillstand in Kraft trat, sagte die StWC eine für den 19. August in London geplante Demonstration ab – denn für die StWC gab es nichts mehr zu protestieren, nicht einmal, als die Imperialisten ihre Kräfte mobilisierten, um den Libanon zu besetzen! In Frankreich gehörte die pseudotrotzkistische Ligue communiste révolutionnaire (LCR) zu den Unterzeichnern eines Aufrufs für eine Demonstration am 12. August in Paris, der die Chirac-Regierung aufrief, „ohne Verzögerung auf einen Waffenstillstand ohne Vorbedingungen hinzuarbeiten“, und der von der EU forderte, „Sanktionen gegen die israelische Regierung“ zu verhängen. Diese vorgeblichen Sozialisten preisen als Friedenskraft die imperialistischen Herrscher an, die Krieg gegen Immigranten und die muslimische Bevölkerung ihrer Länder führen, die den Nahen Osten zerstückt und aufgeteilt und so in einen Hexenkessel nationalen, ethnischen und religiösen Blutvergießens verwandelt haben, die in ihren früheren Kolonien unzählige Millionen Menschen ermordet haben. Den „Waffenstillstand“, den diese Organisationen verlangten, bekommen sie nun in Gestalt der größten „Friedenstruppe“ der EU-Geschichte.

In Deutschland hat die Linkspartei.PDS nach einer „internationalen Friedenstruppe“ gerufen und nur gegen eine Beteiligung der Bundeswehr Opposition verlauten lassen. Tatsächlich geht die Opposition der L.PDS gegen Bundeswehrruppen und ihre Kritik an der CDU/SPD-Regierung, was den Libanon betrifft, vollständig vom Standpunkt des deutschen Imperialismus aus. So argumentierte Lafontaine, einer der zwei Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, in einem Interview mit der Deutschen Welle vom 8. August:

„Die Bundesregierung bemüht sich natürlich ihren Beitrag zu leisten, um den Konflikt zu entschärfen. Sie ist aber stets in Gefahr – und das ist unsere Kritik – sich zu stark an die amerikanische Politik anzulehnen... Insofern wird auch die Bundesregierung, wenn sie sich zu eng an die Politik der USA anlehnt, keinen entscheidenden Beitrag zu besseren Bedingungen im vorderen Orient leisten können.“ Die Pseudotrotzkisten von Linksruck stimmen Lafontaine voll und ganz zu bei der Befürwortung einer alternativen Strategie für den deutschen Imperialismus, denken aber nicht, dass die UNO das beste Mittel ist. So argumentierten sie gegen die Forderung des außenpolitischen Sprechers der L.PDS im Bundestag, Wolfgang Gehrke, die UNO solle Israel „Einhalt gebieten“: „Doch diese Hoffnung ist unrealistisch. Denn im UNO-Sicherheitsrat haben die USA ein Vetorecht...“ (*Linksruck*, 19. Juli). Die Proteste hierzulande – von denen sich die L.PDS größtenteils distanzierte – waren auch gekennzeichnet durch die verzweifelte und tödliche Illusion, der deutsche Imperialismus solle etwas „Gutes“ tun für die Opfer des israelischen Angriffs. So endete zum Beispiel eine Demonstration am 21. Juli in Berlin gegen den israelischen Angriff, hauptsächlich organisiert von libanesischen und palästinensischen Gruppen, mit dem Absingen der libanesischen und *deutschen* Nationalhymne.

Imperialisten – Hände weg vom Iran!

Die USA gaben dem israelischen Angriff auf den Libanon entschiedene Unterstützung als Teil ihres Versuchs, einen „neuen Nahen Osten“ einzurichten, indem sie jedes Regime und jede politische Kraft, die sich nicht ihren Diktaten fügt, einfach in den Boden stampfen. Im Irak führt die blutige US-Besetzung jeden Monat zum Tod tausender Menschen, inzwischen überwiegend durch sektiererische Gewalt. Gleichzeitig prügeln US/Bundeswehr/NATO-Streitkräfte weiter auf die Völker Afghanistans ein, dort bewirkt die imperialistische Besetzung, dass die brutale Frauenunterdrückung und die Stammesfehden weiter bestehen.

Syrien und der Iran, die beide die Hisbollah unterstützen, wurden von den USA und verbündeten Imperialisten wiederholt bedroht. Ein Artikel von Seymour Hersh im *New Yorker* vom 21. August gab bekannt, dass die USA und Israel Vorbereitungen für einen Angriff auf die Hisbollah schon getroffen hatten, lange bevor am 12. Juli zwei israelische Soldaten entführt wurden. Hersh zitierte einen „Experten für den Nahen Osten“, der sagte: „Das Weiße Haus war mehr darauf aus, der Hisbollah ihre Raketen abzunehmen, denn wenn es eine militärische Option gegen die Nuklearanlagen des Iran geben sollte, mussten die Waffen ausgeschaltet werden, die die Hisbollah für einen möglichen Vergeltungsschlag gegen Israel benutzen könnte.“

Im Fall eines Angriffs auf den Iran oder Syrien durch die USA – oder durch Israel als Stellvertreter der USA – würden wir eine Position der militärischen Verteidigung dieser Länder beziehen, ohne der baathistischen Diktatur in Damaskus oder dem persisch-chauvinistischen, schiitischen Klerikalregime in Teheran auch nur ein Jota politischer Unterstützung zu geben. Die USA drängten auf UN-Sanktionen gegen den Iran wegen seines Atomprogramms, wenn der Iran nicht die Urananreicherung bis zum 31. August aufgibt, aber dieses Datum ist schon vorbei. Es ist überhaupt nicht gesagt, dass Russland und China im UN-Si-

cherheitsrat für die Verhängung von Sanktionen stimmen werden.

Am 26. August kündigte der iranische Präsident Mahmud Ahmadinedschad an, dass das Land eine neue Schwerwasseranlage in Betrieb nehmen werde, die zur Herstellung von Kernbrennstoffen dient. Das iranische Regime gibt an, dass seine Entwicklung von Nukleartechnologie ausschließlich zur Energieerzeugung dient. Wie auch immer, angesichts der Kriegslust und Drohungen der Imperialisten ist klar, dass der Iran Atomwaffen und wirksame Trägersysteme *braucht*, um sich zu verteidigen und Angreifer abzuschrecken. Darüber hinaus ist es Teil unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung des deformierten Arbeiterstaats Nordkorea, dass wir die Entwicklung und Tests von Atomwaffen und Trägersystemen dieses Landes unterstützen.

„Kollektivschuld“-Nationalismus und Pazifismus entwaffnen Arbeiter und Unterdrückte

Der Angriff auf den Libanon und die Reaktionen in der BRD beleuchteten wieder einmal die „besonderen Beziehungen“, die der deutsche Imperialismus mit Israel unterhält, um seine Weltmachtambitionen zu fördern (für einen historischen Hintergrund siehe „Holocaust, deutscher Imperialismus und Zionismus – Wie die antisemitische deutsche Bourgeoisie dem Staat Israel hilft“, *Spartakist* Nr. 148, Herbst 2002). Wesentliche Bestandteile der Panzer, die das Rückgrat der israelischen Bodenoffensive bildeten, sind praktisch identisch mit dem deutschen Panzer „Leopard 2“. Buchstäblich zum gleichen Zeitpunkt, als die Zionisten Beirut und den Südlibanon verwüsteten, lieferte Deutschland atomwaffenfähige U-Boote an Israel als Teil eines Deals, der in den letzten Tagen der SPD/Grünen-Regierung unterzeichnet worden war, wobei Deutschland etwa 330 Millionen Euro der Kosten übernahm. Deutschland ist der zweitgrößte Unterstützer Israels hinter den USA. Die von Merkel geführte Bundesregierung stellte sich hinter die USA und Israel, zunächst deckte sie Israels Angriff, indem sie Gerede über einen „Waffenstillstand“ entmutigte, und dann manövrierte sie auf diplomatischer Ebene in der UNO und im Nahen Osten für eine „Lösung“, die günstig für Israel ist und ihm helfen sollte, das Gesicht zu wahren. *Schluss mit jeglicher amerikanischer und*

Fortgesetzt auf Seite 28



Jerusalem: Antikriegsprotest während der israelischen Offensive gegen den Libanon

Tomer Appelbaum/Baubau

Libanon...

Fortsetzung von Seite 27

deutscher Hilfe an Israel!

Die Unterstützung der Bundesregierung für Israel wird von einer massiven ideologischen Kampagne in der bürgerlichen Presse begleitet, die über Israels Existenzrecht jamerte, um in bösartiger Weise alle Gegner von Israels Offensive als „antisemitisch“ zu verleumden. Sogar die Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Heidemarie Wieczorek-Zeul (deren Unterstützung für die „besonderen Beziehungen“ zwischen Deutschland und Israel völlig außer Zweifel steht), wurde ebenso wie Oskar Lafontaine von Charlotte Knobloch, der Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland, angegriffen, die empörenderweise behauptete, die beiden hätten eine „Anti-Stimmung gegen Juden“ gefördert (*Spiegel-Online-Interview*, 29. August). In ihrer Antwort wies Wieczorek-Zeul diesen Vorwurf zurück: „Ich habe, wie auch alle Hilfsorganisationen und die Uno, darauf aufmerksam gemacht, dass es im Süden Libanons Streubomben gibt mit hoher Blindgängerquote“ (*Spiegel-Online*, 31. August).

Diese Kampagne, die die Lüge einer „Kollektivschuld“ aller Deutschen für den Nazi-Holocaust, in dem sechs Millionen Juden ermordet wurden, benutzt, dient sowohl dazu, den zionistischen Terror gegen die Palästinenser und die Bevölkerung des Libanon zu entschuldigen, als auch dem Zweck, diejenigen weißzuwaschen, die wirklich dafür verantwortlich waren, Hitler die Macht zu übergeben – die deutsche Bourgeoisie von Auschwitz. Knobloch, die sich gezwungen sieht, „über den eigenen Schatten [zu] springen und den deutschen Einsatz [zu] befürworten“, gibt nur wieder, was gegenwärtig die Präferenzen der israelischen Regierung sind, deren Ministerpräsident Olmert explizit nach deutschen Truppen in den Südlibanon rief, weil er wusste, sie wären definitiv auf Israels Seite. Und die Bundesregierung ergreift eifrig die Gelegenheit, ihre imperialistischen Truppen in die Region zu entsenden, und Angela Merkel betont, sie müsste das einfach tun wegen der „besonderen Verantwortung für das Existenzrecht Israels“ (*FAZ.NET*, 13. September).

Die finsternen „Antideutschen“ (AD) – proimperialistische, antiarabische Rassisten, die manchmal als „Linke“ oder „Antifaschisten“ posieren, aber in Wirklichkeit keinen anderen Zweck verfolgen, als die Linke durch physische und andere Provokationen zu zerstören – heulen natürlich mit den Wölfen, das heißt mit allen übrigen Ideologen des deutschen Imperialismus. Bei einer Demonstration in Ber-

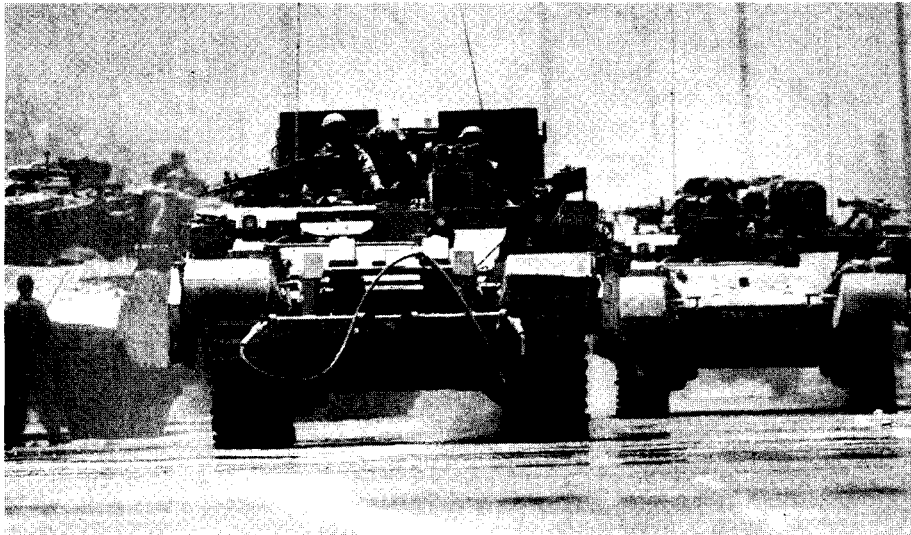
lin am 28. August begrüßte Thomas von der Osten-Sacken (der regelmäßig für die AD-Postillen *Jungle World* und *konkret* schreibt) gemeinsam mit dem außenpolitischen Sprecher der CDU/CSU und anderen Repräsentanten der deutschen Bourgeoisie Israels blutige Offensive. In der August-Ausgabe von *konkret* lief dem Herausgeber Grem-liza das Wasser im Mund zusammen bei dem Gedanken eines israelischen Angriffs auf Syrien und Iran, „in dem Israel ... mit jeder Waffe angriffe, die ihm zu Gebote steht“. Die AD haben die Gelegenheit auch genutzt, neue Provokationen gegen Linke zu starten. So versuchten sie zum Beispiel in München am 1. September, mit israelischen Flaggen eine pazifistische Demo zu stören. Sie endeten de facto auf der Seite einer Gruppe von Nazis, die die Demo infiltrieren wollten, und der Bullen, die die Nazis schützten. Als einige Demonstranten, die die AD für „Antifaschisten“ hielten, an sie appellierten, gegen die Nazis zu protestieren, antworteten die AD: „Die Nazis sind nicht unser Problem. Unser Problem ist diese Kundgebung“ (berichtet in *junge Welt*, 4. September).

Die monströse Heuchelei der zionistischen Herrscher, Deutschlands und diverser Unterstützer der Imperialisten wurde machtvoll bloßgestellt von Fanny-Michaela Reisin, Sprecherin für die Gruppe „Jüdische Stimme für einen gerechten Frieden in Nahost“, die auf einer Demonstration am 12. August in Berlin sagte:

„Die Toten können sich nicht wehren. Aber ich, die ich im Schatten ihrer Ermordung geboren wurde und aufwuchs, spreche Ihnen das Recht ab, Ministerpräsident Olmert, Verteidigungsminister Peretz und allen voran Ihrem Chefkommandierenden Haluz, ich spreche Ihnen das Recht ab, sich auf mein Gedenken an die schuldlos Ermordeten zu berufen, wenn rohe Gewalt Ihr Programm und Mord und Zerstörung Ihr Tun ist“ (abgedruckt in *junge Welt*, 14. August).

Die größte Lüge der „Kollektivschuld“-Propaganda im Dienste der zionistischen Offensive ist, dass der kapitalistische, zionistische Staat Israel die Interessen der Juden in der Region repräsentiere. Tatsächlich ist Israel mit seinem Arsenal von über 200 atomaren Sprengköpfen und seinen wahnsinnigen Herrschern, die bereit sind, die gesamte Region in einer atomaren Apokalypse untergehen zu lassen, auch eine Todesfalle für die Juden. Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht sowohl des palästinensischen als auch des hebräischsprachigen Volkes, die beide Anspruch auf das gleiche Gebiet erheben. Um beides sicherzustellen, ist es nötig, sowohl den zionistischen Garnisonsstaat von innen durch eine Revolution der hebräischen/arabischen Arbeiter zu zerschmettern und ebenso das haschemitische Königreich Jordanien, das blutige bonapartistische baathistische Regime in Syrien und das kapitalistische Regime Libanons zu stürzen und eine sozialistische Föderation des Nahen Ostens zu errichten.

Die reformistische Linke in Deutschland ist größtenteils gefangen im „Kollektivschuld“-Nationalismus und war daher von der imperialistischen und prozionistischen Kriegspropaganda gelähmt. Den krassesten Ausdruck davon sah man in der L.PDS, die mittendurch gespalten war darüber, ob man im Konflikt zwischen Israel und Libanon „neutral“ sein oder ... Seite mit Israel beziehen sollte! Also gab es eine Auseinandersetzung über den Aufruf für eine Demonstration in Berlin am 12. August unter der Losung „Für einen sofortigen und bedingungslosen Waffenstillstand



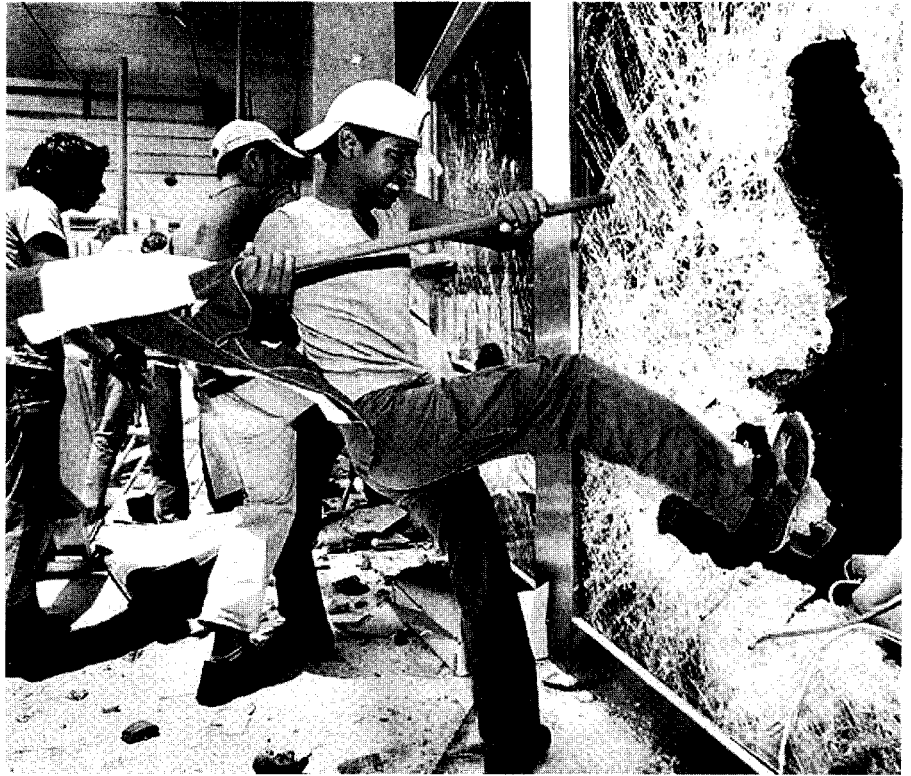
Menahem Kahana / AFP

Israelische Panzer auf dem Weg zur Bodenoffensive im Südlibanon

– gegen den Krieg in Libanon und Palästina“. Dieser Protestaufruf wurde unterstützt von einer ganzen Reihe reformistischer Organisationen, darunter WASG, DKP, SAV, verschiedene pazifistische „Friedens“-gruppen. Der Berliner Landesverband der L.PDS – im Unterschied zur nationalen L.PDS-Führung, die die Demo unterstützte – ließ verlauten, er sei fälschlicherweise in die Liste der Unterstützer des Aufrufs aufgenommen worden, er unterstütze die Demo nicht, denn die Forderungen umfassten nicht „das Existenzrecht Israels“ (*Berliner Zeitung*, 11. August). Etwa um die gleiche Zeit schrieben Unterstützer der Zionisten in der sächsischen L.PDS einen offenen Brief an Lafontaine, in dem sie „eine grundsätzliche Solidarisierung mit Israel“ und „Entsolidarisierung mit religiösen fundamentalistischen (Volks-)Befreiungsbewegungen“ forderten (*junge Welt*, 11. August).

Diese offene, rassistische Verachtung für die palästinensische und libanesische Bevölkerung, die unter Israels Militärschlägen leidet, rief berechtigterweise unter Mitgliedern der L.PDS und Linken, die Gegner von Israels Blitzkrieg sind, Zorn hervor. Aber das Ganze passt genau zu dem Ziel der L.PDS-Oberen, den rassistischen Kapitalismus für die Bosse zu verwalten; schließlich unterstützte die L.PDS als mitregierende Partei in Berlin die rassistischen Verbote und die polizeiliche Unterdrückung – angeordnet vom SPD-Innensenator Körting – gegen Anhänger der Hisbollah und andere Demonstranten. Die pazifistische Linke wiederum kann dem nichts entgegenstellen als Appelle an die Imperialisten, „friedlich“ zu sein, was nur die Auswirkung haben kann, Arbeiter und Unterdrückte zu entwaffnen. Lafontaine antwortete dem prozionistischen Flügel seiner Partei, „dass die Linke in diesem Konflikt nicht parteiisch sein darf“ (*junge Welt*, 11. August). Und der Demonstrationsaufruf, von dem oben die Rede ist und der von einer ganzen Traube pseudotrotzkistischer und stalinistischer Organisationen unterstützt wurde, befürwortete im wesentlichen die gleiche „neutrale“ Position durch den Aufruf für einen „Waffenstillstand“, der „die sofortige Einstellung jeglicher Kampfhandlungen aller Seiten beinhalten muss“. Der Aufruf ließ auch nicht die Frage offen, wer diesen „Waffenstillstand“ durchsetzen sollte: Er rief nach einem Verhandlungsprozess auf der Grundlage der UN-Resolutionen. Nur wenige Tage später hatten sich die Imperialisten wirklich auf eine UN-Resolution geeinigt, die, gedeckt von genau solchen Appellen wie dem oben zitierten, eine imperialistische Streitmacht vor sieht, um die Hisbollah zu entwaffnen.

In scharfem Gegensatz dazu haben wir, die Internationale Kommunistische Liga (IKL), die Notwendigkeit betont, dass die Arbeiterklasse international die Hisbollah gegen den zionistischen Angriff militärisch verteidigen muss, während wir gleichzeitig unsere politische Opposition gegen Hisbollah, Hamas und alle anderen islamisch-fundamentalistischen Kräfte klar machten. Das einzig wirksame Programm gegen imperialistische Kriege und Besetzung, gegen die Kriege nationaler Unterdrückung, die der Imperialismus unterstützt, ist das Programm des revolutionären Klassenkampfes, die Herrschaft der Kapitalisten zu zerschlagen. Wir intervenieren für die Perspektive des Klassenkampfes gegen die Bourgeoisie hierzulande, die, während sie sich an militärischen Abenteuern im Ausland beteiligt, Angriffe gegen soziale Errungenschaften wie Gesundheitswesen, Arbeits-



30. Juli: Wütende Protestierende beim Hauptgebäude der UNO in Beirut nach dem Massaker in Kana

zeiten und Löhne durchführt in dem Bestreben, den deutschen Imperialismus als Weltmacht fit zu machen, um mit seinen hauptsächlich imperialistischen Rivalen, USA und Japan, konkurrieren zu können. Gleichzeitig greift die herrschende Klasse hier demokratische Rechte an und verübt rassistische Unterdrückung gegen die immigrierte Bevölkerung, alles als Teil des „Kriegs gegen den Terror“. Wir kämpfen dafür, eine revolutionäre, multiethnische Arbeiterpartei aufzubauen – deutsche Sektion einer wiedergeschmiedeten Vierten Internationale –, in dem Kampf, das blutige deutsche imperialistische System hinwegzufegen durch sozialistische Revolution.

Wesentlich für diese Perspektive ist es, Arbeiter und Immigranten vom Nationalismus zu brechen, der in Form der „Kollektivschuld“ daherkommt, und vom Pazifismus. Pazifismus in all seinen Formen entwaffnet die Arbeiter und Unterdrückten, weil er predigt, dass der Imperialismus friedlich gemacht werden könne, ohne dass die arbeitenden Massen mit Gewalt die Macht den Händen der Bourgeoisie entreißen, und zwar durch irgend ein *anderes* Mittel, und weil diese Predigten eine Haltung von Passivität und Neutralität gegenüber dem Schicksal der Unterdrückten fördern. Wie dies funktioniert und tatsächlich die Massen an den Imperialismus kettet, zeigt sich deutlich bei Lafontaines Intervention im Konflikt um Irans Atomtechnologie. In einer Rede im Bundestag am 17. Februar griff Lafontaine die Heuchelei der Imperialisten bei ihren Entscheidungen auf, wem es nicht erlaubt sein sollte, Atomwaffen zu haben: „Im Übrigen ist es selbstverständlich, dass der Iran Atomwaffen anstrebt.“ Er wies darauf hin, dass es für jedermann klar zu sehen sei, dass mehr und mehr Staaten im Nahen Osten die Schlussfolgerung gezogen haben: „Nur derjenige, der Atomwaffen besitzt, läuft keine Gefahr, von den Vereinigten Staaten angegriffen zu werden.“ Wie wahr. Aber er schlägt dem deutschen Imperialismus als Alternativstrategie vor: „Dazu gehört nach unserer Meinung eine umfassende Friedenskonferenz für den Nahen und Mittleren Osten mit folgenden Zielen: eine atomwaffenfreie Zone in der Region, die

Fortgesetzt auf Seite 30

Libanon...

Fortsetzung von Seite 29

uneingeschränkte Anerkennung des Existenzrechts Israels, ein lebensfähiger Staat für die Palästinenser und einen Fahrplan für den Abzug der ausländischen Truppen aus dem Irak“ (*Netzeitung*, 5. Mai). So schlägt der Pazifismus einen vermeintlich klügeren Weg für den deutschen Imperialismus als den von Merkel beschrittenen vor, um den Iran und die ganze ölfreiche Region zu entwaffnen und zu stabilisieren, kombiniert mit dem Bestreben, die US-Militärpräsenz zurückzudrängen. Eine zentrale Forderung Lafontaines und der L.PDS ist eine „Ständige Nahost-Konferenz in Berlin ähnlich der KSZE“ („Vorschläge der Fraktion DIE LINKE für neue deutsche Initiativen zur Nahost-Politik“, 17. August). Die KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) war während des Kalten Kriegs bevorzugtes Instrument von Willy Brandts Sozialdemokratie zur Unterminierung der Sowjetunion und der Staaten des Ostblocks, sie propagierte Abrüstung und „demokratische“ Konterrevolution in diesen Ländern.

Für neue Oktoberrevolutionen!

Die Tendenz in der Linken, die im allgemeinen als „Anti-Imps“ bekannt ist, sprechen militante Gegner des imperialistischen Kriegs und junge Immigranten an, da sie generell die „neutrale“ Haltung der pazifistischen Linken ablehnen und stattdessen eine Seite beziehen mit den Palästinensern und der Hisbollah gegen den israelischen Staatsterror. Da sie aber keine auf der Arbeiterklasse basierende Perspektive haben, keine Perspektive für sozialistische Revolution, weder im Nahen Osten noch *in den imperialistischen Zentren*, landen die Anti-Imps – die historisch die kleinbürgerlich-nationalistische PLO, die PFLP usw. unterstützten – nun dabei, reaktionären islamisch-fundamentalistischen Gruppen wie Hisbollah und Hamas hinterherzulaufen und sie als „antiimperialistisch“ zu beschönigen. So erhob eine Erklärung der antiimperialistischen Koordination Wien Forderungen wie: „Unterstützung für Hisbollah und den libanesischen Volkswiderstand gegen die zionistische Aggression!“, „Unterstützung für die Hamas und den Widerstand des palästinensischen Volkes gegen den Zionismus!“ und „Volkbefreiungskrieg zur Zerschlagung des Amerikanischen Imperiums!“ (25. Juli). Und die pseudotrotzkistische International Socialist Tendency (IST – in Deutschland Linksruck), die einerseits Illusionen in einen von den Imperialisten unterstützten „Waffenstillstand“ fördert, schreibt gleichzeitig: Die „Hisbollah entwickelte sich in eine nationale Befreiungsbewegung mit tiefen Wurzeln in den ärmsten und am stärksten unterdrückten Teilen der libanesischen Gesellschaft, und zwar wegen der erfolg-

reichen Guerilla-Kampagne, die sie in den 1980ern und 1990ern gegen die israelische Besetzung des Südlibanon führte“ (31. Juli).

Wo die IST nur vage Hinweise auf „ideologische Differenzen“ mit der islamistischen Hisbollah fallen lässt, geben sich die Pseudotrotzkisten der Liga für die Fünfte Internationale (L5I – in Deutschland Gruppe Arbeitermacht, GAM) schon größere Mühe, sich als Kritiker der Hisbollah zu präsentieren. In der August/September-Ausgabe ihrer Zeitung weist die GAM darauf hin, dass der islamische Staat, den die Hisbollah schaffen will, „eine Hölle für Frauen“ sein würde. Aber die L5I ist halt der Opportunismus in Person, schnell bereit, ihre Wortwahl anzupassen, sobald die Möglichkeit einer „antiimperialistischen Einheitsfront“ des Weges kommt. Ihre österreichische Schwesterpartei schreibt in einem undatierten Artikel auf ihrer Website: Hisbollah und andere islamisch-fundamentalistische Bewegungen stellen „trotz ihrer reaktionären Politik, ihrer teilweise anti-semitischen Rhetorik und ihrer Funktion als Verteidiger der bürgerlichen, islamischen Mächte im Nahen Osten (z. B. Iran) eine reale Gefahr für den westlichen Imperialismus dar“. Aus diesem Grund fordert sie: „Kritische aber bedingungslose Unterstützung aller Kräfte, die heute auf Seiten der unterdrückten Palästinenser und Libanesen gegen die Besatzung kämpfen!“

Für uns als Marxisten dagegen war unsere *militärische* Verteidigung dieser Kräfte eben durch die Tatsache bedingt, dass sie in einem militärischen Konflikt mit den israelischen Invasoren standen, die für die Interessen der USA und verbündeter Imperialisten in der Region handelten. Wir traten für die militärische Verteidigung der Hisbollah ein, weil ein israelischer Sieg die Unterdrückung der libanesischen Massen verschärfte, den eisernen Besen der Zionisten gegen die Palästinenser gestärkt und den Plänen der USA für die Region Vorschub geleistet hätte. Gleichzeitig kämpfen wir für die vollständige politische Unabhängigkeit des Proletariats von jeglichen nicht-proletarischen Kräften und sozialen Klassen, darunter eindeutig die frauenfeindliche, antisemitische Hisbollah. Wir warnen, dass Gruppen wie die Hisbollah, weit davon entfernt, eine „reale Gefahr für den westlichen Imperialismus“ zu sein, zwar manchmal ihre Schläge gegen die Imperialisten und deren Verbündete richten, aber ganz genau so fähig sind, am nächsten Tag blutige kommunalistische Anschläge gegen rivalisierende ethnische Gruppen zu verüben. Wer das bezweifelt, sollte sich den sogenannten „irakischen Widerstand“ ansehen, der ebendies getan hat während der letzten paar Jahre im Kontext der kolonialen Besetzung durch die USA. Die Anti-Imps glorifizieren übrigens auch diesen „Widerstand“. Angesichts einer ernsthaften proletarischen Bewegung, die die kapitalistische Ordnung herausfordert, würden Gruppen wie die Hisbollah sehr rasch ge-

SPARTAKIST 4
 Für PD kein
Die Geburt des zionistischen Staates
 Die jüdische Kolonialisierung von Palästina
 Eine marxistische Analyse
 Volle St

Bestell!
 Spartakist Nr. 159, Sommer 2005.
 „Die Geburt des zionistischen Staates“ (links), eine Übersetzung aus *Workers Vanguard* von 1973/74, ist eine grundlegende marxistische Analyse der Entstehung Israels und der fortgesetzten Konflikte im Nahen Osten.
 Spartakist Nr. 152, Herbst 2003.
 „Antinationale/Antideutsche“: Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!“ (rechts) ist eine umfassende Entlarvung dieser rassistischen prozionistischen Ex-Linken, ihrer Entstehung, ihrer Finanzierung und ihrer Methode, unter Ausnutzung der „Kollektivschuld“-Lüge in linke Milieus einzudringen, um diese zu zerstören
 Zu beziehen über die Verlagsanschrift

SPARTAKIST 4
 „Antinationale/Antideutsche“:
 Schlägertrupps für SPD/Grünen-Regierung!
 Stopp die Angriffe der „Antinationalen“ auf Linke und Palästinenser!

meinsame Sache mit den Imperialisten machen, um die Arbeiter und Kommunisten blutig zu unterdrücken. Heute schon unterstützt die Hisbollah den von den Imperialisten gesponserten UN-„Waffenstillstand“.

Die Hisbollah baut auf der Autorität auf, die sie erworben hat, indem sie dem israelischen Angriff standhielt, und übernimmt jetzt die Führung beim Wiederaufbau des Südlibanons und bei den Hilfsleistungen. Aber die wachsende Autorität der Hisbollah bedeutet auch eine schreckliche Gefahr für Frauen, Christen, Drusen, Sunniten und auch für diejenigen Schiiten, die die Hisbollah als „Ungläubige“ einstuft. Der Aufstieg muslimischer Massenbewegungen ist überhaupt kein Ausdruck von „Anti-imperialismus“, sondern spiegelt die Verzweiflung angesichts brutaler Unterdrückung wider. Und er ist das reaktionäre Ergebnis des politischen Bankrotts des Nationalismus und des Fehlens einer kommunistischen Alternative.

Im Nahen Osten ist es notwendig, revolutionäre internationalistische Arbeiterparteien zu schmieden, durch unversöhnlichen Kampf gegen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Nationalismus und gegen religiösen Fundamentalismus. Es ist die kapitalistische Herrschaft, die nationale, ethnische und religiöse Trennungen anfacht, die das andauernde Blutvergießen in der Region antreibt. Es wird keine gerechte Lösung der einander widersprechenden Ansprüche der Völker des Nahen Ostens geben, bis die bürgerliche Herrschaft gestürzt und die Knechtung durch die Imperialisten beendet ist. Das gilt besonders für Israel/Palästina, zwei Völker, die miteinander verzahnt leben und das gleiche Stück Land beanspruchen.

Die USA, Westdeutschland und deren imperialistische NATO-Verbündeten spielten eine Schlüsselrolle dabei, während des Kalten Kriegs das Wachstum der islamischen Reaktion anzufachen als Gegengewicht zum Kommunismus und säkularen Nationalismus im Nahen Osten. Die entscheidende Schlacht fand in Afghanistan nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 statt. Die US-Imperialisten schleusten Hilfslieferungen im Wert von Milliarden Dollars zu den Mudschaheddin-Mördern, damit sie sowjetische Soldaten töten konnten. Wir sagten „Hoch die Rote Armee in Afghanistan!“ und riefen dazu auf, die Errungenschaften der bolschewistischen Revolution von 1917 auf die afghanischen Völker auszuweiten. Als die verräterischen stalinistischen Bürokraten in Moskau 1989 die Truppen abzogen, verurteilten wir diesen Verrat und warnten, dass es viel besser ist, die Konterrevolution in Afghanistan zu bekämpfen und zu besiegen, als sich ihr in Moskau stellen zu müssen.

Der Großteil der Linken hängt sich in verräterischer Weise an den antisowjetischen „Menschenrechts“-Feldzug der Imperialisten an. Exemplarisch dafür steht die antikommunistische ISO, die im *Socialist Worker* (Mai 1988) erklärte: „Genauso wie Sozialisten die Niederlage der USA in Vietnam willkommen hießen, heißen wir die Niederlage der Russen in Afghanistan willkommen. Sie wird all diejenigen ermutigen, die innerhalb der UdSSR und in Osteuropa die Herrschaft von Stalins Erben brechen wollen.“ Die ISO und viele der übrigen Linken feierten den Triumph der kapi-



Berlin, 21. Juli: Spartakisten bei Demonstration gegen israelischen Angriff auf den Libanon

Spartakist

talistischen Konterrevolution im sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat 1991/92, eine welthistorische Niederlage für das internationale Proletariat und ein Gottesgeschenk für das Anwachsen des islamischen Fundamentalismus.

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) stand bis zum Schluss auf ihrem Posten der Verteidigung der Sowjetunion gegen kapitalistische Konterrevolution. Heute kämpfen wir dafür, marxistische Arbeiterparteien zusammenschweißen, die dem Kampf für neue Oktoberrevolutionen verpflichtet sind – der einzige Weg, die Welt von imperialistischem Krieg, nationaler Unterdrückung und kapitalistischer Ausbeutung zu befreien. ■

Bestellt jetzt!

Spartakist
Zeitung der SpAD
Nr. 163, Sommer 2006
€ 0,50

Spartacist
Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL
Deutsche Ausgabe
Nr. 20, Sommer 1998
€ 2,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin

Konto 11988-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

Wehrmacht, Holocaust und „Kollektivschuld“
SPARTAKIST

Zionisten amnestieren Bourgeoisie von Auschwitz
Holocaust, „Kollektivschuld“ und deutscher Imperialismus
SPARTACIST

Die Rote Armee zerschlug das Naziregime!
SPARTACIST

Aufschrei über Grass...

Fortsetzung von Seite 5

aufgrund der allgemeinen Wehrpflicht in die Waffen-SS rekrutiert wurden.

Jetzt soll erneut die kalte Amnestie der Nazikader im Nachkriegsdeutschland durchgewinkt werden. Von Anfang an ergriffen die Nazi-Größen und Kriegsverbrecher die Gelegenheit im Westen unterzukommen. Nur in der DDR wurden zwei Angehörige der Waffen-SS-Division, die das Massaker in Oradour-sur-Glane ausführte, in den 80er-Jahren abgeurteilt, während kein einziger im Westen in Haft kam. In den Prozessen nach der Gründung der DDR 1949 wurden 12881 Nazis verurteilt; im Westen, wo die Bevölkerung fast dreimal so groß war, waren es gerade halb so viele. Während der Staatsapparat der BRD mit lauter kleinen und großen Nazis durchsetzt war, bestand der Staatsapparat der DDR aus vielen ehemaligen Häftlingen der Nazi-Konzentrationslager, und viele ihrer prominentesten Bürger stammten aus jüdischen Familien. Jetzt soll das Grass'sche Geständnis vom SS-Waffendienst dazu dienen, die Nazis Globke (Verfasser der Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Rassegesetzen 1935, dann Kanzleramtschef von Adenauer), Kiesinger (1940 bis 1945 im Außenministerium des Dritten Reichs, dann von 1966–69 Bundeskanzler) und Filbinger (Nazi-Marinerichter, der bis zum Kriegsende Todesurteile verhängte, 1966–78 Ministerpräsident von Baden-Württemberg) im Nachhinein weißzuwaschen. Der deutsche Imperialismus hatte sich nie mit der Entstehung der DDR abgefunden, die ihm den Zugriff auf ein Drittel des Landes entzog. Deshalb wird bis zum heutigen Tage eine wütende und rachsüchtige Hexenjagd gegen alles entfacht, was an die DDR und den Sieg der Roten Armee erinnert. Einer der Mörder, Heinz Barth, Mitglied der Waffen-SS-Division „Das Reich“, verantwortlich für das Massaker in Oradour-sur-Glane, in der DDR zu lebenslänglicher Haft verurteilt, hat sofort nach der kapitalistischen Wende seine Freiheit erhalten und als ehemaliges Mitglied der Waffen-SS um eine Rente im wiedervereinigten Deutschland geklagt.

Grass gegen Wiedervereinigung

Mit dem Zusammenbruch des Honecker-Regimes und dem Fall der Berliner Mauer 1989 geriet die DDR in den Strudel einer sich entwickelnden politischen Revolution. Die Internationale Kommunistische Liga unternahm die größte Mobilisierung in der Geschichte unserer Tendenz für eine trotzkistische Intervention in dieser außergewöhnlich offenen Situation. Unser politischer Einfluss zeigte sich, als am 3. Januar 1990 im Treptower Park in Ostberlin 250 000 Menschen an einer Einheitsfrontdemonstration teilnahmen, die wir Spartakisten initiiert hatten, als Protest gegen die faschistische Schändung des Ehrenmals für die Rotarmisten, die gefallen waren, als sie Berlin von den Nazis befreiten. Wir forderten: „Arbeiter- und Soldatenräte an die Macht“ durch sozialistische Revolution in Westdeutschland und proletarisch-politische Revolution in der DDR. Wir warnten vor der SPD, als dem „Trojanischen Pferd“ der kapitalistischen Konterrevolution.

Das Gespenst des organisierten proletarischen Widerstands gegen die kapitalistische Wiedervereinigung, das sich in Treptow zeigte, alarmierte die westdeutschen Imperialisten und deren sozialdemokratische Handlanger, die ihre Kampagne, die DDR in die Wiedervereinigung zu jagen, auf Hochtouren brachten. Die Stalinisten im Kreml und in der DDR kapitulierten vor den Imperialisten und beteiligten sich aktiv am Gewaltmarsch in die kapitalistische Wiedervereinigung. Und das war der Zeitpunkt, als der damalige DDR-Ministerpräsident Hans Modrow von der SED-PDS die These von der Kollektivschuld der Deutschen schluckte.

Die imperialistische Presse jubilierte damals, weil sie verstand, dass Modrow nun den wesentlichen Unterschied zwischen der entnazifizierten DDR und der maßgeblich von Nazis und den US-Imperialisten aufgebauten BRD leugnete. In unserer damals fast täglich erscheinenden *Arbeiterpressekorrespondenz* vom 20. Februar 1990 erklärten wir:

„Die Deutsche Demokratische Republik entstand nicht aus dem Nichts, sie wurde durch die Zerschlagung von Hitlers Reich durch die Rote Armee aufgebaut, was 20 Millionen sowjetischen Bürgern das Leben kostete. Ihre Kader kamen zu einem großen Teil aus den Konzentrationslagern...

Die Bundesrepublik Deutschland erklärt sich offiziell zum Nachfolgestaat von Hitlers Drittem Reich und unterstreicht damit die Kontinuität des deutschen Imperialismus. Die westdeutschen Geheimdienste sind einfach durch die geschlossene Übernahme der antisowjetischen Spionage von Hitler (der Organisation Gehlen) aufgebaut worden...

Die DDR ist ein Arbeiterstaat, wenn auch von Anfang an bürokratisch deformiert, der von den *Opfern* des Naziterrors gegründet wurde.“

Als die Mauer fiel, trat Günter Grass gegen eine Wiedervereinigung ein. Er bevorzugte eine Konföderation zwischen der BRD und einer unabhängigen DDR. In seinen „Reden eines vaterlandslosen Gesellen“ aus *Ein Schnäppchen namens DDR* vom Februar 1990 heißt es: „Die grauenhafte und mit nichts zu vergleichende Erfahrung Auschwitz, die wir und die Völker Europas mit uns gemacht haben, schließt einen deutschen Einheitsstaat aus. Sollte er trotzdem mit nunmehr wirtschaftlicher Macht durchgesetzt werden, wird uns abermals nachbarschaftliches Misstrauen umgeben und ausgrenzen“, und weiter heißt es in einer anderen „Letzten Rede vorm Glockengeläut“:

„Uns altbekannte Konzerne okkupieren den Buch- und Zeitungsmarkt. Schon sind die Landvermesser der ehemaligen Großgrundbesitzer in Vorpommern und Mecklenburg umtriebiger. Die neuen Kolonialherren ziehen ein und finden in Gestalt von Betriebsdirektoren, vormals der SED hörig, beflissene Zuarbeiter. Dagegen steht einzig der Katalog versprochener Wohltaten. Doch wem nützen im Verhältnis 1:1 ausgezahlte Gehälter, wenn eine Vielzahl noch funktionsfähiger DDR-Unternehmen nach kurzer Zeit zahlungsunfähig sein wird? Zunehmender Erwerbstätigkeit im Westen folgt, wie beim Ball mit der Delle, Arbeitslosigkeit im Osten. Nur dort könnte Zuwachs zu verzeichnen sein, wo unsere und unserer Nachbarn Ängste ihren Ursprung haben: im deutschen Rechtsradikalismus, zumal nicht auszuschließen ist, daß auch das Goldene Kalb, die harte D-Mark Schaden nehmen wird.“ („Einige Ausblicke vom Platz der Angeschmierten“, Mai 1990)

Grass' Gegnerschaft zu einer deutschen Wiedervereinigung macht ihn jedoch nicht zu einem Gegner des Kapitalismus oder gar zu einem Freund der DDR. Er begrüßte die klerikale und antisemitische polnische Solidarność, deren Konterrevolution den polnischen Arbeiterstaat Ende der 80er-/Anfang der 90er-Jahre zerstörte. Sein Verhältnis zur DDR war gekennzeichnet von Antikommunismus, den er sich während des ersten Kalten Kriegs in den 50er-Jahren aneignete. Eine Gleichsetzung der Naziherrschaft mit dem Regime in der DDR war nicht nur ein Steckenpferd rechter Konservativer wie Nolte; nein, auch einem Liberalen wie Grass war sie nicht fremd. Als die DDR die offene Grenze zu Westberlin abriegelte – eine bürokratische Maßnahme der Stalinisten, die wir verteidigten, da sie dem Schutz des Arbeiterstaates vor imperialistischer Durchdringung und wirtschaftlicher Ausblutung diente –, wandte sich Grass in einem Brandbrief an Anna Seghers, eine jüdische Kommunistin,

die den Verfolgungen der Nazis nur knapp entrann und in der DDR zur Vorsitzenden des Schriftstellerverbands wurde:

„Die Angst Ihres Georg Heisler hat sich mir unverkäuflich mitgeteilt; nur heißt der Kommandant des Konzentrationslagers heute nicht mehr Fahrenberg, er heißt Walter Ulbricht und steht ihrem Staat vor... Es darf nicht sein, daß Sie, die Sie bis heute vielen Menschen der Begriff aller Auflehnung gegen die Gewalt sind, dem Irrationalismus eines [Faschisten wie] Gottfried Benn verfallen und die Gewalttätigkeit einer Diktatur verkennen, die sich mit Ihrem Traum vom Sozialismus und Kommunismus, den ich nicht träume, aber wie jeden Traum respektiere, notdürftig und dennoch geschickt verkleidet hat.“

Jedoch scheiterte sein Appell („Wer schweigt, wird schuldig“, 14. August 1961) an die DDR-Schriftsteller kläglich. So antwortete Stefan Hermlin an Günter Grass: „Ich habe meiner Regierung am 13. August kein Danktelegramm geschickt und ich würde meine innere Verfassung auch nicht als eine solche ‚freudige Zustimmung‘, wie manche sich auszudrücken belieben, definieren... Aber ich gebe den Maßnahmen der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung ... den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen“ (aus Hans Werner Richter, *Die Mauer oder der 13. August*, Rowohlt, 1961).

Sehr bald peitschte die kapitalistische Wiedervereinigung den Nazi-Terror hoch, der noch durch die Abschaffung des Asylrechts, initiiert von der SPD mit den Petersberger Beschlüssen, angefacht wurde. Konsequenz trat Günter Grass 1993 aus Protest gegen die Asylvernichtungspolitik aus der SPD aus. Er hat einige anständige Aktionen gemacht wie zum Beispiel bei der Demonstration gegen den Brandanschlag von Mölln in der ersten Reihe mitzulaufen und eine Stiftung zur Unterstützung von Roma und Sinti ins Leben zu rufen. Zeitgleich mit dem Erwerb des Literaturnobelpreises hat ihn die „grauenhafte und mit nichts zu vergleichende Erfahrung Auschwitz“ dazu geführt, aus vollem Herz den Balkankriegseinsatz der damaligen SPD/Grünen-Regierung zu unterstützen. Wie wir in „Holocaust, ‚Kollektivschuld‘ und deutscher Imperialismus“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 20, Sommer 1998) schrieben: „Wenn sich deutsche Liberale die ‚Kollektivschuld‘ zu eigen machen, drückt dies überhaupt keine Opposition gegen den wiederaufsteigenden deutschen Chauvinismus aus, sondern *dient als Feigenblatt* dafür, aggressiv für eine imperialistische Militärintervention zu trommeln, die auf dem Balkan und in anderen Ländern ‚den Völkermord stoppen‘ soll.“

Jahrzehntelang sehnte sich die deutsche Bourgeoisie danach, von den Fesseln der europäischen Nachkriegsordnung befreit zu sein. Die kapitalistische Wiedervereinigung ermöglichte dies. Die Schröder-Fischer-Regierung trug maßgeblich zu einer „Normalisierung“ genannten Sichtweise auf das imperialistische Deutschland bei. Endlich konnte die deutsche Bourgeoisie versuchen, nicht nur ökonomisch eine Weltmachtrolle zu spielen, sondern auch zu beginnen, militärisch wieder mitzumischen. Das Erstarken des deutschen Imperialismus spiegelte sich auch in den gesellschaftlichen Debatten über Nazi-Vergangenheit und den Zweiten Weltkrieg wieder. Tabuthemen von gestern wie die amerikanischen und britischen Kriegsverbrechen in Deutschland oder die massenhaften Vertreibungen Deutscher aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten wurden auf einmal diskutiert. Noch vor wenigen Jahren wurde die gerechte Empörung über den Bombenterror gegen die deutsche Zivilbevölkerung erdrosselt, indem er als „gerechte Strafe für deutsche Schuld“ dargestellt wurde. Heute entdecken bürgerliche Feuilletonisten die „deutschen Opfer“. Doch ohne die Gründe für die imperialistischen Terrorbombardierungen zu benennen, nämlich die deutsche Zivilbevölkerung

einzuschüchtern aus Furcht vor einer Arbeiterrevolution in Deutschland als Folge der Niederlage im Zweiten Weltkrieg, läuft die Entgegenstellung der „deutschen Opfer“ zu den „deutschen Tätern“ auf ein Anwachsen des deutschen Nationalismus hinaus.

Im Krebsgang und Vertriebenenfrage

Günter Grass' *Im Krebsgang* mischte sich in diese Debatte ein. Richtig ist die Feststellung im Buch, dass durch das jahrzehntelange Schweigen der Linken in Westdeutschland zu den Vertreibungen dieses Thema den erzrevanchistischen Vertriebenenverbänden und den Nazis überlassen wurde, die die Grenzen von 1937 fordern. Doch Grass' Unfähigkeit, die Gesellschaft in Klassen getrennt zu verstehen, führt ihn dazu, die vollkommene Impotenz des deutschen Nachkriegsliberalismus in einer Novelle zusammenzufassen. *Im Krebsgang* bedient das populäre antikommunistische Vorurteil, dass das Anwachsen der Nazis in Ostdeutschland ein Ergebnis einer „kommunistischen Diktatur“ im Osten sei, und schlingert hin und her zwischen kollektivschuldigem Moralismus, ob es denn nicht falsch sei, über an Deutschen geschehenes Unrecht zu reden, und dem nationalistischen Drang, endlich einen Schlusstrich unter die Geschichte zu ziehen und wieder eine „normale“ Nation zu sein.

Wir stehen in der Tradition der Vierten Internationale, deren europäische Sektionen 1945 in ihrem machtvollen Appell „Internationale Solidarität mit dem deutschen Proletariat!“ ein sozialistisches Programm für die europäische Arbeiterbewegung verteidigten. Ihr Appell sprach sich unter anderem gegen die Vertreibung von Millionen arbeitender Menschen aus ihren Heimatgebieten aus und warnte: „Gerade die Behandlung des deutschen Volkes nach dem Grundsatz der Kollektivschuld gibt den verkappten Faschisten neue Möglichkeiten, in trüben nationalistischen Gewässern zu fischen. Das umso mehr, als sich logischerweise der Schuldanteil der wirklich schuldigen Nazis vermindert und sie Aussicht haben, der gerechten Strafe zu entgehen, wenn das gesamte deutsche Volk schuldig ist.“ An die deutschen Arbeiter gerichtet, sagt der Appell: „Seid Euch dessen bewusst, dass nur Ihr als einheitliches und geschlossenes Proletariat den Faschismus ganz ausrotten könnt. Erkennt, dass ‚Antifaschismus‘ an sich nichts besagt. Faschismus und Imperialismus können nur durch den Sturz des Kapitalismus und durch den Sieg des internationalen Sozialismus beseitigt werden. *Es lebe die deutsche proletarische Revolution! Es lebe die Union der sozialistischen Nationen!*“

Grass' manchmal ambivalentes Verhalten hat zu widersprüchlichen Reaktionen innerhalb und außerhalb des sozialdemokratischen Lagers geführt. Allein damit, dass er allgemein bekannte Wahrheiten über die brutale Kahlschlagpolitik von Treuhand und Co. aussprach, hat er im Osten Deutschlands viele Anhänger gewonnen, und sein Wenderoman *Ein weites Feld* (1995) hat den Protest westlicher SPD-Prominenter hervorgerufen, denen die Treuhandchefin zu martialisch dargestellt war. Bald hat Günter Grass wieder Wahlkampf für die SPD gemacht. Und wenn er noch gestern den Kahlschlag einer CDU-Regierung anprangerte, so unterstützte er voller Inbrunst den Sozialkahlschlag der Regierung seines Duzfreundes Schröder in Form der Hartz-Gesetze. Bei aller harschen und gerechten Kritik an Übeltaten und Verbrechen verschiedener deutscher Nachkriegsregierungen war Grass unfähig, das wesentliche Übel der Gesellschaft zu benennen und zu verurteilen – den Kapitalismus. Wie Trotzki einmal bemerkte, ist die Beschwörung der „Demokratie“ das sozialdemokratische Alibi für die Unterstützung der Diktatur der Bourgeoisie, im Gegensatz zum Kampf für die Arbeiterdemokratie, die in der revolutionären Staatsmacht des Proletariats verwirklicht wird. ■

Mumia Abu-Jamal...

Fortsetzung von Seite 36

Beverly sagte aus, dass er für die Ermordung Faulkners angeheuert worden war, dessen Einmischung in Prostitution, Glücksspiel und Bestechungsgelder ein Problem für die Mafia und korrupte Bullen darstellte. Aber die Gerichte haben es abgelehnt, die Zeugenaussage Beverlys in Betracht zu ziehen, denn diese verdeutlicht, dass das Unrecht, das Mumia angetan wird, nicht das Werk eines einzelnen ver-

brecherischen Bullen, Staatsanwalts oder Richters war, sondern auf der Funktionsweise eines „Rechts“systems beruht, dessen Zweck es ist, die Arbeiterklasse, Minderheiten und Arme im Interesse der Kapitalistenklasse zu unterdrücken. Der Kampf für Mumias Freiheit muss auf der Grundlage geführt werden, dass er unschuldig ist, Opfer eines politischen und rassistischen Komplotts.

Die Zeit wird knapp. Mit der Hinrichtung von Tookie Williams im letzten Dezember haben die blutigen Herrscher signalisiert, dass sie Mumia als nächsten haben wollen. Die


Kräfte von „Recht und Ordnung“, repräsentiert sowohl von der Demokratischen als auch der Republikanischen Partei, sind vereint in ihrer Entschlossenheit, diesen unschuldigen Mann auf eine Trage zu schnallen und hinzurichten. Sie sehen in Mumia den Geist einer schwarzen Revolution, eine Stimme unnachgiebiger Opposition gegen die Unterdrückung der schwarzen Bevölkerung, die einen Grundpfeiler des amerikanischen Kapitalismus darstellt. Das Komplott gegen Mumia Abu-Jamal ist zu einem Symbol dafür geworden, was das Wesen der rassistischen Todesstrafe in den USA wirklich ist. Die Todesstrafe ist ein Erbe der Sklaverei, ist legalisierte Lynchjustiz. Wir sind aus Prinzip Gegner der Todesstrafe: Wir gestehen dem Staat nicht das Recht zu, darüber zu bestimmen, wer leben und wer sterben soll.

Wie Dred Scott im Jahre 1857 [der Oberste Gerichtshof entschied damals, dass Schwarze keine Rechte hätten, die Weiße respektieren müssten] hat Mumia keine Rechte, die zu respektieren ein Gericht verpflichtet wäre. Zur Zeit des Gerichtsverfahrens gegen Mumia hörte eine Gerichtsstenografin Richter Albert Sabo, der Mumia schließlich in den Todestrakt schickte, sagen: „Ich werde denen helfen, den N---r zu braten“. Die drei Punkte, die das Berufungsgericht Mumia anzuführen erlaubt, verweisen für sich schon auf die rassistische und politische Ausrichtung, die das Gerichtsverfahren und die Berufungsverfahren durchzog: der Ausschluss von Schwarzen aus der Reihe der Geschworenen, Sabos unverhohlene Vorurteile während der gerichtlichen Anhörungen nach Mumias Verurteilung und das ungeheuerliche Schlusswort des Staatsanwalts, die Geschworenen sollten, falls sie unentschieden seien, Mumia verurteilen, da er ja „eine Berufung nach der anderen“ einlegen könne.

Wäre Mumia in seiner Jugend kein Sprecher der Black Panthers gewesen, der nie aufhörte, auf der Seite der Unterdrückten zu stehen, hätte er geschwiegen, als die Bullen Jugendliche aus den Ghettos und Barrios niederschossen und US-Truppen überall auf der Welt marodierten, hätte er kein Wort über seine inhaftierten und exilierten Brüder und Schwestern verloren, dann würde heute nicht der Schatten des Todes über ihm hängen. Aus dem Todestrakt in Pennsylvania schreibt Mumia weiterhin machtvolle Kommentare, wie

FREE MUMIA NOW!

Mumia Abu-Jamal Is an Innocent Man!



Abolish the Racist Death Penalty!

**Mumia Abu-Jamal's
Life Is in Danger—
Mobilize Now!**

RALLY!

CHICAGO
Friday, Oct. 13, 7 p.m.
United Electrical Hall
37 S. Ashland
(at Monroe)
More info: (312) 563-0442

LOS ANGELES
Thursday, Oct. 19, 6:30 p.m.
UCLA Downtown
Labor Center
675 S. Park View St.
(4 blocks west of Westlake/
MacArthur Park Red Line Station)
More info: (213) 380-8897

BAY AREA
Saturday, Oct. 21, 2 p.m.
YWCA
1515 Webster St.,
Oakland
(at 15th St., 2 blocks from 12th St./
City Center BART Station)
More info: (510) 839-0852

NEW YORK
Saturday, Oct. 28, 3 p.m.
Salem United Methodist Church
2190 Adam Clayton
Powell Jr. Blvd.
(at 129th St., 2, 3 train to 125th St.
of A. C. D to 125th St.)
More info: (212) 406-4252

Sponsored by the Partisan Defense Committee
and the Labor Black Leagues

e-mail: partisandefense@earthlink.net www.partisandefense.org

Mobilisierungsauftrag für Versammlungen von PDC und LBL

Neben Sprechern von PDC und Labor Black Leagues reden u.a.:

- Lydia Barashango, Mumia Abu-Jamals Schwester
- Pam Africa, International Concerned Family and Friends of Mumia Abu-Jamal
- Chris Fisher, AFSCME 444 Oakland (Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes)
- Stuart Hanlon, Rechtsanwalt von Geronimo Ji Jaga (Pratt)*
- Mike Elliot, Vorsitzender des Education Committee der UAW Local 551 (Gewerkschaft der Autoarbeiter)*
- Sadie Sanders, Vorsitzende für Politische Aktion der Coalition of Black Trade Unionists, New York City
- Jose A. Arroyo, Funktionär TWU Local 100 (Transportarbeitergewerkschaft)*

[* Angaben zur Organisation dienen nur zu Identifikationszwecken.]

Wir möchten betonen, dass die Redner nicht notwendigerweise mit Einzelheiten des PDC-Aufrufs übereinstimmen.

Schickt Grußadressen an die Versammlungen für Mumias Freiheit:

E-Mail partisandefense@earthlink.com und kfsv@online.de

Fax (+ 1 212) 406 22 10 und (+ 49 30) 4 43 94 02.

z. B.: „The Forgotten Ones: (Katrina)“ [Die Vergessenen: (Katrina) – über die Opfer des Hurrikans Katrina in New Orleans], „The United States of Torture“ [Die Vereinigten Staaten der Folter] und „Ongoing War Against Workers: The TWU Strike“ [Andauernder Krieg gegen Arbeiter: Der TWU-Streik – zum Streik der Transportarbeiter-Gewerkschaft].

Weltweite Proteste bei entscheidender Beteiligung von Gewerkschaften erreichten im August 1995, dass die Hinrichtung Mumias ausgesetzt wurde. Millionen unterstützten Mumias Fall aus Empörung über die Ungerechtigkeiten, die im Kapitalismus verkörpert sind – Armut, rassische und ethnische Voreingenommenheit und Krieg. Sie identifizierten sich mit Mumias Kampf gegen das „System“ und für Gerechtigkeit für die gesamte Menschheit. Aber sie wurden von einer ganzen Reihe reformistischer und liberaler Organisationen demobilisiert, die an bürgerliche Kräfte appellieren, die in Mumias Fall einen isolierten „Justizirrtum“ sehen, der durch ein „neues Verfahren“ korrigiert werden könne. Dies bedeutete, genau die Gründe zu verwerfen, die eine solch breite internationale Unterstützung für Mumias Fall zustande brachten.

Die weltweite Bewegung muss wieder zum Leben erweckt und mit neuer Stärke und Kampfbereitschaft erfüllt werden, aufbauend auf dem Verständnis, dass es in den kapitalistischen Gerichten keine Gerechtigkeit gibt. Das PDC, eine klassenkämpferische Organisation für rechtliche und soziale Verteidigung, die mit der marxistischen Spartacist League/ U.S. verbunden ist, kämpft dafür, die soziale Macht der multirassischen Arbeiterbewegung zu mobilisieren – der Menschen, die den Reichtum dieser Gesellschaft erschaffen und die sie deshalb einfach stilllegen können.

Der einzige Druck, der Einfluss auf die Herrschenden und ihre Gerichte haben kann, ist Angst vor den Konsequenzen einer Hinrichtung oder einer lebenslangen Einkerkerung Mumias. Wir bauen diese Kundgebungen auf als einen entscheidenden Schritt hin zu den auf der Arbeiterklasse basierenden Einheitsfront-Massenmobilisierungen, die diesen



Labor Defender

International Labor Defense (Rote Hilfe) führte Kampagne zur Verteidigung von Anarchisten Sacco und Vanzetti, 1927 von US-Regierung hingerichtet

Druck Realität werden lassen. Unsere Kundgebungen haben eine Botschaft für das Gericht: Wir werden Mumia nicht sterben und keinen weiteren Tag im Gefängnis verrotten lassen. Diese PDC-Kundgebungen werden, in Verteidigung von Mumia, Sprecher und Organisationen eines breiten Spektrums politischer Überzeugungen zusammenbringen, die ihre eigenen Ansichten äußern. Innerhalb dieses Rahmens versuchen wir Aktivisten zu dem Verständnis zu gewinnen, dass der Verteidigung Mumias eine Perspektive des Klassenkampfes zugrunde liegen muss – eine Organisation unabhängig vom rassistischen kapitalistischen Staat, der das Komplott gegen Mumia geschmiedet hat.

Wir müssen mobilisieren, damit Mumias Kampf erneut zu einem Fanal wird gegen die rassistische „legale Lynchjustiz“, gegen die Unterdrückung der Schwarzen, gegen Repressionsmaßnahmen der Regierung. Freiheit für Mumia! Weg mit der rassistischen Todesstrafe! ■

Die PDC-Erklärung vom 25. Januar wurde weltweit zehntausendfach in verschiedenen Sprachen verteilt.

Bestellt das Flugblatt (4 Seiten): Für € 2,- bekommt ihr 25 Exemplare zum Weiterverteilen.

Die Erklärung ist auch als PDF-Datei erhältlich (PartisanDefense.org).

Anfragen an: KfsV, Telefon: (0 30) 4 43 94 01 Fax: (0 30) 4 43 94 02 E-Mail: kfsv@online.de

Finanzielle Unterstützung für die rechtliche Verteidigung wird sehr dringend gebraucht! Spendet noch heute an „National Lawyers Guild Foundation“ (Stichwort „Mumia“), per Adresse: Committee to Save Mumia Abu-Jamal, P.O. Box 2012, New York, NY 10159. Oder überweist an: Werner Brand, Commerzbank Berlin, Konto-Nr. 590 109 500, BLZ 100 400 00, Stichwort „Mumia“, die Spenden werden weitergeleitet.

Mumia es inocente
¡Libertad a Mumia Abu-Jamal!
¡Abolir la racista pena de muerte!

Mumia jest niewinny
Uwolnić Mumię Abu-Jamala!
Znieść rasistowską karę śmierci!

Mumia Abu-Jamal ist unschuldig
Freiheit für Mumia!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!



Mumia es inocente
¡Libertad a Mumia Abu-Jamal!
¡Abolir la racista pena de muerte!

Mumia is an Innocent Man
Free Mumia Abu-Jamal!
Abolish the Racist Death Penalty!

Comité de Défense sociale
Mumia est innocent
Libérez Mumia Abu-Jamal!
Abolition de la peine de mort raciste!

ムミアは無実である
ムミア・アブ・ジャマルを釈放せよ!
人種差別主義の死刑を廃止せよ!



SPARTAKIST

**Mumia Abu-Jamal ist unschuldig!
Weg mit der rassistischen Todesstrafe!**

Freiheit für Mumia!



COC Productions



Workers Vanguard

Oben: Mumia Abu-Jamal. Rechts: Revolutionäres Kontingent auf Demonstration in Oakland zur Verteidigung Mumias, 15. September. Banner lautet: „Es gibt keine Gerechtigkeit in den kapitalistischen Gerichten!“

Nachfolgend drucken wir den Aufruf „Freiheit für Mumia Abu-Jamal!“ des Partisan Defense Committee (PDC) vom 25. August ab. Dieser mobilisiert für Versammlungen in Chicago (13. Oktober), Los Angeles (19. Oktober), San Francisco (21. Oktober) und New York (28. Oktober). Das PDC – wie in Deutschland das Komitee für soziale Verteidigung – ist eine klassenkämpferische, nichtsektiererische Organisation zur rechtlichen und sozialen Verteidigung, die sich für die Fälle und Anliegen einsetzt, die im Interesse der Gesamtheit der arbeitenden Menschen sind. Dieser Zweck entspricht den politischen Ansichten der Spartacist League in den USA bzw. der Spartakist-Arbeiterpartei in Deutschland.

Der Kampf für die Freiheit von Mumia Abu-Jamal hat jetzt einen kritischen Punkt erreicht. Ehemals Sprecher der Black Panther Party, ein Unterstützer der Organisation MOVE und preisgekrönter Journalist: Mumia Abu-Jamal, bekannt als „Stimme der Entrechteten“, ist Opfer einer gefälschten Anklage, am 9. Dezember 1981 den Polizisten Daniel Faulkner aus Philadelphia getötet zu haben. Letzten Dezember beschloss das Dritte Bundesberufungsgericht der USA ein „beschleunigtes Verfahren“, das über Mumias Fall entscheiden soll. Ein Urteil dieses Gerichts – die letzte

Instanz vor dem Obersten Gerichtshof der USA – über Mumias Kampf gegen das rassistische Komplott und das Todesurteil könnte bis Ende des Jahres vorliegen. Das Partisan Defense Committee ruft zu Kundgebungen in New York, Chicago, Oakland und Los Angeles auf, um zu fordern: Mumia Abu-Jamal ist unschuldig! Lasst ihn sofort frei! Weg mit der rassistischen Todesstrafe!

Die angedrohte Hinrichtung von Mumia Abu-Jamal ist eine Warnung an alle, die sich gegen den bösartigen Bullenterror in den Ghettos und Barrios wehren, an Arbeiter, die für ihre Rechte auf Streikposten stehen, an diejenigen, die gegen die Verwüstungen protestieren, die der US-Imperialismus und seine Verbündeten in Irak, Afghanistan, im Libanon und weltweit anrichten. Jetzt kommt es darauf an, Millionen in den Gewerkschaften, auf den Straßen und an den Universitäten hinter Mumias Kampf zu mobilisieren! Eine erfolgreiche Mobilisierung, die Mumias Freiheit erringt, wäre auch ein Schlag gegen die allseitigen Angriffe auf demokratische Rechte, die im Namen des „Kriegs gegen den Terror“ erfolgen.

Vor mehr als fünf Jahren gestand Arnold Beverly, dass er und nicht Mumia den Polizisten Faulkner getötet hatte.

Fortgesetzt auf Seite 34